

KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 1 – Oktober-Dezember 2011
2,50 Euro / 4 CHF – Solipreis: 5 Euro / 8 CHF

Aufschwung XXL?

Der Aufschwung kühlt sich ab und die nächsten Angriffe stehen bevor

Europa in der Krise

Die Krise der EU und der drohende Staatsbankrott Griechenlands

Wahlen in Argentinien

Revolutionär-sozialistische Wahlfront erhält 500.000 Stimmen

Eine Zeit von Krisen, Kriegen und Revolutionen

Jahr IV der Weltwirtschaftskrise: Wir sehen den französischen Herbst, den arabischen Frühling, den spanischen Mai, den chilenischen Winter... Geht die „bürgerliche Restauration“ zu Ende? Und steht ein „neuer Völkerfrühling“ bevor?



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale





ARGENTINIEN

Die Front der ArbeiterInnen und der Linken in Argentinien, die von der FT-CI angestoßen wurde, erhielt bei den Vorwahlen über 500.000 Stimmen für ein revolutionäres Programm. Welche Lehren können aus diesem Wahlkampf gezogen werden?

→ Seite 43-46

CHILE

Seit Monaten kämpfen Hunderttausende SchülerInnen und Studierende in Chile für kostenlose Bildung. Ein Sektor, zu dem die FT-CI gehört, kollidiert zunehmend mit der bürokratischen Führung dieser Bewegung.

→ Seite 54



SPANISCHER STAAT

Am 15. Mai explodierte die Bewegung für „Echte Demokratie JETZT!“ auf den Plätzen des Spanischen Staates. Die FT-CI kämpft innerhalb dieser Bewegung für eine revolutionäre Perspektive.

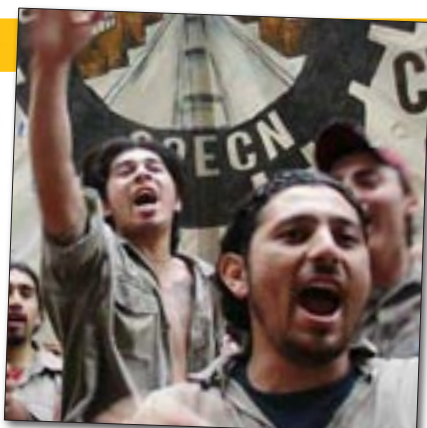
→ Seite 47-49

ARGENTINIEN

Im Jahr 2002 wurde die Keramikfabrik Zanon von den ArbeiterInnen besetzt. Seit 10 Jahren verwaltet die Belegschaft die Fabrik unter ArbeiterInnenkontrolle. Die FT-CI spielte eine führende Rolle bei diesem Kampf.

→ www.klassegegenklasse.org

(Unsere Broschüre über Zanon wird bald neu aufgelegt)



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

www.ft-ci.org

Argentinien

Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko

Liga de Trabajadores por el Socialismo –
Contracorriente
www.ltsc.org.mx

Bolivien

Liga Obrera Revolucionaria
por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien

Liga Estrategia Revolucionaria –
Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile

Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela

Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica

Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Spanischer Staat

Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich

Mitglieder in der Courant Communiste
Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Tschechien (sympathisierend)

Mezinárodní Revoluční Organizace (RIO)
www.rio.cz.tc

Deutschland (sympathisierend)

Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

Zum Inhalt

Seit zwei Monaten ist RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, sympathisierende Sektion der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland. In dieser ersten Nummer von **KLASSE GEGEN KLASSE** wollen wir einige zentrale programmatische Texte unserer Strömung einem deutschsprachigen Publikum bekannt machen.

Weil der Schwerpunkt über die neue Periode so viel Platz einnimmt, ist die Rubrik über internationale Politik kürzer ausgefallen, als wir uns gewünscht hätten. Besonders fehlt eine Auseinandersetzung mit den immer noch offenen revolutionären Prozessen in der arabischen Welt. Aber genauso fehlt eine tiefgehende wirtschaftliche Analyse der anhaltenden kapitalistischen Krise. Zu diesen Themen verweisen wir auf unsere Website (z.B. unsere Stellungnahme zum imperialistischen Krieg in Libyen vom 20. Mai 2011), die wir regelmäßig mit neuen Artikeln und Analysen aktualisieren werden.

Da diese Zeitschrift auch neu ist, sind wir auf eure Unterstützung als LeserInnen angewiesen, um die kommenden Ausgaben besser zu machen. Bitte schickt uns eure Kommentare, Kritikpunkten und Fragen (unter den Kontaktadressen, die ihr auf der vorletzten Seite findet).

In der nächsten Ausgabe, die Anfang Januar 2012 erscheinen wird, wollen wir uns mit dem Klassenkampf in der Türkei auseinandersetzen sowie eine Artikelserie über die Geschichte des Trotzkismus in Deutschland beginnen.

9. Oktober 2011

KLASSE GEGEN KLASSE

Chefredakteur: Stefan Schneider

Redaktion: Leon Feder, Wlodek Flakin, Chucho Kahl, Suphi Toprak, Mark Turm

In dieser Ausgabe schreiben: Victor Jalava, Juan Chingo, Claudia Cinatti, Matías Maiello, Emilio Albamonte, Santiago Lupe, Marius Weizenberger, Alex Lehmann, Markus Oliver

Layout: Wlodek Flakin

ViSdP: R. Müller, Hamburg

Klasse gegen Klasse, die Zeitung von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, erscheint viermal im Jahr. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung der Organisation decken. Infos zu Abos auf Seite 55.

EDITORIAL

05 Eine Zeit von Krisen, Kriegen und Revolutionen

DEUTSCHLAND

06 Wir sind empört – und wählen Piraten!

07 Zur Lage in Deutschland

11 Streik gegen Prekarisierung

SCHWERPUNKT: PERIODE

14 Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

20 Ein neuer „Völkerfrühling“

24 An den Grenzen der „bürgerlichen Restauration“

INTERNATIONAL

43 Argentinien: Revolutionärer Wahlkampf

47 Spanischer Staat: Vom 15. Mai zum heißen Herbst?

54 Chile: Kampf um kostenfreie Bildung

SCHWERPUNKT: BILDUNGSSTREIK

50 Bildungsstreik 2011?

51 Arbeitende und Studierende gemeinsam!

52 Konsensprinzip oder Demokratie?

53 Eine revolutionäre Perspektive an der Uni

RIO / TROTZKISTISCHE FRAKTION

02 Trotzlistische Fraktion

04 RIO 2.0

55 Publikationen

IM INTERNET

WWW.KLASSEGEGENKLASSE.ORG

RIO 2.0

RIO arbeitet jetzt als sympathisierende Sektion der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale

von der Redaktion

RIO, die Revolutionäre Internationalistische Organisation, existiert seit Januar 2010. Auf einer Konferenz der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) im August 2011 in Buenos Aires wurde RIO als sympathisierende Sektionen in Deutschland und Tschechien aufgenommen. Die FT-CI existiert seit 1988.

Obwohl wir weiterhin den gleichen Namen verwenden, haben wir ein neues politisches Projekt, eine neue RIO. Die Zeitschrift „Klasse gegen Klasse“ ist ein Ausdruck des Versuchs, im Rahmen einer internationalen Strömung einen Beitrag zum Wiederaufbau der Vierten Internationale zu leisten.

Wir wollen an dieser Stelle präsentieren, woher wir kommen – auch um aufzuzeigen, wohin wir gehen wollen.

RIO und IK

RIO wurde durch die unabhängige Jugendorganisation REVOLUTION gegründet. Über drei Jahre lang hatte REVOLUTION als unabhängige Jugendorganisation gearbeitet, stieß aber immer wieder an ihre Grenzen aufgrund des begrenzten Programms, der geringen theoretischen Ausarbeitung zu den wichtigsten internationalen Problemen und der unklaren Praxis des Internationalismus. Dabei gab es aber auch Tendenzen, die über das Konzept Jugendorganisation hinausgingen, wie zum Beispiel eine klare Positionierung zum Chávez-Regime in Venezuela, die uns von allen großen Strömungen des Trotzlistismus in Deutschland unterschied.

Wie ein älterer Sympathisant, der REVOLUTION jahrelang beobachtete, aber nie kontaktierte, nach der Namensänderung meinte: „Ich fand das Projekt interessant, aber habe nie verstanden, warum man es als Jugendorganisation bezeichnete, weil es alle Aufgaben einer politischen Organisation erfüllte.“ Um diesen Widerspruch aufzuheben, haben wir schließlich RIO gegründet. Kurz nach diesem Schritt stellten wir, nach mehreren erfolglosen Diskussionsprozessen mit anderen Organisationen, bedeutende politische Übereinstimmungen mit der FT-CI fest, die uns verpflichteten, trotz der relativ großen geographischen und auch sprachlichen

Entfernung nach Einheit zu suchen.

Die Gruppe „Internationaler Klassenkampf“ (IK), die sich aus Mitgliedern und Sympathisanten der Trotzlistischen Fraktion in Deutschland zusammensetzte, begann Ende 2005 mit der Herausgabe einer gleichnamigen Zeitschrift. Das Ziel dieser Zeitschrift war es, die Analysen der FT-CI einem deutschsprachigen Publikum zugänglich zu machen und regelmäßig Analysen über die Situation in Deutschland zu erarbeiten, um das Verständnis der internationalen Strömung zu vertiefen.

In den folgenden Jahren gab es bedeutende Schritte beim Aufbau der Trotzlistischen Fraktion in Europa, zum Beispiel mit der Gründung einer Sektion im spanischen Staat, Clase contra Clase, und einer nahestehenden Gruppierung in Frankreich, der Plateforme 4 und später der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA. IK konnte nur kleine Schritte beim Aufbau einer Gruppe machen, konnte aber über fünf Jahre eine regelmäßige propagandistische Tätigkeit entfalten und die Auseinandersetzung mit nach links gehenden Sektoren der revolutionären Linken suchen.

Ein Schritt in diese Richtung war die Entwicklung von RIO, die im Rahmen der historischen Krise des Kapitalismus nach einer klareren Strategie suchte. Diese Entwicklung begleitete IK geduldig, auch wenn es einige schärfere Differenzen gab, die nur durch lange Diskussionen überwunden werden konnten. Mit der Aufnahme von RIO in die FT-CI hat sich die Gruppe „IK“ aufgelöst und die Mitglieder arbeiten nun als Teil von RIO weiter.

Diskussionen

In einem Diskussionsprozess, der anderthalb Jahre dauerte, setzten sich Mitglieder von RIO und Mitglieder der FT-CI mit den brennendsten Fragen des internationalen Klassenkampfes auseinander. Dazu gab es gemeinsame Veranstaltungen und Publikationen, wie zum Beispiel zum „französischen Herbst“, zum „arabischen Frühling“ und zur Bewegung der „Empörten“ im Spanischen Staat, aber auch gemeinsame Analysen von der Situation in Deutschland, etwa über die Bildungsstreiks 2009-10 und die Rolle des deut-

schen Imperialismus im Libyen-Krieg.

In erster Linie ging es aber um die neue Periode, die sich mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im September 2008 eröffnete. Dazu diskutierten wir über die Thesen der FT-CI zur „bürgerlichen Restauration“ und zum „neuen Völkerfrühling“ (die in dieser Zeitschrift abgedruckt sind). Als Konsequenz daraus zog RIO auch den Schluss, unsere langjährige Uneindeutigkeit über die Frage, was für eine Internationale wir aufbauen wollen („eine neue Internationale, ohne Name oder Nummer“) zugunsten eines klaren Ziels aufzugeben: nur das historische Programm der Vierten stellt die – bis heute nicht überwundene – Grundlage dar, um eine Weltpartei der sozialistischen Revolution aufzubauen.

Perspektiven

Wir sind in einer Situation in Deutschland, in der sich die Kräfte des revolutionären Marxismus dem bürgerlich-demokratischen Regime zutiefst angepasst haben, was besonders am Beispiel der verschiedenen Projekte des langzeitigen Entismus in der Linkspartei deutlich wird. Diese Entwicklung begann mit der Degeneration der Vierten Internationale in den 50er Jahren, die die TrotzlistInnen in Deutschland zu einem jahrzehntelangen Versteckspiel innerhalb der Sozialdemokratie führte. Wir können diese Degeneration nur in einem internationalen Rahmen überwinden – die revolutionäre Kontinuität ist nur mit dem Instrument einer internationalen Strömung wiederherzustellen.

Unsere Vorläuferorganisationen konnten, trotz ihrer zahlreichen Schwächen, diesen Anpassungstendenzen teilweise widerstehen. Darauf aufbauend stehen wir vor der Herausforderung, nicht nur ein revolutionäres Programm zu verteidigen und zu erweitern, sondern durch kühne Interventionen im Klassenkampf ein Stück weit in die Praxis umzusetzen. Unsere Kräfte dafür sind sehr bescheiden, aber wir sind zuversichtlich, dass wir – gerade auf dem jahrelangen Kampf der Trotzlistischen Fraktion in Lateinamerika aufbauend – auch in der Lage sein werden, in den bevorstehenden Kämpfen die Selbstorganisation der ArbeiterInnen und Unterdrückten voranzutreiben, mit den fortschrittlichsten Sektoren einen revolutionären Pol aufzubauen und bald auch eine volle Sektion der FT-CI zu konstituieren.

Wir laden all diejenigen ein, die die Notwendigkeit konkreter Schritte im Wiederaufbau einer revolutionären Strömung innerhalb der ArbeiterInnenbewegung sowie an den Unis und Schulen sehen – auf der Grundlage eines Programms, das die Lehren des Klassenkampfes weltweit berücksichtigt – gemeinsam mit uns für diese Perspektive zu kämpfen.

Eine Zeit von Krisen, Kriegen und Revolutionen

von der Redaktion

Die Weltgeschichte beschleunigt sich und die Bourgeoisie hat davon Kenntnis genommen: Im August schrieb die Zeit auf ihrer Titelseite über junge Leute überall auf der Welt, die die Politik herausfordern: „die größte Revolte seit 1968“. Im September schrieb die New York Times, dass es eine wachsende Verachtung für Wahlen gibt und deswegen auch „eine Flut von Protesten rund um den Globus“.

Seit den ersten Tagen der historischen Krise des Kapitalismus, die mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Jahr 2008 offen zu Tage trat, wurde ein massiver Klassenkampf geführt – aber nur von oben. Durch Lohnkürzungen, Entlassungen und Sparpakete ging die Bourgeoisie daran, die ArbeiterInnen für die Krise zahlen zu lassen. Von unten gab es nur vereinzelte Stimmen des Protestes.

Doch diese Ruhe ging im Jahr 2010 zu Ende, als Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche in Frankreich gegen die Rentenreform der Regierung demonstrieren, streikten und Raffinieren blockierten. Dieser Kampf endete in einer Niederlage, aber setzte gleichzeitig ein Beispiel, dass die ArbeiterInnen die Lasten der Krise nicht lautlos hinnehmen müssen. Direkt im Anschluss begannen die Massen in der arabischen Welt, sich gegen Diktaturen aufzulehnen, die sie seit Jahrzehnten blutig unterdrückten.

Seitdem überschlagen sich die Ereignisse. Auch in Ländern, wo trotz katastrophaler sozialer Verhältnisse jahrzehntelang relative Ruhe herrschte, wie z.B. im Spanischen Staat und in Chile, sind Massenbewegungen – scheinbar aus dem Nichts – ausgebrochen. Selbst in Israel wird die Bunkermentalität in der Bevölkerung durch die größten Sozialproteste

in der Geschichte des Landes durchbrochen. Während wir diese Zeilen schreiben, sorgen DemonstrantInnen in New York City, wo sie die Wall Street besetzen, für weltweite Aufmerksamkeit.

Der „arabische Frühling“ wird zu einem globalen Phänomen. Doch dieser Aufschwung des Klassenkampfes beginnt nach einer fast dreißigjährigen Offensive der Bourgeoisie, die unter Begriffen wie Reaganismus, Thatcherismus oder Neoliberalismus bekannt ist. Diese Erfahrung lastet sehr stark auf dem Bewusstsein der ArbeiterInnen und der Jugend, auf der proletarischen Subjektivität. Nachdem die kapitalistische Marktwirtschaft jahrzehntelang als alternativlos verkauft wurde, werden jetzt Rufe nach – noch sehr diffusen – Alternativen lauter.

Um die zu Ende gehende und die jetzt beginnende Perioden zu verstehen, finden wir die Analogien der „bürgerlichen Restauration“ und des „neuen Völkerfrühlings“ sehr hilfreich. Diese neue Situation ist nicht etwa auf die Verbreitung von Facebook zurückzuführen, wie manche bürgerliche KommentatorInnen meinen, sondern darauf, dass die bürgerliche Offensive an ihre eigenen Grenzen stößt. Damit treten wir wieder in eine Periode von Krisen, Kriegen und Revolutionen ein, die für MarxistInnen immer zentrale Merkmale der imperialistischen Epoche waren.

Diese Proteste werden nicht geradlinig verlaufen. Gerade in der arabischen Welt sehen wir, wie demokratischen Massenbewegungen mittels eines „Übergangs zur Demokratie“ umgeleitet und zerschlagen werden können, um die alten diktatorischen und proimperialistischen Zustände wiederherzustellen. Das ist genau der Prozess, mit dem Erhebungen gegen Diktaturen in Spanien und in Chile vereinbart werden konnten. Doch im Gegen-

satz zu 1978 oder 1990 hat die Bourgeoisie heute deutlich weniger Spielraum und vor allem weniger Ressourcen, um Zugeständnisse an die Massen zu machen.

Damit die Forderungen nach „Demokratie“ oder „echter Demokratie“ durchgesetzt werden können, müssen die ArbeiterInnen und Jugendlichen den bewussten Kampf gegen das kapitalistische System aufnehmen. Denn die bisherigen Proteste werfen Fragen auf, die nur durch das Programm der sozialistischen Weltrevolution beantwortet werden können. Wie soll eine „echte Demokratie“ aussehen, wenn eine winzige Minderheit von KapitalistInnen die Reichtümer der Gesellschaft kontrolliert? Wie können während der Krise Entlassungen verhindert werden, wenn nicht durch die Enteignung der Produktionsmittel und ihre Verwaltung unter der Kontrolle der ProduzentInnen?

In dieser neuen Periode ist die Perspektive, die die Vierte Internationale bei ihrer Gründung im Jahr 1938 aufgestellt hat, wieder sehr aktuell. Damit diese Proteste tatsächlich Erfolg haben, ist es notwendig, in jedem Land große revolutionäre Parteien aufzubauen, als Teil der Vierten Internationale. Auch in Deutschland, das aufgrund einer besonderen Konjunktur bisher von den schlimmsten Folgen der Wirtschaftskrise verschont blieb, ist das unsere Orientierung.

Denn die herrschende Klasse hier bereitet sich auf härtere Kämpfe vor. Nur wenn die ArbeiterInnenklasse und die Jugend die wichtigsten Lehren ihrer eigenen Klassengeschichte – und diese sind im Programm der Vierten Internationale aufgehoben – verinnerlicht, können wir die Angriffe zurückschlagen und eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufbauen. Einen bescheidenen Beitrag dazu möchten wir mit dieser Zeitschrift leisten.

DemonstrantInnen in Bahrain

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**



Wir sind empört – und wählen Piraten!

Langeweile trotz Krise – Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 18. September

von Wladek Flakin und Chucho Kahl

Im Rahmen der Weltwirtschaftskrise werden die bürgerlich-demokratischen Regime in Europa zunehmend in Frage gestellt. Seit dem 15. Mai diesen Jahres gehen hunderttausende, vorwiegend junge Menschen im Spanischen Staat auf die Straße, weil sie empört sind und „Echte Demokratie JETZT!“ fordern (siehe Seite 47). Denn diese Jugendlichen, von denen fast die Hälfte arbeitslos ist, haben tatsächlich nur die Wahl zwischen Parteien, die ihre Lebensstandards weiter angreifen wollen.

Auch die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September waren ein (sehr verzerrter) Ausdruck dieser Bewegung der „Empörten“ – nämlich auf Wahlebene, bei den Piraten. In einer internationalen Situation, die von zunehmenden Konflikten geprägt ist, waren die Berliner Wahlen, wenn überhaupt, wegen des Desinteresses bemerkenswert. Die regierenden SozialdemokratInnen plakatierten das Gesicht von Klaus Wowereit, aber keine einzige politische Losung – und konnten mit 28,3% wieder größte Partei werden. Doch die SPD hat die Wahl genauso verloren wie alle anderen Parteien.



die Flugschrift von RIO zur Berliner Wahl:
→ www.revolution.de.com/zeitung/zeitung43/index.html

Alle Parteien verloren?

Obwohl die SPD zum dritten Mal in Folge den Bürgermeister stellen wird, verlor sie 2,5% im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2006. Obwohl die Grünen ein historisches Ergebnis in Berlin bekamen (17,6%), blieben sie weit hinter den Prognosen von vor einem halben Jahr (von 30% oder mehr). Die Linkspartei verlor auch fast zwei Punkte (11,7%) – wenn man bei den Ergebnissen von 2006 noch die Stimmen der WASG Berlin mit einrechnet, die damals gegen die PDS eintrat und fast 3% bekam, aber inzwischen mit der PDS zur Linkspartei fusioniert ist, dann hat die Linkspartei über vier Punkte verloren. Der Wahlkampf der RegierungsozialistInnen hatte auch ein surrealistisches Element: Nachdem sie in 10 Jahren im „rot-roten Senat“ 150.000 Sozialbauwohnungen privatisiert hatten, prangerten sie nun steigende Mieten an!

Eindeutige VerliererInnen waren die

Hyperliberalen von der FDP, die mit ihren 1,8% nicht nur außerhalb des Parlaments sondern sogar hinter der faschistischen NPD (2,1%) blieben. Der FDP-Vorsitzende und Wirtschaftsminister Philipp Rösler hatte in der letzten Woche vor der Wahl versucht, mit einer Befürwortung der geordneten Insolvenz Griechenlands an der vorherrschenden Stimmung gegen die Rettungspakete anzuknüpfen. Doch dieser Last-Minute-Populismus konnte das Wahldesaster nicht verhindern.

Die einzigen GewinnerInnen waren die CDU (um zwei Punkte auf 23,4%) und die Piratenpartei. Die Piratenpartei ist eine neue und junge Partei, die vor fünf Jahren gegründet wurde, um für mehr Freiheit im Netz und, darauf aufbauend, für mehr Transparenz und BürgerInnenbeteiligung zu kämpfen. Für die Berliner Wahlen weiteten sie ihr rein auf das Internet fokussiertes Programm mit einem Mischmasch inklusive linker Forderungen aus, zum Beispiel für einen Mindestlohn, Wahlrecht für alle BerlinerInnen unabhängig von Alter oder Staatsangehörigkeit oder ein „bedingungsloses Grundeinkommen“. Ihre KandidatInnen sahen alles andere als „politikerInnenähnlich“ aus und erschienen damit besonders für Jugendliche wie eine wirkliche Alternative zu den Etablierten. Eine Untersuchung der Forschungsgruppe Wahlen ergab, dass 8 von 10 Piraten-WählerInnen nicht für die Inhalte der Piraten sondern gegen die anderen Parteien stimmten.

Aus dem Stegreif bekamen sie 8,9%, was selbst für sie eine riesige Überraschung war (sie hatten nur 15 KandidatInnen aufgestellt und bekamen 15 Sitze!). Doch diese Partei ohne Programm hat sich bereits eindeutig für die Marktwirtschaft und das Privateigentum ausgesprochen, womit es nur eine Frage der Zeit ist, bis diese Partei sich in das bürgerliche Regime integrieren lässt, wie es bereits die Grünen vor 30 Jahren vorgemacht haben. Die Piraten wollen ihre Ziele bloß auf parlamentarischem Weg erreichen. Weil sie nicht als Produkt einer außerparlamentarischen Bewegung entstanden sind, haben sie eine relativ kleine Basis (und ohnehin kein Programm), womit sie nicht eine Sekunde lang dem Sog des Parlamentarismus widerstehen können. Der Erfolg einer Partei ohne Tradition und ohne Erfahrung ist

Ausdruck der Krise eines Regimes, das in den Augen breiter Teile der Bevölkerung an Legitimität verloren hat.

Revolutionäre Politik

Die größten Organisationen in Deutschland, die sich auf das Erbe von Leo Trotzki berufen, Marx21 und die SAV, arbeiten innerhalb der Linkspartei und riefen entsprechend zur Wahl der RegierungsozialistInnen auf. Dabei haben sie nicht die gleiche Kampagne geführt. Während Marx21, die hauptsächlich über den Linkspartei-Studierendenverband Linke.SDS in Erscheinung tritt, enthusiastisch Flyer verteilte und offen dazu aufrief, jede Kritik am rot-roten Senat auf die Zeit nach den Wahlen zu verschieben, blieb die SAV von der weit verbreiteten Enttäuschung über die Linkspartei nicht unberührt: Auch wenn sie ein Flugblatt zur Wahl der Linkspartei auf ihre Website stellte, wurde dieses so gut wie gar nicht verteilt. Obwohl laut den GenossInnen der SAV revolutionäre MarxistInnen die Pflicht hätten, eine kämpferische Linkspartei aufzubauen, mussten sie selbst einsehen, dass die Linkspartei in Berlin nicht ansatzweise ein Anziehungspol für ArbeiterInnen und Jugendliche darstellt. Beide Positionen sind unserer Meinung nach weit von einer revolutionären Intervention in den Wahlen entfernt, die dazu dienen soll, ein antikapitalistisches Programm zu verbreiten, wie es unsere argentinische Schwesterorganisation gemacht hat (siehe Seite 43).

RIO rief in einem besonderen Flugblatt dazu auf, ungültig zu wählen – da keine Partei die Interessen der ArbeiterInnen und Unterdrückten vertritt – und eine revolutionäre, sozialistische, proletarische Alternative aufzubauen. Wir intervenierten unter anderem zusammen mit CFM-Beschäftigten bei einer Wahlkampfveranstaltung der Linkspartei, wo unsere Flugschrift bei den rund 100 meist grauhaarigen TeilnehmerInnen auf ein gewisses Interesse stieß (und dann von einem Funktionär von der Bühne aus denunziert wurde). Wir haben die Wahl genutzt, um eine revolutionäre Perspektive bekannter zu machen. Doch gerade angesichts des weit verbreiteten Desinteresses konzentrierten wir unsere Kräfte auf Kämpfe gegen die jetzigen Zustände, z.B. den Streik an der Charité oder die Vorbereitung des Bildungsstreiks im November.

Zur Lage in Deutschland

Der Aufschwung kühlt sich ab und die Herrschenden bereiten die nächsten Angriffe vor

von Mark Turm

Laut Umfragen ist die Zufriedenheit mit der Merkel-Regierung im Keller. Die Oppositionsparteien fordern nach der Wahlschlappe der FDP in Berlin Neuwahlen, während die CDU an der Zusammenarbeit mit dem unberechenbar gewordenen Partner festhält. Im Ausland wird die Kritik an der Bundesregierung immer lauter, aufgrund der eigensinnigen Linie in der Europapolitik. Die Aussichten für die Ausgebeuteten und Unterdrückten sind nicht gut. Was heute die griechischen Massen erleiden müssen, kann auch in Deutschland schnell zur bitteren Wirklichkeit werden. Angesichts dessen müssen die sich anbahnenden Radikalisierungstendenzen gefördert, der antibürokratische Kampf beflügelt, die Selbstorganisation voran getrieben werden.

Der Streit in der Regierungskoalition

Das sehr gute Abschneiden der Piratenpartei in Berlin, die ihre Wahlkampagne im Wesentlichen auf eine radikale Ablehnung sämtlicher Muster herkömmlicher Politik zentriert hatte, sowie die allgemein sinkende Wahlbeteiligung und insbesondere der Erosionsprozess der beiden politischen Hauptsäulen des Nachkriegsregimes, SPD und CDU, zeigt, dass ein zunehmender Konsensverlust von immer breiter werdenden Sektoren der Massen gegenüber den verschiedenen Politiken der Bourgeoisie stattfindet. Die CDU erlebte bei den Berliner Wahlen ihre sechste Wahlschlappe in Folge, trotz Verbesserung der Stimmenanteile. Trotz einem (ganzlosen) Sieg in Berlin verharrt die SPD bundesweit bei den Umfragen bei etwas mehr als 20 Prozent (so hat bei den Berliner Wahlen lediglich jeder sechste wahlberechtigte Erwachsene für die SPD gestimmt). Die FDP befindet sich in einem Todeskampf. All das sind starke Symptome eines komplizierten und gefährlichen Krankheitsverlaufes des politischen Systems.

So ist die nun an den Tag gelegte nationalbornierte Haltung der FDP (und der CSU) als der Versuch zu werten, sich bei den angeblich 60% der Bevölkerung Deutschlands zu profilieren, die aufgrund des immer weiter wachsenden Gewichts der auferlegten Last zur Rettung von Banken und Unternehmen der Europäischen Union inzwischen misstrauisch gegenüber stehen. Auf der anderen Seite ist dies Ausdruck der beinahe völligen politischen Nutzlosigkeit der FDP in Krisenzeiten, wie die Rufe nach Ordnung seitens der Industriearbeiter beweisen, die die Strategielosigkeit der FDP monieren. So hat der amtierende BDI-Hauptgeschäftsführer Dirk Müller die Position der FDP als „nicht besonders opportun [...] in Deutschland und auch nicht in Europa“ bezeichnet. Jedoch würde ihn beruhigen, „zu sehen, dass zumindest die Bundeskanzlerin und der Bundesfinanzminister einen relativ kühlen Kopf bewahren und eine Strategie zu haben scheinen.“¹

Die FDP, als Interessenvertreterin von Randsektoren des Kapitals, nicht des konzentrierten Großkapitals, versucht mittels Zugriff auf die rechtspopulistische Karte den freien Fall ihrer Wahlergebnisse zu stoppen. „Angesichts der verzweiferten Lage erstarben die Populisten in den Reihen der FDP und schüren anti-europäische Stimmungen. Das Kalkül scheint simpel: Drei Viertel der Deutschen sind gegen eine Ausweitung der Beteiligung an den Stabilitätsfonds, also muss sich Widerstand bei Wahlen auszah-

len. Trotzdem ist die Rechnung am Sonntag nicht aufgegangen: Die FDP hat gezündelt, ohne dass es ihr etwas genützt hat. Dafür ist die Koalition beschädigt“, stellte EL PAIS aus Madrid fest². In der Tat, eine Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist gegen die „Hilfspakete“ und für einen „harten Gang“ gegenüber Griechenland. Anders ausgedrückt: Die Zukunft des Euro hängt stark von der Lösung der internen Konflikte in Deutschland ab.

Der Untergang der FDP stellt somit eine objektive Gefährdung für die Handlungsfähigkeit der Regierungskoalition dar, die ohne Einigkeit unmöglich die Euro-Krise bewältigen kann. Die rauen Töne aus Berlin könnten Vorboten des Zerbrechens der schwarz-gelben Koalition an der Euro-Frage sein. Neuwahlen sind in dieser Situation eine greifbare Möglichkeit geworden, was natürlich nichts Gutes für die politische und wirtschaftliche Stabilität der Euro-Zone verheißt. Die Süddeutsche Zeitung stellte besorgt fest: „Noch nie hat man in der Mitte einer Legislatur eine so abgewirtschaftete Bundesregierung erlebt. Das Land ist im Jahr 2011 weniger schwarz, sehr viel weniger gelb, ein wenig röter und viel grüner geworden.“

Das deutsche Kapital ist Mit-Ursache der Euro-Krise

Wie zahlreiche politische KommentatorInnen feststellen, ist die Eigensinnigkeit Deutschlands angesichts der Krise zu einem Destabilisierungsfaktor geworden. „Der verlässliche weltpolitische und europapolitische Akteur Deutschland ist unter Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Unsicherheitsfaktor verkommen. Berlin zaudert, zögert und zerbricht an seinen wenig vorbereiteten Positionen.“³

Der Streit unter deutschen PolitikerInnen steht auch für die zunehmenden Schwierigkeiten, die strategischen Interessen Deutschlands durchzusetzen, ohne mit den eigenen BündnispartnerInnen in Konflikt zu geraten. Deutschland hat im Rahmen der jetzigen Krise ein Führungsproblem. Als stärkstes und kreditwürdigstes Land der Eurozone hat es einerseits maßgeblichen Einfluss auf das weitere Vorgehen der EU gegen die Krise, andererseits steht es damit aber auch in der Schusslinie für Kritik. So ist Deutschland z.B. aus Sicht des früheren britischen Premierministers Gordon Brown oder des US-Präsidenten Obama mitverantwortlich für die jetzige Euro-Krise. „Deutschland hat [...] 1,5 Billionen Dollar an Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Italien ausgeliehen. Beim Ausbruch der Krise hielten deutsche Banken 30 Prozent aller Darlehen für diese Länder.“⁴ Deutsche Banken sind also noch stärker an den problematischen Schulden beteiligt als andere Länder, laut IWF zweieinhalb mal so stark wie US-Banken⁵.

Die deutsche Bourgeoisie hat stets kräftig Kapital exportiert und damit spekulative Blasen finanziert. Deutsche Banken haben die „Schuldensünder“ Griechenland, Spanien, Portugal,

2. El Pais: „Caen los liberales“. 20.09.2011. http://www.elpais.com/articulo/opinion/Caen/liberales/elpepiopi/20110920elpepiopi_2/Tes

3. DIE PRESSE: „Merkels Außen- und EU-Politik: Zaudern, Zögern, Zerbrechen“. 25.08.2011. http://diepresse.com/home/meinung/kommentare/leitartikel/687945/Merkels-Aussen-und-EUPolitik_Zaudern-Zoegern-Zerbrechen.

4. Brown, Gordon: „Deutsche Banken feierten mit“. Handelsblatt. 29.08.2011. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/deutsche-banken-feierten-mit/4550892.html>

5. Ebd..

1. Müller, Dirk: „Mit einer gewissen industriellen Logik“ an die Rettung Griechenlands rangehen. Interviewt von Markus Kerber. Deutschlandfunk. 13.09.2011.

Irland und Italien bereitwillig mit Krediten versorgt oder, wie Gordon Brown es formulierte, „deutsche Banken [haben] die Getränke spendiert, wo immer eine Party stattfand.“⁶ Nun stemmt sich das deutsche Kapital gegen gemeinsame Haftung durch Euro-Bonds und setzt gemeinsam mit dem IWF, der EZB und Frankreich drakonische Kürzungsprogramme in Griechenland, Spanien, Irland, Italien und anderen Ländern durch. Diese Verarmungsprogramme, die das imperialistische Deutschland den Lohnabhängigen in Griechenland, Spanien, Irland usw. verordnet, werden zynischerweise auch noch als „Hilfe“ deklariert.

Trotz aller Diskussionen zwischen verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse ist es indes so, dass das Fortbestehen Europas als gemeinsamer Markt mit eigener Währung zentral für die Interessen des deutschen Kapitals ist. „Für uns ist deshalb die Integration eine strategische Notwendigkeit. Siecht sie dahin, erodiert das Fundament des europäischen Ausgleichs und damit die Kernbedingung für die erfolgreiche Verfolgung deutscher Interessen.“⁷ Denn „in wichtigen finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen nutzen wir den Größenvorteil Europas.“⁸

Die politischen VertreterInnen der herrschenden Klasse in Deutschland befinden sich so in einem schwer lösbaren Dilemma: Einerseits wollen sie „die Wähler“ und deren wachsende nationalistische Haltung bedienen (die geschürt wurde, um die Solidarität mit den griechischen Massen zu verhindern), andererseits müssen sie zwischen den Sektoren des Kapitals vermitteln und den strategischen Interessen der deutschen Bourgeoisie gerecht werden. Zwischen diesen Mühlen werden die porösen Elemente wie die FDP zerrieben. Diesen Preis ist die herrschende Klasse aber bereit zu zahlen, da es derzeit für die Wahrung „deutscher“ Interessen keine bessere Alternative gibt. Während in Massenmedien Stimmung gegen „faule Südländer“ gemacht wird, ist man sich in den Chefetagen der Notwendigkeit zur weiteren Aufrechterhaltung der EU sehr wohl bewusst. „Wir müssen zusammenstehen in dieser existentiellen Krise“, rief BDI-Präsident Hans-Peter Keitel dem griechischen Premier Papandreou bei seinem Auftritt vor den Spitzen der deutschen Industrie zu.

In den Denkfabriken der Bourgeoisie wird derweil nach konkreten Wegen aus der Krise in Griechenland gesucht. In einem Beitrag für die „Financial Times Deutschland“ fordern die deutschen Wirtschaftsweisen⁹ gemeinsam mit französischen RegierungsberaterInnen einen radikalen Schritt: Die Hälfte der Schulden Griechenlands sollte erlassen werden. Die GläubigerInnen sollten dabei „auf ungefähr die Hälfte des Nominalwerts ihrer ausstehenden griechischen Staatsanleihen verzichten.“¹⁰ Da ein Großteil der griechischen Staatsanleihen sich mittlerweile in den Händen der Europäischen Zentralbank und anderer staatlicher Institutionen befindet, würden die Kosten eines solchen Schuldenschnitts auf die europäischen SteuerzahlerInnen und damit letztlich auf die ArbeiterInnen abgewälzt. Im Falle einer Staatspleite Griechenlands sähe dies aber auch nicht sehr viel anders aus: Betroffene Privatbanken würden dann mit Staatsgeldern aus dem Rettungsfond EFSF unterstützt werden.

Obwohl Deutschland relativ gestärkt aus der Krise hervorgegangen ist, sind die politischen Auswirkungen trotzdem deutlich gewesen. Die Krise entblößt die Spannungen innerhalb der Regierungskoalition wie auch im Regime. Die Wunschkoalition der herrschenden Klasse hat sich als eine „streitgeile“ Truppe

entpuppt, die mit dem politischen Stimmungsthermometer unter dem Arm regiert. „Jeder gegen jeden – das scheint dieser Tage das Motto der Regierung zu sein, die Euro-Krise zerrt an den Nerven der Koalitionäre. Schon führt der Streit über den richtigen Weg aus der Griechenland-Krise zu Spekulationen über ein nahendes Ende des Bündnisses. Wie lange hält Schwarz-Gelb noch durch?“¹¹ Sollte die Regierung tatsächlich stürzen, wären die Folgen dramatisch.

Delle oder Fall?

Die relative Erholung der Weltwirtschaft wurde durch mehr oder weniger konzertierte staatliche Stützprogramme für die Unternehmen erreicht. Somit konnte die drohende Katastrophe durch die Krise 2008 aufgeschoben werden. Aufgrund seiner starken Ausgangslage konnte Deutschland in besonderem Maße staatliche Subventionen aufbringen, um seine Produktivkräfte vor den Folgen der Krise zu schützen.

Das brachte dem deutschen Imperialismus deutliche Vorteile gegenüber traditionellen KonkurrentInnen. Diese Situation wurde außerdem genutzt, um den Export anzukurbeln und den deutschen Anteil am Welthandel auszubauen. Dabei hat sich jedoch die Abhängigkeit Deutschlands vom Außenhandel weiter verstärkt. Laut BDI werden mittlerweile 8,5 Prozent der deutschen Exporte nach Brasilien, Russland, Indien und China verkauft, die zu Motoren der jetzigen Konjunktur geworden sind. Jedoch haben diese sich überhitzt und die Drehzahl musste kräftig heruntergeschraubt werden. „Die Zentralbanken in China, Indien, Brasilien und Russland erhöhten gleich mehrfach die Leitzinsen. In China kletterten die Geldbeschaffungskosten auf 6,56 Prozent, in Indien auf 8,0, in Brasilien sogar auf 12,5 Prozent.“¹² Die schlechten Konjunkturdaten aus Amerika und China, die Verschärfung der Staatsschuldenkrise, die Herabstufung der Kreditwürdigkeit der USA sowie die Sorgen um ein mögliches Auseinanderbrechen der Euro-Zone sind deutliche Anzeichen dafür, dass die Party in Deutschland bald vorbei sein wird. Noch sind die Auftragsbücher voll gefüllt, aber „Spätestens Anfang nächsten Jahres ist der größte Teil der Aufträge in den Unternehmen abgearbeitet. Kommt die Weltwirtschaft bis dahin nicht auf die Füße, werde es für die deutsche Wirtschaft ungemütlich [...] Der Weltwirtschaft drohen dann neue Spekulationsblasen, Protektionsismus und Inflation.“¹³

Brasiliens Staatspräsidentin Dilma Rousseff rief Anfang des Monats zum „Kreuzzug zur Verteidigung der brasilianischen Industrie“ auf: Die Waffen, mit denen sie diesen Kampf ausfechten will, sind „eine Strafsteuer auf Devisengeschäfte, eine Finanztransaktionssteuer auf Auslandskredite und eine Vorzugsbehandlung heimischer Unternehmen bei Staatsaufträgen“ sowie höhere Zölle. Das Fazit der Wirtschaftswoche: „Auf die Weltwirtschaft und das Exportland Deutschland kommen harte Zeiten zu.“¹⁴

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes

Hinter der beschönigenden Formulierung der „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes“ verbirgt sich die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse durch befristete Verträge, Leiharbeit, Minijobs usw. Also letztlich eine Politik des Sozialabbaus, die die Interessen der KapitalistInnen bedient. Wie die letzten Daten zeigen, sind die GewinnerInnen des kräftigen Aufschwungs der deutschen Wirtschaft deutsche Konzerne und Unternehmen, nicht jedoch die arbeitende Bevölkerung. So sind die Löhne 2010 im Durchschnitt um 0,6 Prozent gestiegen, um die Inflation auszugleichen.

Die Zahl der Menschen, die auf einen zweiten Job angewie-

6. Ebd..

7. Zeit Online: „Deutschlands riskante Europa-Strategie“. 26.04.2011. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-04/finland-eu-europapolitik>.

8. Spiegel Online: „Von der Leyen fordert die Vereinigten Staaten von Europa“. 27.08.2011. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,782879,00.html>.

9. Als Wirtschaftsweise werden die fünf Mitglieder eines Sachverständigenrates bezeichnet, der die Bundesregierung in ökonomischen Fragen berät.

10. Financial Times Deutschland: „Verzichtet auf die Hälfte der Griechen-Schulden!“. 27.09.2011.

11. Spiegel Online: „Streit über Euro-Kurs: Koalition in Angst“. 14.09.2011. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786243,00.html>.

12. Wirtschaftswoche: „Gefahr für Deutschlands Konjunktur“. 16.08.2011.

13. Ebd.

14. Ebd.

sen sind, um zu überleben, hat sich seit 2003 verdoppelt. Gab es im Juni 2003 rund 1,2 Millionen Lohnabhängige mit einem oder mehreren Nebenjobs, so waren es im Juni 2010 fast 2,4 Millionen. In über 82% der Fälle handelt es sich laut Zahlen der Bundesagentur für Arbeit nicht um mehrere Minijobs nebeneinander, sondern um geringfügige Nebenbeschäftigungen neben einer Haupttätigkeit.

Über 100.000 RentnerInnen im Alter von über 75 Jahren müssen noch einen Minijob ausüben, um überleben zu können. Die Zahl der in Armut lebenden Kinder wird nach Ansicht des Deutschen Kinderschutzbundes trotz niedriger Geburtenraten rasant steigen. So haben heute etwa 2,5 Millionen der 13,1 Millionen Kinder in Deutschland Anspruch auf staatliche Leistungen auf Hartz IV-Niveau. Laut Prognosen werden es in 20 Jahren bis zu fünf Millionen sein¹⁵.

Frauen sind von all dem überproportional betroffen: 57,5 Prozent der Mehrfachbeschäftigten sind Frauen. Nebenbei werden Frauen immer noch deutlich schlechter bezahlt als Männer. 2009 betrug die Einkommenslücke rund 23 Prozent. Laut OECD arbeiten nur rund 40 Prozent der Frauen (15 bis 64 Jahre) in Deutschland Vollzeit.

Die Lage der Jugend ist nicht so katastrophal wie in Spanien oder Griechenland, aber auch sie sieht sich wachsenden Problemen gegenüber: *„Junge Menschen in der Bundesrepublik sind nicht nur häufiger mit Erwerbslosigkeit konfrontiert als die Gesamtbevölkerung. Sie haben auch deutlich öfter eine sogenannte atypische Beschäftigung. Dazu gehören beispielsweise befristete Jobs oder Zeitarbeit.“*¹⁶ Jugendlichen werden also verstärkt befristete Verträge aufgezwungen, sodass mittlerweile jedeR Zweite keinen festen Vertrag mehr hat. Andere werden von einem Praktikum zum nächsten geschickt. Außerdem nimmt die sogenannte „projektbezogene Arbeit“ an Hochschulen zu, bei der Verträge nur solange laufen, bis die begrenzten Geldmittel dafür aufgebraucht sind.

Perspektiven

In der Krise 2008/2009 wurde mittels Kurzarbeit eine Entlassungswelle verhindert. Selbstverständlich handelte es sich dabei nicht um ein Zugeständnis an die Lohnabhängigen, sondern um einen strategischen Schachzug zur Subventionierung des deutschen Kapitals. Unternehmen und Banken wurden mit staatlichen Geldern am Leben gehalten. Lohnabhängige verloren ihre Jobs nicht, weil sie wieder einmal bereit waren, Einkommenseinbußen zu akzeptieren. Sollte jedoch die Krise heute erneut mit solcher Härte einschlagen, dann hätte die Bundesagentur für Arbeit (BA) diesmal keine Rücklagen mehr, um den Arbeitsmarkt zu stützen und gleichzeitig die Masse von Arbeitslosen zu versorgen. *„Wir hatten 18 Milliarden Euro Rücklagen gebildet, unter anderem, weil wir das Geld nicht für Maßnahmen ausgegeben hatten, von denen wir uns nichts erwarten. Als die Krise kam, konnten wir ohne Beitrags- und Steuererhöhungen zum Beispiel mit der Kurzarbeit so intervenieren, dass der Arbeitsmarkt von der Krise recht wenig getroffen wurde. Diese Möglichkeit haben wir jetzt nicht mehr.“*¹⁷ Massenentlassungen, abermalige Senkungen des Hartz IV-Satzes, massive Kürzungen des Arbeitslosengeldes ebenso wie Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich sind also eine sehr greifbare Perspektive.

Angesichts dieser drohenden Angriffe ist mit verstärkten Klassenauseinandersetzungen zu rechnen. Wir können aber keinesfalls davon ausgehen, dass daraus automatisch gesell-

schaftlich fortschrittliche Entwicklungen folgen. Der zunehmende Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Maßnahmen und Institutionen der herrschenden Klasse kann sich vielmehr in verschiedene Richtungen auswirken.

Das schwindende Vertrauen der Massen in die Mechanismen des bürgerlichen Parlamentarismus – was sich z.B. in einer zunehmenden Wahlenthaltung spiegelt – ist aus revolutionärer Sicht eine teilweise positive Entwicklung. Allerdings drückt sich diese skeptische Haltung gegenüber bürgerlichen PolitikerInnen und Parteien oft auch in einer Ablehnung sämtlicher politischer Organisationen aus. Diese Skepsis übersetzt sich also nicht automatisch in eine progressive Haltung.

Nichtsdestotrotz begünstigt diese Dynamik der Disaggregation, also der zunehmenden Auflösung des Konsens gegenüber der herrschenden Klasse, die Entstehung von progressiven Phänomenen und schafft somit bessere Ausgangsbedingungen für eine politische Intervention von RevolutionärInnen. Dies haben unter anderem die Anti-Atom-Bewegung und die Proteste gegen Stuttgart21 gezeigt, bei denen breite Sektoren der Mittelschichten auf die Straße gegangen sind und durch ihre Aktionen die institutionalisierte Ordnung zumindest indirekt in Frage gestellt haben. Laut Statistiken sind 65% der Bevölkerung überzeugt, dass es die „Qualität der deutschen Demokratie“ verbessern würde, wenn über wichtige Fragen per Volksabstimmungen entschieden würde¹⁸. Für revolutionäre MarxistInnen besteht die Aufgabe darin, diese Ansätze der Infragestellung der Institutionen zu fördern und mit Propaganda und Agitation zu deren Radikalisierung beizutragen, und sich nicht dem aktuellen Bewusstsein dieser Bewegungen anzupassen.

Der weitere Verlauf der Krise wird wahrscheinlich nicht langsam und kontinuierlich, sondern sprunghaft vorstatten gehen. Dies wird RevolutionärInnen auf der einen Seite, aber auch die gewerkschaftlichen Vermittlungsinstanzen auf der anderen Seite vor große Herausforderungen stellen.

Eine Verschärfung der Konflikte zwischen den Klassen wird unweigerlich dazu führen, dass die Gewerkschaftsspitzen ihre Kollaboration mit dem Kapital noch verstärken, um ihre eigene Existenz und ihre Privilegien zu sichern. Die Interessen der hohen FunktionärInnen sind eng mit denen der KapitalistInnen verbunden. Deshalb stimmen auch sie in den reaktionären Standort-Diskurs mit ein und betonen immer wieder die Bedeutung der Sozialpartnerschaft. Eine erneute Kostprobe dessen hat DGB-Chef Sommer vor kurzem geliefert. Statt die brutalen Kürzungspläne, die das deutsche Kapital den GriechInnen aufzwingt, zu verurteilen und zu bekämpfen, indem er an die Solidarität der Beschäftigten in Deutschland appelliert, forderte Sommer, Angela Merkel möge bitteschön *„einer skeptischen deutschen Öffentlichkeit verdeutlichen, dass es nicht nur um Solidarität mit Griechenland, Irland oder Spanien geht, sondern dass die Hilfe auch aus schlichtem deutschen Eigennutz erfolgt.“*¹⁹ Indem er so tut, als wären die Interessen der ArbeiterInnenklasse in Deutschland deckungsgleich mit denen des deutschen Kapitals, opfert der DGB-Boss die Interessen der ArbeiterInnenklasse auf dem Altar der Standortlogik.

Die Verschärfung der Wirtschaftslage und die damit einhergehende Verringerung des Verhandlungsspielraums könnten innerhalb des Gewerkschaftsapparates Flügelkämpfe auslösen. Der sich verstärkende Druck der Basis könnte dann zu einem Linksruck in den niedrigen Rängen der Gewerkschaftsbürokratie führen. Zu dieser Entwicklung könnte auch der sich fortsetzende Trend des Aufbaus von Spartengewerkschaften beitragen. Die GewerkschaftsbürokratInnen fürchten die zunehmende Konkurrenz dieser spezialisierten Gewerkschaften, die ihre „Krümelpolitik“, die sich mit kleinsten Zugeständnissen

15. Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers bei der zentralen Veranstaltung zum Weltkindertag in Schwerin. 20.09.2011.

16. Spiegel Online: „Hohe Arbeitslosigkeit: Europas Jugend ohne Zukunft“. 11.08.2011. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,779610,00.html>.

17. BA-Chef Weise: „Wir haben kein Polster mehr“. Badische Zeitung. 20.09.2011.

18. FAZ: „Der Ruf nach dem Plebiszit“. 20.10.2010.

19. Handelsblatt: „DGB-Chef attackiert Merkels Krisenmanagement“. 21.08.2011

zufrieden gibt, durch Taten in Frage stellen. So geschehen bei den LokführerInnen 2009/2010, als diese eine Lohnsteigerung von 14% erreichten. Die unsägliche Politik der Sozialpartnerschaft und der Ausverkauf der Kämpfe können zusammen mit dem Entstehen von Spartengewerkschaften eine explosive Mischung bilden, die die Ablehnungstendenzen innerhalb mancher Sektoren der ArbeiterInnenenschaft verstärkt. So sind es heute vor allem Sektoren wie ÄrztInnen, LokführerInnen und PilotInnen, die ihre eigenen Gewerkschaften gegründet haben. Die Tarifeinheit erwies sich für diese hochqualifizierten Sektoren, die teilweise eine zentrale Stellung im Reproduktionszyklus des Kapitals einnehmen, als nachteilig²⁰.

Wie die historische Erfahrung zeigt, wird die Ablehnung der Beschäftigten gegenüber den versöhnlerischen FunktionärInnen wachsen. All jene Gruppen und Parteien, die sich der gewerkschaftlichen Routine anpassen oder die den Kampf gegen die BürokratInnen nur halbherzig aufnehmen, werden dann zwischen den versöhnlerischen Sektoren und einem kämpferischen (möglichst revolutionären) Flügel zerrieben. Diesem wollen wir – soweit unsere Kräfte reichen – zum Entstehen verhelfen, indem wir mit einem revolutionären Programm in die Kämpfe der ArbeiterInnen intervenieren und sie dazu ermuntern, mit dem Kapital und den bürokratischen Gewerkschaftsführungen zu brechen. Dieser Prozess der Rekomposition der ArbeiterInnenreihen wird nicht geradlinig ablaufen. Teilniederlagen gehören genauso dazu wie Siege. Sie sind aber die Ausgangsbedingungen für das Entstehen von kämpferischen Strömungen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung.

Für die Mitglieder von RIO, einer kleinen, überwiegend studentischen Gruppe, ist dies eine riesige Herausforderung, die wir aber gern annehmen. Angesichts unserer mangelnden Verankerung innerhalb der kämpferischsten Sektoren der ArbeiterInnenenschaft sehen wir unsere wichtigste Aufgabe momentan darin, eine Pro-ArbeiterInnen-Politik an den Universitäten zu betreiben. Die ArbeiterInnen, gemeinsam mit der revolutionären Jugend in Schulen und Universitäten, müssen ein unabhängiges Klassenprogramm aufstellen und, auf ihre eigenen Kräfte vertrauend, eine revolutionäre Politik entwickeln.

Für ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Organisation

Die Krise zerrt an den Löhnen der ArbeiterInnen, und die Gewerkschaftsbürokratie verrät die Kämpfe bzw. sie lässt sie im Keim ersticken, indem sie die Interessen der Lohnabhängigen hinter die Sozialpartnerschaft stellt. Die Antwort der radikalen Linken in Deutschland beschränkt sich dabei auf eine Art Ausübung von linkem Druck auf die GewerkschaftsfunktionärInnen, die durch die Auslassung von Kritik oder von Alternativen letztlich zur Anpassung an die Bürokratie führt. Angesichts der Krise versucht der deutsche Imperialismus, seine eigene Krise durch Bestrebungen zur Semikolonialisierung und wirtschaftlichen Unterwerfung ganzer Regionen wettzumachen. Noch profitiert die deutsche Bourgeoisie von der (sich nun verlangsamenden) konjunkturellen Erholung der Weltwirtschaft; sie ist aber Teil des weltumspannenden kapitalistischen Systems und die Probleme, die die Weltwirtschaft betreffen, werden sie ebenfalls treffen. Das, was heute die deutsche Regierung der griechischen Regierung und den griechischen Lohnabhängigen abverlangt, wird sie morgen von den Lohnabhängigen in Deutschland fordern.

Deshalb müssen sich RevolutionärInnen in Deutschland auf die kommenden verschärften Auseinandersetzungen zwischen

den Klassen vorbereiten. Dies impliziert, ein klares Programm gegen die Krise und ihre Auswirkungen aufzustellen. Wir denken, dass heute die Forderung nach der gleitenden Skala der Löhne und die Verteilung der Arbeitszeit zwischen allen zur Verfügung stehenden Kräften auf Kosten der Reichen und KapitalistInnen höchst aktuell ist.

Ebenso denken wir, dass die Gewerkschaften demokratisiert werden müssen, um die Macht der Bürokratie zu brechen. Es ist notwendig, die korrupten, an den Unternehmen gebundenen Gewerkschaftsspitzen aus den Gewerkschaften zu vertreiben. Dafür brauchen wir einen klaren Kampfplan, um die historischen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zu verteidigen und auszuweiten. Ein solcher Kampfplan wird die kämpferischsten Sektoren der ArbeiterInnenenschaft motivieren. Er wird ihnen Selbstvertrauen verleihen und die Entstehung von kämpferischen und antibürokratischen Flügeln innerhalb der Gewerkschaften begünstigen. So werden anstelle der routinierten FunktionärInnen und KarrieristInnen neue kämpferische AnführerInnen gesetzt, damit die Gewerkschaften zu tatsächlichen Kampforganisationen der ArbeiterInnenenschaft werden.

Frankreich und Deutschland wollen ihre kriselnden Banken wieder einmal auf Kosten der Lohnabhängigen stützen. Die Folgen werden weitere soziale Kürzungen sein. Damit nicht wir für ihre Krise zahlen, müssen wir die Forderung nach der Enteignung der Privatbanken und Verstaatlichung des Kredit systems aufstellen. Nur so kann ein erster Schritt gemacht werden, um die Diktatur des Kapitals zu brechen.

Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen RevolutionärInnen gleichzeitig entscheidende Schritte für den Aufbau einer wirklich revolutionären Organisation machen. Die Erfahrung der Linkspartei, die zwar von der Notwendigkeit, den „Druck der Straße“ zu erhöhen, spricht, aber in der Regierung stets arbeiterInnenfeindliche Politik betreibt, zeigt deutlich, dass die Ausgebeuteten und Unterdrückten in Deutschland eine neue Partei brauchen, die ihre Interessen verteidigt.

Diese werden – wie die Erfahrung in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zeigt – nicht gemeinsam mit den Lafontaines, Gysis oder Wagenknechts, nicht in erster Linie in den Parlamenten verteidigt und durchgesetzt, sondern in den Betrieben und auf den Straßen, in den Universitätssälen und Klassenzimmern.

Diese neue Organisation kann nicht ausschließlich auf nationaler Ebene tätig werden, sondern muss einen eindeutig internationalen Charakter haben. Denn wenn die herrschende Klasse weltweit Angriffe gegen die ArbeiterInnenklasse und die Jugend führt, müssen wir uns auch weltweit verteidigen. In Bezug auf die jetzigen Angriffe gegen die ArbeiterInnen in Griechenland heißt das, dass eine revolutionäre Organisation in Deutschland ihre internationalistische Solidarität beweisen muss, indem sie den heimischen Imperialismus bekämpft.

Zudem zeigen die steigenden Spannungen zwischen den imperialistischen Mächten ganz klar, dass die Bourgeoisien der jeweiligen Länder letztlich in immer schärferer Konkurrenz zueinander stehen. Solche Spannungen sind z.B. in Libyen oder ganz aktuell zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf die EFSF-Streitigkeiten zu sehen. Diese Spannungen werden auf den Rücken der Lohnabhängigen und Unterdrückten austragen. Dies aktualisiert sogar die Perspektive militärischer Auseinandersetzungen (von StellvertreterInnenkriegen bis hin zum direkten inner-imperialistischen Krieg). Auch dagegen können wir uns nur wehren, wenn wir uns international, mit einem klaren antikapitalistischen und anti-imperialistischen Programm organisieren.

Für uns kann der Aufbau einer revolutionären Organisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten nicht von der Frage nach der Weltpartei der ArbeiterInnen losgelöst werden, die wir durch den Wiederaufbau der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution anstreben.

20. Heute arbeitet nur noch jeder zweite Lohnabhängige in Unternehmen mit Bindung an die Tarifeinheit, während es 1996 noch 67% waren. In Ostdeutschland ist die Lage mit nur 38% tarifgebundenen Anstellungen weitaus schlechter.

Streik gegen Prekarisierung

Der Arbeitskampf bei der Charité Facility Management (CFM) hat eine Bedeutung, die weit über den Streik hinausgeht

von Victor Jalava

Seit Anfang September streiken die ArbeiterInnen der Charité Facility Management GmbH (CFM), einer Tochtergesellschaft des Berliner Universitätsklinikums Charité, für bessere Löhne und einen Tarifvertrag. Die CFM entstand 2005 unter dem SPD-Linkspartei-Senat und hat seitdem die Verantwortung über alle nicht-medizinischen und nicht-pflegerischen Arbeiten (u.a. Reinigung, Transport, Sterilisation). Die Profiteure der Ausgründung sind vor allem die privaten Dienstleistungsunternehmen Vamed AG, Hellmann Worldwide Logistics und die Dussmann-Gruppe. Gemeinsam halten sie 49% der Anteile der CFM und stellen die Mehrheit im Aufsichtsrat.

Das Geschäftsmodell der CFM

Die Geschichte der CFM ist beispielhaft für die Zustände im Gesundheitsbereich. Schon in den 70ern und besonders in den Jahrzehnten der Bürgerlichen Restauration, drängten private Unternehmen in die Kliniken. Erst über die Auslagerung von Reinigungsdiensten, schließlich sogar mit dem Verkauf der öffentlichen Krankenhäuser an „Gesundheits“-Konzerne.

Die CFM ist ein Produkt der Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums und der Prekarisierung der Arbeitsbedingungen. Es gibt keinen Tarifvertrag, sodass Bezahlung, Urlaubstage u.a. individuell variieren, d.h. selbst in ein und derselben Abteilung KollegInnen nebeneinander zu unterschiedlichen Bedingungen arbeiten. Das hat zur Folge, dass die objektiven Bedingungen, unter denen der Streik bei der CFM stattfindet, sehr schwierig sind. Viele haben befristete Verträge, die Stundenlöhne liegen oft bei unter acht Euro. In einem staatlichen Krankenhaus arbeiten KollegInnen, die nach ihrem Vollzeit-Job bei der Arbeitsagentur die Aufstockung auf Hartz-IV-Niveau beantragen müssen! Dazu kommt die Schwierigkeit, dass einige KollegInnen, die bei der CFM arbeiten, noch alte Charité-Verträge haben. Diese „Gestellten“ sind von den Problemen der CFM-Angestellten nicht direkt betroffen, und haben eine viel sicherere Position als befristete KollegInnen. Dadurch wird die Belegschaft noch weiter gespalten. Gleichzeitig übt die voranschreitende Prekarisierung der CFM-Beschäftigten starken Druck auf die Arbeitsverhältnisse der „sichereren“ Gestellten.

Die Chefetage der CFM setzt bei diesen Spaltungen an, um den Streik zu brechen. Neben Druckmitteln wie Lügen und Einschüchterung wird auch mit Erpressung und leeren Versprechungen versucht, den Streik schwach zu halten. Zudem wird massiv Leiharbeit eingesetzt, um den Streik unter Beugung jeglicher Arbeitsgesetze zu sabotieren. Besonders den privaten InvestorInnen wie Dussmann geht es dabei einfach ums Prinzip. Der relativ niedrige gewerkschaftliche Organisationsgrad der CFM-Belegschaft macht es dem Unternehmen leichter, im Sinne der Profitmaximierung jeden Cent aus den Beschäftigten herauszupressen. Diese kriminelle Politik der Geschäftsführung zeigt klar und deutlich, dass es hier nicht nur um einen „bana-

len“ Lohnkonflikt geht, sondern um die politische Durchsetzung eines Profitmodells, welches direkt die historischen Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung auszulöschen versucht.

Zu allem Überflus arbeiten FunktionärInnen der Gewerkschaft IG BAU aktiv gegen den Streik. Grund dafür ist die Konkurrenz zwischen den Apparaten der IG BAU und ver.di und ein Alleinvertretungsanspruch auf die KollegInnen in der Reinigung. Dies beweist zu Genüge die verdorbene Rolle der Gewerkschaftsapparate.

Die Krise der Subjektivität

Mit der objektiven Situation verbunden ist die schwierige subjektive Lage. Das Bewusstsein, dass man sich gemeinsam gegen die Willkür der Unternehmen wehren kann, ist nicht weit verbreitet. Die Bourgeoisie und ihre Stäbe haben über die letzten Jahrzehnte, v.a. seit den 90er Jahren, mit ihrer Offensive und der Ideologie des Individualismus die Tradition der Solidarität der ArbeiterInnen fast restlos verschüttet. Und es braucht Erfahrungen von erfolgreichen Kämpfen um diese Tradition wieder aufleben zu lassen.

An der desolaten Lage des Selbstbewusstseins der ArbeiterInnen in Deutschland hat der Zustand der Gewerkschaften ebenfalls seinen gehörigen Anteil. Die vor allem in bundesrepublikanischer Zeit entfaltete Praxis der „Sozialpartnerschaft“ (die die Klassenkollaboration an die Stelle des Klassenkampfes setzt) führte zur

Streik an der Charité im Mai

Im Mai 2011 kam es an der Charité zu einem gemeinsamen Streik der Pflegekräfte und der CFM-Beschäftigten. Ein machtvoller Streik, der zu Millionenausfällen in den Rechnungsbüchern des Klinikums führte. Nach einer Woche wurde der Streik der Pflegebereiche ausgesetzt, d.h. abgebrochen, weil die Charité ein Angebot für Verhandlungen gemacht hatte. Zurecht wurde dies von vielen Streikenden als Bruch der Solidarität empfunden. Zur Absicherung der Streikspaltung bot die CFM-Geschäftsführung eine Woche später – kurz vor der Urabstimmung über den Tarifvertrag Charité – den Gewerkschaften Verhandlungen an. Diese Scheinverhandlungen zogen sich über mehrere Monate hin, bis die CFM-KollegInnen am 5. September wieder in den Streik traten.

ZUM WEITERLESEN

Victor Jalava: Streiken bringt was – wenn man's durchzieht
→ www.revolution.de.com/revolution/1106/charite/index.html

Wladek Flakin und Markus Oliver: Die SAV beim Charité-Streik (Und: Die PSG beim Charité-Streik)

→ www.revolution.de.com/revolution/1106/charite/savpsg.html

KLASSE
GEBEN
KLASSE

Verfestigung bürokratischer Strukturen und zu einem Apparat, der nicht nur die eigene Rolle als alleinige Stellvertretung der ArbeiterInnen-Interessen und als „notwendiger“ Spezialist in „unüberschaubaren“ rechtlichen Verhältnissen betonte, sondern sogar auch zu einem regelrechten Co-Management führte. Gegen die Offensive der Herrschenden (erst Recht durch die SPD, wobei die Schrödersche Agenda 2010 den Höhepunkt darstellte) wurde kein Widerstand geleistet. Die Folgen: Erstens die Zerstörung der Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen im Ringen mit dem Kapital. Zweitens die Kampfunerfahrenheit vieler ArbeiterInnen. Drittens auch das individuelle Abwenden vieler ArbeiterInnen von den Gewerkschaften, vor allem in den letzten Jahrzehnten, und die zunehmende Verbreitung der Meinung, dass den Maßnahmen der Herrschenden nichts entgegengesetzt werden könne.

Dabei gehören die Gewerkschaften in Deutschland, trotz aller Mitgliederverluste, zu den mächtigsten der Welt. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist beispielsweise mit 2,1 Millionen Mitgliedern eine der größten Gewerkschaften weltweit. Dennoch sind diese Riesen nicht in der Lage, Riesenhaftes zu vollbringen.

Bei der CFM werden Folgen dieser Entwicklung sichtbar. Zum Einen hatten die Gewerkschaften die Gründung der CFM nicht zu verhindern versucht und haben so die jetzigen Verhältnisse indirekt mit zu verantworten. Zum Anderen aber gibt es auch konkrete Schwierigkeiten im Kampf. Die noch zu niedrige Beteiligung hat auch damit zu tun, dass nur ein Teil der KollegInnen dem Ruf der gewerkschaftlichen Strukturen einfach folgt und Vertrauen in die Möglichkeit eines Erfolges hat.

Organisiert wird der ganze Streik, vom Schildermalen über Materialbeschaffung bis hin zu Pressearbeit und Demonstrationen, durch die Streikleitung. Dieses Organ ist natürlich nicht durch die Wahl der Streikenden zustande gekommen. Die meisten Mitglieder der Streikleitung wurden als Mitglieder der Tarifkommission längst vor dem Streik gewählt, hinzu kommen Leute aus den Betriebsgruppen von ver.di und gkl (der zuständigen Gewerkschaft, die dem „dbb beamtenbund und tarifunion berlin“ angehört). JedeR motivierte Streikende kann aber einfach an der Streikleitung teilnehmen, was zum Teil positiv ist und einen Fortschritt gegenüber der „klassischen“ Form der Streikleitung darstellt. Aber: Dass aktive KollegInnen in die Streikleitung kooptiert werden, gibt zwar den Schein demokratischer Kontrolle, verändert jedoch nicht den bürokratischen Charakter der Streikleitung. Das Problem ist, dass der Streik nicht demokratisch von den Streikenden selbst organisiert ist. Er wird von sehr engagierten Elementen der Streikleitung getragen, die jedoch nicht offensiv versuchen, die Zurückhaltung der Streikenden zu überwinden und ihre Entscheidungsgewalt aus den Händen zu geben.

Der Einfluss der SAV beim Streik

In keinem Streik der letzten Jahre in Deutschland haben trotzkistische Organisationen ein so großes Gewicht wie im Kampf bei der CFM. Die SAV (Sektion des Komitees für eine ArbeiterInnen-Internationale – CWI) hat eine herausgehobene Rolle, denn sie ist Teil der Streikleitung und leitet das Solidaritätskomitee. Darüber hinaus sind die SAS (Schwestergruppe der französischen „LO-Fraktion“ L'Étincelle) und RIO (sympathisierende Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale), mit sehr viel geringerer Bedeutung, beim Streik aktiv. Insgesamt könnten also die Bedingungen, den Streik auf der Basis des Übergangsprogramms und seiner Methode einmalig gut sein.

Die Organisierung von Solidarität und die Anstrengungen in Bezug auf öffentlichen Druck auf das Unternehmen sind beim CFM-Streik in ihrem Ausmaß besonders. Solidaritätsdelegationen und -erklärungen, Aktionen und Demonstrationen sind dabei auch dem Einfluss von TrotzkiInnen zuzuschreiben. Diesen Kampffeldern kommt, neben dem ökonomischen Kräftemessen, wegen den prekären Bedingungen bei der CFM eine besondere Bedeutung zu. Sie bieten sich zudem an, weil die Streikenden

bei der CFM gegen Bedingungen kämpfen, unter denen viele Angehörige der ArbeiterInnenklasse insgesamt leiden müssen. In diesem Sinne hat diese Art, den Kampf zu führen, auch einen sehr politischen Charakter. Sie stärkt das Klassenbewusstsein und hilft beim Wiederaufbau der Brücken der Solidarität der ArbeiterInnen, die in der Zeit der bürgerlichen Restauration abgerissen worden sind. Auch RIO leistete dazu ihren bescheidenen Beitrag, indem sie bei der bundesweiten Bildungsstreik-Konferenz, bei linken Jugend- und Studierendengruppen wie z.B. Linke.SDS, SDAJ oder REVOLUTION zu Solidaritätsunterschriften für den Streik aufforderte und Aktionen vorschlug (Solidaritätsdelegation). Auch die Solidaritätserklärung unserer brasilianischen Schwesterorganisation LER-QI war ein Teil davon. Die Erklärung, die auch als Flugblatt verteilt wurde, beinhaltete den Bezug zum Streik der Reinigungskräfte der Universität von Sao Paolo und hob dabei Streikversammlungen und eine gewählte Streikleitung als wichtige Strukturen dieses Kampfes hervor.

Denn die zentrale Aufgabe, die sich sowohl allgemein im Kampf für ArbeiterInnenkontrolle in der Gesellschaft als auch konkret für den CFM-Streik stellt, ist die Übernahme der Streikführung durch die Streikenden, indem demokratische Strukturen geschaffen werden. Deswegen setzten wir von RIO uns von Anfang an offen und vehement für die Organisierung von Streikversammlungen ein. Die GenossInnen der SAV sahen die Frage der Streikversammlung nicht als zentral an und versuchten nur auf leisen Sohlen (durch Gespräche mit StreikführerInnen) auch Schritte in Richtung Streikversammlungen zu ermöglichen. Sie warfen dagegen RIO vor, Streikversammlungen zu fetischisieren, ArbeiterInnen-demokratie und Streikversammlungen zum „Selbstzweck“ zu machen. Wir sehen den Kampf für Streikversammlungen und eine gewählte Streikleitung aber keinesfalls als einen idealistischen Selbstzweck, sondern als grundlegende Notwendigkeit sowohl für den Erfolg des CFM-Streiks als auch im Hinblick auf die strategischen Aufgaben der ArbeiterInnenklasse.

Der CFM-Streik befindet sich in einer schwierigen Lage: Die Streikfront ist noch schwach, weshalb die Aktivierung aller Streikenden notwendig ist, um sie zu festigen und zu stärken. Durch Streikversammlungen kann zudem die allgemeine Information über die Situation in den verschiedenen Bereichen verbessert werden. Auch die Einschätzung der Stimmung unter den Streikenden durch alle am Streik Beteiligten ist direkt möglich und nicht von individuellen Gesprächen abhängig. Ebenso können Probleme der KollegInnen (z.B. geringes Streikgeld, Befristungen, Ängste) erfasst und Lösungen diskutiert werden. Zentral ist jedoch die aktive Erkenntnis bei den Streikenden, dass ihre eigene Aktivität über den Ausgang des Kampfes entscheidet, dass sie ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen müssen und können. So wird auch die Erkenntnis gewonnen, dass eine Streikleitung in Form bürokratischer Strukturen nicht alternativlos ist. Die Erfahrung der Selbständigkeit ist außerdem eine zentrale Voraussetzung für die Hebung der proletarischen Subjektivität und auch für die Erkenntnis, dass Bürokratie und Chefs durch die Selbsttätigkeit der ArbeiterInnen ersetzt werden können.

Ohne eine Streikversammlung bleiben die Fähigkeiten vieler Streikender ungenutzt, und es liegt einzig an der Streikleitung (in den Augen der Streikenden: an „der Gewerkschaft“), ob sie die richtige Einschätzung hat, die richtige Taktik wählt, die richtigen Aktionen beschließt und genug Streikende dafür zu mobilisieren versteht. Ohne eine Streikversammlung muss der Kreis der Aktiven (= Streikleitung) auch ganz allein alle Aufgaben übernehmen, statt Verantwortung und Arbeitslast aufzuteilen. Ohne Streikversammlung steigt zudem die Gefahr, dass

Solidaritätsbotschaft von der SINTUSP aus Brasilien

→ www.revolution.de.com/revolution/1109/charite/usp.html

→ www.youtube.com/watch?v=VNszAhEbM



bei einem (wie auch immer gearteten) Misserfolg von KollegInnen der falsche Schluss gezogen wird, dass gewerkschaftliche Organisierung unnützlich wäre.

Die Streikversammlungen, die bisher stattgefunden haben, belegen, dass sie wichtige Instrumente zur Stärkung des Kampfes sind. Natürlich ist die Umsetzung von aktiven Streikversammlungen angesichts des niedrigen Selbstbewusstseins und der Tradition von Bevormundung unter den KollegInnen nicht einfach. Dieser Mangel an Erfahrung wurde leider von Angehörigen der Streikleitung, wie auch der SAV, als Argument gegen die Vorschläge von RIO ins Feld geführt. Eine Argumentation, die die Beibehaltung von bürokratischen Strukturen mit deren historischen Folgen rechtfertigt. Stattdessen ist es aber wichtig, dass die AktivistInnen, allen voran die RevolutionärInnen, dafür arbeiten, die Einbeziehung aller KollegInnen zu fördern. Die FT-CI kämpft in allen Bereichen, in denen sie interveniert, für eben diese „sowjetische Strategie“, die die Selbstorganisation der ArbeiterInnen als fundamentale Voraussetzung für den Kampf für die sozialistische Revolution und gegen bürokratische Elemente in der ArbeiterInnenbewegung selbst ansieht.

Bedeutung des Streiks

Die klassische gewerkschaftliche Praxis von hierarchisierter Streikführung und Verhandlungen mit dem „Arbeitgeber“ stößt im CFM-Streik an seine Grenzen. Die Chefetage der CFM hat keinerlei Interesse an Zugeständnissen. Sie will den ArbeiterInnen eine Niederlage beibringen und ihr profitables Geschäftsmodell durchsetzen. Die Kompromisslosigkeit der CFM erzwingt indes auch von den zurückhaltenden GewerkschaftsfunktionärInnen eine kämpferische Haltung. Die Notwendigkeit offensiver Kampfführung erwächst aus den prekären Verhältnissen, doch die GewerkschafterInnen, erzogen im Umfeld des Gewerkschaftsapparates und des „sozialpartnerschaftlichen“ Geistes und vor allem unter dem Druck der materiellen Vorteile, die die Existenz bürokratischer Strukturen mit sich bringt, tun sich schwer, die überkommenen Strukturen über Bord zu werfen.

Aber vor dem Hintergrund dieser aufgeladenen Konfliktsituation kann dem CFM-Streik eine besondere Bedeutung für die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland beikommen. Denn das „Geschäftsmodell CFM“ ist nur ein Ausdruck des generellen Voranschreitens prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, tariflose Zustände, Hartz IV-Aufstockung, etc.) in ganz Deutschland, und ein Sieg oder eine Niederlage bei der CFM kann ein Signal im Kampf um die Frage, welche Arbeitsverhältnisse in Deutschland und ganz Europa zur Regel werden,

sein. Wenn der Streik bei der CFM erfolgreich ist, verbessert dies die Möglichkeiten für zukünftige Kämpfe gegen diese Zustände, welche sich im Zuge der fortschreitenden Wirtschaftskrise noch weiter ausbreiten werden.

In diesem Rahmen kommen auf die revolutionäre Linke, die in diesem Streik aktiv ist, besondere Herausforderungen zu. Gerade wegen der bisherigen und noch zu erwartenden Länge des Streiks ergibt sich hier die Möglichkeit, einen klassenkämpferischen Pol herauszubilden, der erste Schritte im Kampf für eine Politik, die unabhängig von der Gewerkschaftsbürokratie ist, tätigen kann. Die Etablierung von täglichen Streikversammlungen mit voller Entscheidungsgewalt und die Wahl der Streikleitung mit abwählbaren Delegierten stellen hierbei wichtige Werkzeuge dar, die auch ein erster Schritt zur Wiedererlangung historischer Kampfmethoden der ArbeiterInnenklasse sein können. Gleichzeitig bieten diese Streikversammlungen einen Rahmen, den Streik auf andere Sektoren auszuweiten und einen gemeinsamen Erfahrungsaustausch oder sogar gemeinsame Kämpfe voranzutreiben, wie z.B. mit dem laufenden Konflikt der LokführerInnen der privaten Bahnen, dem Streik der Alpenland-PflegerInnen, oder dem drohenden Warnstreik bei Airbus.

In diesem Sinne sehen wir auch die konkrete Notwendigkeit, eine Tradition der Einheit von Studierenden und ArbeiterInnen zu re-etablieren. Hierbei kann es sich jedoch nicht nur um abstrakte Solidarität handeln. Denn die prekären Verhältnisse, unter denen ein wachsender Teil der ArbeiterInnenklasse leidet, sind auch für große Teile der Studierendenschaft eine konkrete Perspektive, sowohl während des Studiums (durch stetig steigenden Druck, Zwang zu unbezahlten Praktika etc.) als auch nach dem Abschluss, wo viele Studierende die gleiche Unsicherheit und Überausbeutung erwarten wird, wie sie bei der CFM zu finden sind. In diesem Sinne sehen wir die Notwendigkeit einer revolutionären Politik, die sowohl die Selbstorganisation der ArbeiterInnen gegen die herrschende Klasse, aber auch gegen die Macht der Gewerkschaftsapparate, vorantreibt als auch eine Kampfeinheit der radikalsten Sektoren der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend aufbaut. Leider sehen wir, dass die SAV sich dieser Aufgabe nicht annimmt und lediglich eine Politik betreibt, die darauf abzielt, Einfluss auf „linke GewerkschaftsfunktionärInnen“ zu gewinnen, um die Gewerkschaften als Ganzes nach links zu drücken. Wir von RIO und der Trotzlistischen Fraktion halten es hingegen für unabdingbar, einen klassenkämpferischen Pol innerhalb der Gewerkschaften gegen diese BürokratInnen zu etablieren. Dafür wollen wir als kleine Gruppe einen bescheidenen Beitrag leisten.

Streikende von der Charité auf einer Demonstration im Mai 2011

Angesichts des Scheiterns der Europäischen Union des Kapitals: **Für die**

Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

von Juan Chingo (CCR)

Die Krise in Europa hat eine neue und gefährliche Stufe erreicht. Die Möglichkeit eines Staatsbankrotts in Griechenland, ob einseitig erklärt oder durch die europäischen Mächte erzwungen, wird immer wahrscheinlicher. Dazu kommt die zunehmende Ausbreitung der Krise seit August, nicht nur nach Spanien, sondern auch nach Italien und auf die europäischen, besonders auf die französischen, Banken. Diese Faktoren könnten zu einem ökonomischen Erdbeben führen, wie wir es seit der Krise der 30er Jahre nicht mehr erlebt haben. Eine neue „Kreditanstalt“.¹

Der Rettungsplan ist gescheitert. Die Verantwortung für dieses Desaster liegt ohne Zweifel bei der krassesten deflationären Wirtschaftspolitik, die jemals einer fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaft von der Troika (EU, IWF und EZB) aufgezwungen wurde. Die Konsequenz dieser Politik war eine brutale Schrumpfung der Wirtschaft: Das BSP Griechenlands ging im zweiten Quartal des Jahres um 7.3% zurück, im ersten Quartal schrumpfte es bereits um 1%. Durch diese Umstände war es unmöglich, die Einnahmeziele zu erreichen. Wie wir letztes Jahr vorausgesagt haben, haben all diese Rettungspläne nun zu einem vollständigen Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft geführt.

Der deutsche Unilateralismus oder der nationalistische Kampf aller gegen alle

Angesichts dieser angekündigten Katastrophe sucht ein Teil der Bourgeoisie nach einem geordneten Bankrott. Der deutsche Wirtschaftsminister und Parteivorsitzende der FDP, Philipp Rösler, sagte, dass „es keine Tabus geben kann, wenn es darum geht, den Euro zu stabilisieren. Dies schließt auch eine geordnete Pleite

All diese Rettungspläne haben nun zu einem vollständigen Zusammenbruch der griechischen Wirtschaft geführt.

Griechenlands nicht aus, falls diese wirklich nötig sein sollte. Falls die dazu notwendigen und geeigneten Mechanismen vorhanden sein sollten.“² Die Antwort der griechischen Regierung auf diese

Provokation ließ nicht lange auf sich warten: Der griechische Premierminister, Yorgos Papandreu, kündigte an, dass „sein Land sich verteidigen müsse, ganz genauso als wenn es im Krieg sei“ und spielte auf die „Bösartigkeit“ einiger EuropäerInnen an, jedoch ohne Deutschland beim Namen zu nennen.³

Dies war nicht die einzige Reaktion. Zum Beispiel hat sich Horst Seehofer, Bayrischer Ministerpräsident und Chef der CSU, der Schwesterpartei von Angela Merkels regierender CDU gegenüber dem Revolverblatt „Bild“ dahingehend geäußert, dass auch ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone durchaus vorstellbar sei. Gleichzeitig verwehrt er sich gegen jedwede weitere europäische Integration: keine weiterreichenden Kompetenzen nach Brüssel, kein europäischer Wirtschafts- oder Finanzminister und schon gar keine Vereinigten Staaten von Europa. „Das deutsche Grundgesetz erlaubt es uns nicht, Deutschland so mir nix dir nix einfach aufzulösen.“⁴

Komplett gegensätzlich, was die EU angeht, aber sinngemäß ähnlich, was den Fall Griechenlands angeht, äußerten sich der holländische Ministerpräsident, Mark Rutte, und sein Finanzminister, Jan Kees de Jager. Beide sagten, dass die EU einen neuen Finanz-Überminister schaffen sollte, der die Macht haben sollte, in allen EU-Ländern Steuern und Ausgaben vorzuschreiben und zu kontrollieren. Sie sind der Meinung, dass es „Ländern, die sich diesem Regime nicht beugen wollen, freigestellt sei, die Eurozone zu verlassen. [...] In Zukunft könnte die letztmögliche Sanktion sein, Länder zu zwingen, aus dem Euroverband auszutreten.“⁵

Schließlich sagte der argentinische Wirtschaftswissenschaftler Mario Blejer, der die Leitung der Zentralbank Argentiniens nach dem Staatsbankrott 2002 übernahm: „Griechenland muss bis zur Zahlungseinstellung gehen und das im großen Stil.“ Blejer, ein Mann, der Mervyn King nahesteht – dem Präsidenten der Bank of England zwischen 2003 und 2008 – sagte, dass seiner Meinung nach „die Rettungsschirme, die der IWF und die EZB entworfen haben, einen rezessiven Zyklus auslösen, und zwar so sehr, dass sie Athen auf Jahre hinweg mehr Schulden im Verhältnis zum BSP und eine kaputte Wirtschaft bescheren werden. Ein griechischer Staatsbankrott würde auch Portugal und Irland auf einen ähnlichen Weg führen“, fügte er hinzu.⁶

Allerdings ist dieser Weg, der einigen Sektoren als der beste Ausweg erscheint, ebenfalls äußerst traumatisch. Laut einem Bericht der schweizerischen Bank UBS würden wir den Zusammenbruch eines jeden „schwachen“ Staates erleben, der die EU verlässt. Diese Prognose beinhaltet sowohl einen Ansturm auf die Banken, als auch Unternehmenspleiten und einen Rückgang des internationalen Handels etc. Laut einer „konservativen“ Schätzung der Bank würde dies einen wirtschaftlichen Schaden von 9.500 bis 11.500 Euro pro Person im ersten Jahr verursachen, dies ist gleichbedeutend mit 40-50% des griechischen

3. Poch, Rafael: „Alemania se prepara para la quiebra griega“. In: La Vanguardia, 12.09.2011.

4. Seehofer, Horst: „Griechenlands Austritt aus dem Euro möglich“. In: Bild, 07.09.2011.

5. Dutch PM calls for Europe Budget tsar“. Financial Times, 07.09.2011.

6. „Greece Should 'Default Big', Says Man Who Managed Argentina's 2001 Crisis“, Bloomberg 14.9.2011.



Bruttosozialprodukts. Und diese Kosten könnten in den Folgejahren noch um weitere 3000-4000 Euro pro Person steigen. Allerdings würden sich die negativen Auswirkungen einer solchen Maßnahme nicht ausschließlich auf Griechenland beschränken, denn eine Einstellung der Schuldentrückzahlung würde alle großen europäischen Banken treffen und der „Ansteckungseffekt“ könnte ungeahnte Wirkungen entfachen. Deutschland und Frankreich könnten ihre Banken aus ihren Staatshaushalten wieder kapitalisieren, aber andere Länder bräuchten dazu Hilfe von außerhalb, besonders falls ein Bankrott Griechenlands zu einer Vergrößerung der Zinsgefälle für Kreditzinsen (spreads) der Staatsanleihen führt. Die EZB müsste dann durch das Aufkaufen von Staatsanleihen in noch nie dagewesenen Mengen eingreifen, ähnlich der Einführung der Währungsflexibilisierung der US-Zentralbank FED (der berühmte „Quantitative Easing“) in Europa. Eine Maßnahme, gegen die sich Deutschland derzeit noch wehrt. Nicht zufällig äußerte sich Angela Merkel dahingehend, dass *„die Risiken der Ansteckung eines griechischen Staatsbankrotts zu groß und unabsehbar sind. Falls der Prozess außer Kontrolle gerät, wird dies weltweite Folgen haben.“*⁷

Es ist interessant zu sehen, dass (wie wir in „Jahr IV der weltweiten Krise: Das Ende der einfachen Auswege“⁸ bereits geschrieben haben) der Bericht der UBS darauf hinweist, dass das bürgerlich-demokratische Regime ein solches Szenario nicht überstehen würde und so eine Dynamik der Fragmentierung Europas in Gang kommen könnte. Im UBS-Bericht liest man: *„Der wirtschaftliche Schaden eines Zerbrechens der Europäischen Union ist in vielerlei Hinsicht das kleinste Problem, über welches sich die Investoren sich Sorgen machen sollten. Größer noch ist die Gefahr durch die politischen Folgen einer Fragmentierung des Euros. Der*

*internationale „soft power“-Einfluss der Europäischen Union ginge verloren (da das Konzept eines politisch einheitlichen Europas und damit seine Bedeutung verloren ginge). Außerdem sollte man beachten, dass bisher keine moderne Finanz- und Währungsunion jemals ohne eine Form von autoritärem Regime oder Militärregierung oder sogar Bürgerkrieg auseinander gebrochen ist.“*⁹

Deutscher Föderalismus oder eine neue Europäische Union mit mehr Steuer- und Wirtschaftsdiziplin und einer noch größeren deutschen Hegemonie

Angesichts dieser wirtschaftlich äußerst ominösen Lage, die zu starken sozialen Unruhen führen könnte, rufen einige Sektoren der herrschenden Klasse zur Vernunft auf. Diese Sektoren versuchen, die Auswirkungen eines unkontrollierten Staatsbankrotts Griechenlands auf die europäische Wirtschaft und Finanzen zu vermeiden, indem sie eine weitergehende Integration der Europäischen Union suchen und dabei gleichzeitig härtere Spielregeln sowie eine größere Vormachtstellung Deutschlands anstreben. Deutschland ist die stärkste Wirtschaftskraft Europas und soll nach ihren Plänen in Zukunft mehr Einfluss auf die Entscheidungsfindung haben.

Angesichts dieser wirtschaftlich ominösen Lage, rufen einige Sektoren der herrschenden Klasse zur Vernunft auf.

Laut Jean Quatremer hat sich im Laufe des Sommers ein neuer Konsens herausgebildet: *„Weit entfernt von den Ausflüchten, die die Krisenführung der Eurozone durch Kanzlerin Angela Merkel seit Ende 2009 charakterisiert haben – Ausflüchten, die dazu beigetragen haben, die Krise zu verschärfen – freut sich Thomas Klaus vom European Council on Foreign Relations, einem außen-*

7. Das ist auch das, was den US-amerikanischen Finanzminister Tim Geithner beunruhigt. Daher reiste er am 16.9. extra zu einem Treffen der Europäischen FinanzministerInnen. Dies ist die Meinung von Willem Buiter, dem ehemaligen Redakteur der Financial Times und jetzigem Chef-Ökonom der Citigroup. *„Ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion könnte einen unkontrollierbaren Ansteckungseffekt auf andere schwache Glieder der Eurozone ausüben. Dies wiederum könnte zu einem komplett Zusammenbruch der Einheitswährung führen. Wenn griechische Bürger gerade den Wert ihrer Bankkonten halbiert sähen durch die Abwertung der neuen Drachme, warum würde irgendjemand in einem der anderen Euromitgliedstaaten, die von Problemen geplagt sind, weiterhin versuchen, etwas zu sparen? Willem Buiter von der Citigroup sagte gestern, dass der durch einen solchen Schritt ausgelöste Run auf die Banken so desaströse Folgen hätte, dass die Eurozone um jeden Preis versuchen muss, Griechenland in der Union zu halten.“* (Davis, Gavyn: „Why Merkel fears a ‘disorderly’ Greek default“. In: Financial Times, 14.09.2011.

8. Chingo, Juan: Año IV de la Crisis Mundial. El fin de las salidas fáciles. <http://www.clasecontraclase.org/spip.php?article728>.

9. UBS Investment Research: „Euro Break-up – the consequences“. 06.09.2011.

politischen Think Tank, dass ‚die große Mehrheit der deutschen politischen Klasse nun klar für eine europäische Föderation‘ ist. Nach der Mobilisierung der ‚Väter Europas‘, allen voran Merkels Vorgänger Helmut Kohl mit seiner Anschuldigung, dass Merkel ‚sein Europa‘ ‚kaputt‘ mache (sei es der Euro oder die Außenpolitik nach der desaströsen Enthaltung zur Intervention in Libyen), mobilisiert

Noch ist nicht absehbar, wie der Streit innerhalb der herrschenden Klasse in Deutschland ausgehen wird.

sich jetzt die junge Garde. So plädierte Ursula von der Leyen, Ministerin für Soziales und Vizepräsidentin der CDU, in einem Interview mit der Wochenzeitschrift Spiegel Ende August für nichts weniger als die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘. Dabei bleibe weiterhin viel Platz für ‚lebensechte Gestaltung in den Ländern und Regionen, aber in wichtigen finanz-, steuer- und wirtschaftspolitischen Fragen nutzen wir den Größenvorteil Europas.‘ Klaus betonte weiter: ‚Es ist sehr aufschlussreich, dass von der Leyen, die sich nie vorher über europäische Fragen geäußert hatte und die Ambitionen hat, Merkels Nachfolgerin zu werden, eingeschätzt hat, dass der europäische Föderalismus ein tragfähiges Thema ist.‘¹⁰

Die euro-föderalistische grüne und sozialdemokratische Opposition scheint nach langem Schweigen aus ihrem Dornröschenschlaf zu erwachen: Beide erklärten ihre Unterstützung für die Eurobonds. Joschka Fischer, der ehemalige Staatsmann der Grünen, geht sogar noch weiter und fordert die Vereinigten Staaten von Europa. Überraschender ist jedoch, dass Gerhard Schröder, der sozialdemokratische Ex-Kanzler, genau dieselben Worte benutzte. Bei einem vor Kurzem in Brüssel stattfindendem Treffen ehemaliger Staatsoberhäupter wie Felipe Gonzalez aus Spanien, Guy Verhofstadt aus Belgien und Matti Vanhanen aus Finnland, sprach er über die Eurobonds, Kompetenzen der EU zur Erhebung und Verwendung von Steuern und eine Europäische Föderation.

Gleichzeitig starten einige prominente BankerInnen der Eurozone ihrerseits eine Kampagne für eine neue Europäische Verfassung. Mario Draghi, amtierender Präsident der EZB, sprach sich auf einer Konferenz in Paris für weitgehende Änderungen am Text der Europäischen Verfassung aus. Er forderte, dass gesetzliche Regelungen zu strukturellen Reformen, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zum Wachstum in der neuen Verfassung festgeschrieben sein sollten. Seine Forderungen klangen wie ein Echo der Vorschläge Jean-Claude Trichets, die er in derselben Konferenz noch einmal wiederholte. Dieser forderte die Einrichtung des Postens eines europäischen Wirtschaftsministers, der das Recht haben sollte, direkt in die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik einzelner Länder einzugreifen. Selbst der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, hat angesprochen, dass es eine reale Möglichkeit gibt, eine echte wirtschaftspolitische Einheit in der Eurozone zu erreichen, vorausgesetzt, dass die Mitgliedstaaten ein demokratisches Mandat für eine solche Veränderung erreichen.

All dieser Druck scheint die deutsche Regierung zu beeindrucken: Sie zeigte sich nun eher geneigt, Veränderungen der Verträge zuzustimmen, wie Angela Merkel sagte. Wolfgang

Schäuble, der Finanzminister der Merkel-Regierung, hat sich Ende August „persönlich“ der Idee Jean-Claude Trichets, Präsident der EZB, angeschlossen, einen „Europäischen Finanzminister“ zu schaffen, und schätzte, dass dafür die Europäischen Verträge geändert werden müssten, um den europäischen Institutionen mehr Macht in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen zu geben.

In anderen Worten, die BefürworterInnen dieses Lösungsansatzes sind trotz all ihrer hochtrabenden Rhetorik und Beschwörung der Vereinigten Staaten von Europa nicht in der Lage, den siechen Körper der EU davon abzuhalten, noch weitere Krankheiten zu entwickeln. All ihre schönen Worte versuchen nur davon abzulenken, dass sie in Wirklichkeit einzig und allein eine wirtschaftlich und haushaltspolitisch diszipliniertere Union schaffen wollen, die größere Rechte zur Einmischung in die nationale Politik, besonders durch die stärkeren europäischen Mächte und besonders durch den deutschen Staat, vorsieht.

Die Gefahr des Nationalismus

Noch ist nicht absehbar, wie der Streit zwischen den verschiedenen Sektoren der herrschenden Klasse in Deutschland ausgehen wird.

Während das Bundesverfassungsgericht das bilaterale Rettungsprogramm für Griechenland und den Europäischen Fond für Finanzstabilität, solange er temporär bleibt, nicht als verfassungswidrig einstufte, legte es der Schaffung von Eurobonds, die von vielen als notwendige Voraussetzung zur Lösung der Krise angesehen werden, Hindernisse auf den Weg. Trotzdem dürfen wir nicht vergessen, dass Westdeutschland im Zuge der „Wiedervereinigung“ sich nicht darum geschert hat, welche Regeln dabei verletzt wurden. Die imperialistische Ausdehnung nach Osten war sein Hauptziel, dem alles andere untergeordnet wurde. Man akzeptierte sogar die Ostdeutsche Mark zum Kurs von 1:1, was völlig außerhalb jeglicher Proportion lag, da sie vorher einen Wechselkurs von 1:7 hatte.

Ein weiterer Vorfall, der enormes Aufsehen erregte: Jürgen Stark, ehemaliger Staatssekretär für Finanzen unter Helmut Kohl und einer der Väter des Europäischen Stabilitätspakts, ist von seinem Posten bei der EZB zurückgetreten. Einige interpretieren seinen Rücktritt als einen Rückzug der ultra-liberalen und mega-orthodoxen Leute aus der Spitze der EZB, sodass der Weg für diese frei würde, noch mehr Bonds der betroffenen Länder aufzukaufen.¹¹ Andere sehen in der Art und Weise seines Rücktritts und besonders in der Wahl des Zeitpunktes einen Versuch, jegliche Art von geordnetem Ausweg zu torpedieren. Damit stelle er generell die Möglichkeit in Frage, gemeinsam das Schicksal der gemeinsamen Währung festzulegen, was ein Schlag ins Gesicht für Merkel und Sarkozy wäre.

Schließlich wird die Entscheidung der herrschenden Klasse in Deutschland sowohl von geopolitischen Themen beeinflusst, auf die wir in diesem Artikel nicht näher eingehen können¹², als auch vom Widerstand der deutschen und der europäischen ArbeiterInnenklasse gegen die verschiedenen kapitalistischen Lösungsansätze. Eins steht jedoch fest: Egal für welchen der beiden Wege sie sich entscheiden, beide werden zu einem Wiedererstarken des europäischen Nationalismus führen.

Die Krise der Europäischen Union hat erneut die Bedeutung der Nationalstaaten aufgezeigt. Dieses unüberwindbare Hindernis gerät immer wieder mit dem Stand der Entwicklung der Produktivkräfte aneinander. Diese sprengen schon vor lan-

10. Quatremer, Jean: „La fin de la tentation du « chemin solitaire » (Sonderweg) allemand place la France devant ses responsabilités“. 08.09.2011. <http://bruxelles.blogs.liberation.fr/coulisses/2011/09/la-fin-de-la-tentation-du-chemin-solitaire-sonderweg-allemand-place-la-france-devant-ses-responsabil.html>.

11. Die EZB hat den Aufkauf von Staatsanleihen forciert. Sie hat bereits Staatsanleihen von Spanien, Griechenland, Irland, Italien und Portugal im Wert von 143 Milliarden Euro erworben.
12. Dazu empfehlen wir Chingo, Juan: „Les bases politiques et géopolitiques de l'euro et de l'UE se fissurent“. In: „Quelles perspectives pour la Grèce et l'Union Européenne?“. 24.07.2011. <http://www.ccr4.org/Quelles-perspectives-pour-la-Grece>.



ger Zeit den Rahmen der nationalen Grenzen und führten im zwanzigsten Jahrhundert bereits zu zwei Weltkriegen. Dies ist der Grund, warum wir MarxistInnen immer wieder darauf hinweisen, dass die Vorstellung einer echten europäischen Vereinigung durch die imperialistische Bourgeoisie völlig utopisch ist. Heutzutage ist diese Vorstellung jedoch leider grausame Realität geworden.

Die Schaffung der EU, ausgedacht von den USA, versuchte auf ihre Weise, den Widerspruch zwischen einer Reliquie der Vergangenheit, dem Nationalstaat, und der weit fortgeschrittenen Entwicklung der Produktivkräfte zu lösen. Während alle Fragen der Sicherheit der NATO und den USA vorbehalten blieben, ging es darum, den wirtschaftlichen Wohlstand zu nutzen und den Markt auf eine Art und Weise zu regeln, die eine zentrale Verwaltung vorsieht, der es möglich ist, den Nationalismus zu überwinden ohne die nationalen Identitäten zu unterdrücken. Dieses Projekt schritt taumelnd voran und musste nach der imperialistischen deutschen Wiedervereinigung neu angepasst werden, um einem Wiedererstarken Deutschlands durch eine größere Integration entgegenzuwirken. Diese Integration fand aber nur auf dem Gebiet der Zinsen (EZB) und der Währung (Euro) statt. Heutzutage sieht sich die EU der Notwendigkeit gegenüber, auch auf anderen Gebieten eine größere Integration anstreben zu müssen, z.B. der Finanz- und Haushaltspolitik, des Wettbewerbs usw.. Allerdings ist keiner bereit, freiwillig irgendwelche Souveränitäten auf diesen Gebieten abzugeben, da sie nicht nur für das Wohl der Massen der jeweiligen Länder, sondern auch für das der Bourgeoisien derselben entscheidend sind. Daher lässt sich sagen, dass durch das Ende des Wohlstands auch ein Teil der Grundlage der EU verloren gegangen ist und daher die alten Konflikte wieder neu aufflackern.

Die Krise eröffnet die Diskussion über die Verteilung des Wohlstands innerhalb von Europa und sowohl der Euro als auch die Freihandelszone werden in Frage gestellt. Der Kampf darum, wer die Kosten für die Krise tragen muss, nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, sondern zwischen den verschiedenen Nationalstaaten, ist für die Kooperation zwischen den einzelnen Ländern eine Zerreißprobe und macht jegliche sich anfangs der Krise 2009 abzeichnenden Prozesse zu einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der EU zunichte. Der Versuch der mächtigen Länder Europas, besonders des deutschen Imperialismus, die Krise dazu zu nutzen, die Hauptlast auf die schwächeren Imperialismen abzuwälzen, wirft die Frage auf, ob Länder wie Portugal und Griechenland – von Spanien oder Italien gar nicht erst zu reden – wirklich eine Halbkolonie aus sich

machen lassen werden, ohne sich zu wehren. Dies ist die tieferliegende Basis für das Wiedererstarken des nationalistischen Krebses. Obwohl dieser noch in seinem Anfangsstadium ist, hat der Prozess des Anhäufens von Kränkungen und hasserfüllten Konflikten bereits begonnen. Dies könnte uns in die dunkelsten Zeiten der europäischen Geschichte zurückführen.

Um dieser Dynamik Einhalt zu gebieten, ist es absolut notwendig, dass die ArbeiterInnen der Krise der Europäischen Union des Kapitals eine klare Perspektive und ein klares Programm entgegengesetzen. Dies muss nicht nur die Einheit der ArbeiterInnenklasse in den Mittelpunkt stellen, um den sich ausbreitenden Fremdenhass zu bekämpfen, der ImmigrantInnen von einheimischen ArbeiterInnen trennt. Darüber hinaus muss es darauf abzielen, weitere gesellschaftliche Sektoren wie kleine HandwerkerInnen, HändlerInnen oder SparerInnen zu gewinnen, da sie sonst, in ihrer Verzweiflung über die möglichen negativen Auswirkungen der Krise, zur gesellschaftlichen Basis für einen reaktionären Aus-

Es ist notwendig, dass die ArbeiterInnen der Krise der Europäischen Union ein klares Programm entgegengesetzen.

weg werden könnten. Ein Programm, dass die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas als Ziel hat, ist der einzig progressive Ausweg angesichts der beiden von der Bourgeoisie vorgezeichneten Wege, über die gestritten werden.¹³ Die verschiedenen Flügel der Bourgeoisie setzen sich entweder eine Stärkung der europäischen Institutionen zur „Rettung Europas“ zum Ziel oder streben ein Europa der zwei Geschwindigkeiten an, mit einem starken Kern um Deutschland, Holland, Österreich und andere

13. Selbst gegenüber den Wegen der Devaluation, die angesichts der Kosten und des Scheiterns des Sparkurses immer stärker propagiert werden, besonders von Sektoren der Bourgeoisie der imperialistischen Mächte zweiter Klasse innerhalb der EU, und die derzeit sogar irrigerweise von einigen progressiven WirtschaftswissenschaftlerInnen wie dem Griechen Costa Lapavistas vertreten werden. Er schlägt einen „argentinischen Ausweg“ vor, und meint damit, Griechenland sollte seine Schulden restrukturieren und aus dem Euroverbund austreten.

Länder des Nordens und einem schwachen Kern im Süden um das Mittelmeer herum. Das ist das eigentliche Ziel derer, die für einen besonders unilateralen Ausweg eintreten. Angesichts dieser beiden Wege, die beide die Bedrohung durch den Nationalismus nur weiter verstärken, sind die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa die einzige progressive Lösung.

Gegen jegliche Sparprogramme, die Entlassungen, Lohn- einbußen und andere Versuche enthalten, die Krise von den ArbeiterInnen bezahlen zu lassen! Sollen die Krise doch diejenigen bezahlen, die sie verursacht haben: Enteignung der privaten Banken ohne Entschädigung und Verstaatlichung der Kredite unter ArbeiterInnenkontrolle!

Im Sinne einer propagandistischen Agitation für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa ist es notwendig, konkrete Forderungen aufzustellen, die zu einer Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse gegen ihre derzeitigen Regierungen und die Pläne der EU führen.

Angesichts des Aufschreis der „Empörten“ auf der Puerta del Sol in Madrid, der Plaça de Catalunya in Barcelona oder der Plaza Sintagma in Griechenland gegen alle Sparprogramme, gegen Entlassungen, gegen Lohneinbußen und alle anderen Versuche, die ArbeiterInnen für die Krise bezahlen zu lassen, müssen wir darauf hinweisen, dass wir ein Programm brauchen, das bis zum Ende geht: Ein Programm, das nicht einen Teil des Kapitals zu Ungunsten eines anderen rettet, genausowenig wie ein europäisches Land auf Kosten eines anderen, sondern dass eine konzertierte Attacke auf das Großkapital anvisiert.

Die allgemeine Ablehnung der abscheulichen Rolle, die die Banken und auch die Staaten mit ihren unverschämten Rettungsaktionen gespielt haben – während ihre ManagerInnen weiterhin Millionen verdienen, sogar während ihre gesamte Sparte viel Geld verloren hat oder diese Staatsgelder erhalten haben –, hat ihre gesamte Rolle und Existenzberechtigung in Frage gestellt. Angesichts dieser Klassenpolitik, die nur dazu gedient hat, den parasitären neoliberalen Block am Leben zu erhalten und dadurch die Krise weiter zu verschlimmern, scheint eine Verstaatlichung der Banken unter Kontrolle der ArbeiterInnen und ohne Entschädigung der einzige Ausweg zu sein. Dies würde eine echte Planung der Wirtschaft im Interesse der Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung und die Gewährung von günstigen Krediten für kleinere Betriebe ermöglichen. Dies wäre ein erster Schritt auf dem Weg zu einer ArbeiterInnenregierung.

Dies ist der wirkliche Sinn des Übergangsprogramms, welches aus den Kämpfen und Erfahrungen der großen Krise in den 30er Jahren folgende Schlußfolgerung zog: „Unmöglich, auch

Mittel für die wirtschaftliche Planung. Die Enteignung der Banken bedeutet auf keinen Fall die Enteignung der kleinen Bankeinlagen. Im Gegenteil: für die kleinen Sparer kann die Vereinigte Staatsbank günstigere Bedingungen schaffen als die Privatbanken. Ebenso kann nur die Staatsbank den Bauern, den Handwerkern und kleinen Kaufleuten bevorzugen, d.h. billigen Kredit verschaffen. Wichtiger aber ist noch, daß die ganze Wirtschaft, vor allem die Schwerindustrie und die Transporte, – von einem einzigen Finanzstab geführt – den grundlegenden Bedürfnissen der Arbeiter und aller anderen Werktätigen dienen wird. Die Verstaatlichung der Banken bringt jedoch nur dann diese günstigen Ergebnisse, wenn die Staatsmacht selbst aus den Händen der Ausbeuter vollständig in die Hände der Arbeiter übergeht.“¹⁴

In diesem Sinne, und nur indem wir ein solches Programm zugrunde legen, ist es unsere Pflicht, an jedem progressiven Kampf teilzunehmen, z.B. wenn die „Empörten“ oder irgendeine Gewerkschaft einen „Schuldenerlass“ fordern. Allerdings muss klar sein, dass wir keine Reform des Kapitalismus anstreben, sondern dass wir diese historische Krise nutzen wollen, um ihn ganz bewusst zu bekämpfen.

Die Forderung des „Schuldenerlasses“ bietet an sich, besonders in imperialistischen Ländern wie Deutschland oder Frankreich, keine klare antikapitalistische, antiimperialistische oder internationalistische Perspektive. Das kommt daher, weil es keine Lösung für die Gesamtheit all dieser „Finanz- und Schuldenprobleme“, für die Stabilität der Währungen und all die anderen Katastrophen gibt, es sei denn durch die Verstaatlichung der Kredite, also die Enteignung des industriellen Großkapitals sowie des Finanzkapitals und die Verwaltung der Banken und Kredite unter direkter Kontrolle der ArbeiterInnen.

Nur ein solcher Schritt kann verhindern, dass es wieder einmal die ArbeiterInnen sein werden, die die Schulden zahlen und die Folgen der Krise tragen müssen. Nur so können wir die kleinen AnlegerInnen und SparerInnen wirksam vor der Einfrierung ihrer Konten und dem Verlust ihres hart Ersparten durch einen Bankbankrott schützen. Nur so können wir die Tyrannei des Kapitals endlich durchbrechen.

Daher kämpfen wir von der *Courant Communiste Révolutionnaire (CCR)* dafür, dass die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) in Frankreich umgehend eine Kampagne für die Enteignung der privaten Banken und die Verstaatlichung der Kredite unter ArbeiterInnenkontrolle startet, als integraler Teil des Kampfes für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Diese Kampagne muss an eine weitere, grundlegend bedeutsamere Kampagne gekoppelt sein, nämlich den Kampf für die Einheit der ArbeiterInnenklasse in ganz Europa, sodass sie gemeinsam ihre Rechte und sozialen Errungenschaften bedingungslos verteidigen kann. Wir müssen dafür eintreten, die Kämpfe der ArbeiterInnenklasse gegen die Sparkurse, die in ganz Europa von den Regierungen gefahren werden, zu vereinen. Wir müssen versuchen, die Gewerkschaftsverbände dazu zu bringen, einen Generalstreik in ganz Europa zu organisieren, genau wie im Programm der Zweiten Internationale zur Vermeidung von Kriegen vorgesehen. Dieses Programm der Zweiten Internationale wurde tragischerweise später von den SozialdemokratInnen verraten, die sich allesamt auf die Seite ihrer nationalen Bourgeoisien schlugen und sogar die Kriegskredite abgesegnet haben, welche die kapitalistische Metzerei des Ersten Weltkriegs erst möglich gemacht haben. Angesichts des wiedererstarkenden Nationalismus und des zunehmenden Hasses zwischen einzelnen Staaten, der durch die Politik der verschiedenen europäischen Bourgeoisien heraufbeschworen und verstärkt wird, wäre eine Neugeburt des proletarischen Internationalismus, nicht nur in der Theorie sondern auch in der Praxis, von entscheidender Bedeutung in der aktuellen Lage.

Eine Neugeburt des proletarischen Internationalismus wäre von entscheidender Bedeutung in der aktuellen Lage.

nur einen ernsthaften Schritt vorwärts zu tun im Kampf gegen die Despotie der Monopole und die kapitalistische Anarchie (die sich gegenseitig in ihrem Zerstörungswerk ergänzen), wenn man die Steuerhebel der Banken in den Händen raubgieriger Finanzmagnaten beläßt. Um ein einheitliches Investitions- und Kreditsystem zu schaffen, das nach einem rationellen Plan arbeitet, der den Bedürfnissen des ganzen Volkes entspricht, muß man alle Banken in einer einzigen nationalen Institution zusammenfassen. Erst die Enteignung der Privatbanken und Vereinigung des Kreditsystems in Staatshand verschaffen dem Staat die notwendigen, wirksamen – und d.h. materiellen und nicht nur erdachten bürokratischen –

14. Trotzki, Leo: Das Übergangsprogramm. <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1938/uebergang/ueberg1.htm>.

Warum weigert sich die radikale Linke, die Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa aufzustellen?

Inmitten dieser weltweiten, historischen Krise des Kapitalismus haben die verschiedenen europäischen Bourgeoisien Europa in eine neue Sackgasse geführt. Die bürgerlichen Staaten sind völlig machtlos und versuchen, ihre eigene Haut auf Kosten der anderen Staaten zu retten, aber alle ihre Versuche, einen Ausweg aus der derzeitigen verzweifelten Lage zu finden, verschlimmern die Krise nur noch. Dies führt zu Spannungen zwischen den verschiedenen Nationen, aus denen Europa besteht. Gegenüber diesen äußerst reaktionären Lösungsversuchen müssen wir als revolutionäre MarxistInnen den ArbeiterInnen klar und deutlich sagen, welche die einzige progressive Lösung ist, die dem Wohle der Massen ganz Europas dient: Nur die ArbeiterInnenklasse kann eine wirkliche Integration und Einigung Europas herbeiführen. Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa stellen den einzigen progressiven Ausweg aus der derzeitigen äußerst verfahrenen Situation dar, um die drohende Katastrophe abzuwenden.

Besonders in den stärkeren imperialistischen Ländern wie Frankreich und Deutschland, die die größten GläubigerInnen der Mittelmeeranrainerstaaten sind, müssen wir gegen jegliche semikolonialistische Pläne unserer eigenen Bourgeoisien kämpfen. „Nieder mit den Sparplänen für Griechenland, Portugal etc.“ Dies sollte unsere Losung in Ländern wie Frankreich und Deutschland sein, in welchen die Regierungen zusammen mit den Großbanken den Ländern des Südens unerträgliche Bedingungen aufzwingen.

Nehmen wir uns ein Beispiel am Programm der Kommunistischen Internationale angesichts des ominösen Friedensvertrags von Versailles. Die in ihm vereinbarten Reparationen und die Schulden, die offen blieben, waren zweifelsohne notwendige Vorbedingungen für den Zweiten Weltkrieg. Zu diesem Vertrag äußerte sich die Komintern wie folgt: „Die 2. und die 2 1/2. Internationale bemühen sich, den radikalen Flügel der Bourgeoisie, welcher vor allem die Interessen des Handels- und Bankkapitals vertritt, in seinem kraftlosen Kampfe um den Abbau der Reparationsverpflichtungen zu unterstützen. Sie gehen, wie in jeder Frage, auch hierin mit der Bourgeoisie zusammen. Die Aufgabe der kommunistischen Parteien, in erster Linie jener der Siegerlän-

der, ist es, den Massen klarzumachen, daß das Versailler Friedenswerk alle Lasten – sowohl in den Sieger- wie in den besiegten Ländern – auf die Schultern des Proletariats abwälzt, daß die Proletarier aller Länder die wirklichen Opfer des Friedenswerks der Bourgeoisie sind. Auf dieser Grundlage müssen die kommunistischen Parteien, vor allem jene Deutschlands und Frankreichs, einen gemeinsamen Kampf gegen den Versailler Friedensvertrag führen.

Die deutsche Kommunistische Partei muß die Bereitschaft des deutschen Proletariats betonen, die Proletarier und Bauern im verwüsteten Norden Frankreichs beim Wiederaufbau ihres Heimes zu unterstützen, und muß gleichzeitig einen scharfen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie führen, die bereit ist, gemeinsam mit der französischen Bourgeoisie (Stinnesvertrag) auf Kosten des deutschen Proletariats Erfüllungspolitik zu treiben und Deutschland als Kolonie an die französische Bourgeoisie auszuliefern, wenn nur ihre Klasseninteressen gewahrt bleiben.

Die französische Kommunistische Partei muß mit aller Kraft gegen die imperialistischen Bestrebungen ihrer Bourgeoisie, gegen den Versuch, durch weitere verschärfte Ausbeutung des deutschen Proletariats die französische Bourgeoisie zu bereichern, für sofortige Aufhebung der Okkupation des linken Rheinufers, gegen die Besetzung des Ruhrgebiets, gegen die Zerstückelung Deutschlands, gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Heute genügt es nicht, in Frankreich gegen die Vaterlandsverteidigung zu kämpfen: heute gilt es, den Versailler Frieden auf Schritt und Tritt zu bekämpfen.

Der tschechoslowakischen, polnischen und den kommunistischen Parteien der anderen Vasallenländer Frankreichs fällt die Pflicht zu, den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie mit dem Kampf gegen den französischen Imperialismus zu verbinden. Durch gemeinsam geführte Massenaktionen muß es dem Proletariat klargemacht werden, daß der Versuch einer Durchführung des Versailler Friedensvertrages das Proletariat ganz Europas in das tiefste Elend herabdrücken muß und daß der Kampf dagegen das gemeinsame Interesse des Proletariats aller Länder ist.“¹

Eine solche Haltung anzunehmen, eine des Aufbegehrens gegen die Diktate der Troika und gegen ihre eigenen Regierungen und Bourgeoisien, bietet sich den ArbeiterInnen in Griechenland, Portugal oder Irland an. In diesen Ländern ist der Prozess der Semikolonialisierung durch den bereits erlittenen Verlust vieler Attribute der Souveränität am weitesten fortgeschritten.

Leider sucht man diese Perspektive und diese Agitation bei den allermeisten Strömungen und Parteien der radikalen Linken vergeblich. Zum Beispiel in unserer Partei, der NPA, ist dies der Fall mit den Vorschlägen der GTE (Wirtschaftliche Arbeitsgruppe), wie die Artikel von Henri Wilno und Isaac Joshua in der *Inprecorr*-Ausgabe von Juli–September beweisen. Laut Isaac Joshua sind die drei Schlüsselpunkte eines Notprogramms die Nichtanerkennung eines Großteils der Schulden, eine Reform der EZB, die eine monetäre Finanzierung der Haushaltsdefizite ermöglichen sollte, und eine Steuerreform, die die Reichen und die Gewinne stärker besteuert.² Wie man sieht, erkennt er die imperialistischen Institutionen wie die EZB an, ohne sie in Frage zu stellen. Es geht nur um eine Reform dieser Institutionen zum Wohle der ArbeiterInnenklasse, im Sinne einer keynesianischen Lösung, welche allerdings angesichts des aktuellen Ausmaßes der kapitalistischen Krise absolut utopisch ist. Wilno, der seinerseits behauptet, dass Trotzki's Übergangsprogramm seinen Vorschlägen zu Grunde liegt, kommt am Ende mit einem ähnlich utopischen Programm daher. Auf diese Art und Weise schafft er es, das Übergangsprogramm und seine Methode ins Gegenteil zu verkehren: Statt als Brücke zwischen dem aktuellen Bewusstsein und den Bedürfnissen der Massen einerseits und der Notwendigkeit der Zerschlagung des Kapitalismus und der Ergreifung der Macht durch die ArbeiterInnen andererseits zu dienen, wird es zu einem utopischen Programm, das weder antikapitalistisch noch sozialistisch ist, und einzig und allein eine anti-neoliberale Reform der imperialistischen Institutionen des Kapitalismus in seinem Endstadium fordert.

jch

1. Resolution zur Frage des Versailler Friedensvertrages. In: Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale.. Band II. Hamburg 1923. S. 1002-1006. Eigene Hervorhebung.

2. Joshua, Isaac : „Crise: l'heure de verité“. 05.09.2011. <http://www.npa-var-est.com/article-crise-l-heure-de-verite-par-isaac-johsua-83438318.html> .

Ein neuer „Völkerfrühling“

von Claudia Cinatti (PTS)¹

Das Jahr 2011 begann mit einer Welle von Aufständen und Massenmobilisierungen der ArbeiterInnen und Unterdrückten. Das Epizentrum dieser Massenbewegung liegt in der arabischen und muslimischen Welt, wo verschiedene revolutionäre Prozesse ablaufen. Dennoch haben auch Auswirkungen in anderen Gegenden der Welt begonnen, auch wenn diese Aktionen nicht so tiefgehend und radikal ausfallen. Die Welle der Kämpfe von den Generalstreiks in Guadeloupe 2009, den Mobilisierungen und Streiks in Griechenland 2010 bis hin zu dem Widerstand der ArbeiterInnen und GymnasialschülerInnen gegen die Reform des Rentensystems von Sarkozy in Frankreich scheinen vor dem Hintergrund der schon drei Jahre andauernden Weltwirtschaftskrise den Anfang eines aufsteigenden Zyklus des Klassenkampfes anzukündigen.

Der Wirbelwind der Massenaktionen in der arabischen und muslimischen Welt

Ein Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse zeigt den atemberaubenden Weg, der durch das Auftreten der Massen in der arabischen Welt eingeschlagen wurde.

Tunesien, 17. Dezember 2010: Ein junger arbeitsloser Akademiker, der sich seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Gemüse auf der Straße verdiente, entscheidet sich aus Protest gegen die Misere, zu der das diktatorische Regime Ben Alis ihn und die Mehrheit der Jugend, der ArbeiterInnen und Arbeitslosen verdammt hatte, seinem Leben ein Ende zu setzen. Dieses tragische Ereignis war der Auslöser für einen Aufstand der ArbeiterInnen und der verarmten Massen, der am 14. Januar 2011 zum Sturz von Ben Ali führte. Dieser blieb dank der Unterstützung Frankreichs, ehemalige Kolonialmacht und wichtigster Handelspartner Tunesiens, sowie dank der Unterstützung der USA, die Ben Alis Dienste im „Krieg gegen den Terror“ Anerkennung zollte, 14 Jahre lang an der Regierung. Der Sturz Ben Alis hat die Lage jedoch nicht beruhigt: Am Sonntag, dem 20. Februar, gingen Tausende von TunesierInnen wieder auf die Straße, um für den Sturz der von Mohammed Ganouchi angeführten „Übergangsregierung“ und für eine verfassungsgebenden Versammlung zu demonstrieren. Der Prozess in Tunesien hat eine revolutionäre Welle losgetreten, die sich wie ein Lauffeuer durch Nordafrika, die arabische Halbinsel und die

muslimische Welt ausgebreitet hat. Die Straßen Jemens, Jordaniens, Bahreins, Marokkos und Algeriens sind voller junger Menschen, ArbeiterInnen, Frauen, der armen Stadtbevölkerung, den Arbeitslosen, die das Ende der despotischen Regime – der Diktatoren oder der Monarchen – fordern. Diese haben durch eine jahrzehntelang mit eiserner Hand betriebene, brutale Unterdrückung die Bedingungen geschaffen, um den Massen Privatisierungen, soziale Kürzungen und Prekarisierung aufzuzwingen, und damit die lokalen Eliten und die großen imperialistischen transnationalen Unternehmen zu begünstigen.

Ägypten, 25. Januar 2011: Millionen Menschen, überwiegend Jugendliche, ohne Arbeit oder mit Hungerlöhnen, besetzen die Straßen Kairo, Alexandrias und weiterer Städte des Landes. Sie fordern den Rücktritt Husni Mubaraks, einer der wichtigsten Verbündeten der USA und Israels, an der Macht seit 1981. Der Diktator setzt sich zur Wehr. Die DemonstrantInnen bleiben auf dem Tahrir-Platz. Die Armee bewahrt sich selbst, indem sie nicht gegen die DemonstrantInnen vorgeht, und gleichzeitig mit Mubarak und der Regierung Obamas über einen Ausweg aus der Diktatur verhandelt, der den Massen keinen Sieg beschert. Die Demonstrationen schwellen an, aber trotz des Drucks der Massen versucht Mubarak an der Macht zu bleiben, und die Armee geht nicht gegen die DemonstrantInnen vor. Diese Situation hält sich, bis eine großartige Streikwelle die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft des Landes lahm legt. So wird der Sturz Mubaraks vom 11. Februar beschleunigt. Die Armee, die ein zentraler Bestandteil des Regimes gewesen war und als wichtigste Säule des Staates unversehrt bleibt, übernimmt die Regierungsgeschäfte. Während sich wichtige Teile der Mittelklassen mit den angekündigten Versprechen von demokratischen Freiheiten des nun regierenden Militärrats zu begnügen scheinen, dehnen die ArbeiterInnen jedoch – ermutigt vom erreichten Sieg – ihre Streiks noch weiter aus. Somit trotzen sie der Militärregierung, die versucht Streiks und Gewerkschaftsversammlungen zu verbieten. Sie haben den Abgang des Diktators bereits erreicht und wollen nun höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen, gewerkschaftliche Freiheit und fordern vor allem, dass alle von Mubarak ernannten korrupten Firmenchefs und -verwalterInnen verschwinden. Noch ist der Ausgang offen: es besteht die Möglichkeit, dass die Armee mit der Unterstützung des Imperialismus und der einheimischen Bourgeoisie in ihren politischen Varianten, erfolgreich den „Übergang“ meistert und somit eine „reaktionäre demokratische“ Stabilität erreicht. Auf der anderen Seite besteht aber auch die Möglichkeit, dass durch die Konfrontation mit der ArbeiterInnenklasse breite Teile der Massen für den Kampf bereit werden. Eine weitere Möglichkeit wäre auch, dass der Militärrat, welcher die Ausarbeitung einer Verfassung ohne jegliche Teilnahme des Volkes an sich gerissen hat, letztendlich den Massen nur so wenige Zugeständnisse macht, dass sie wieder auf die Straßen gedrängt werden.

1. Dies ist eine Übersetzung eines Artikels vom Februar 2011, weshalb die neueren Entwicklungen hier nicht erwähnt werden. Dennoch denken wir, dass dieser Artikel im Sinne eines Verständnisses der neuen Etappe, die gerade beginnt, sehr wichtig ist, weshalb wir ihn hier abdrucken. Für aktuelle Analysen zu den Aufständen in der arabischen Welt, in Europa etc. schaut auf www.klassegegenklasse.org



Jemen, 28. Januar: Zehntausende Menschen fordern in Sanaa, der Hauptstadt des Landes, den Rücktritt von Ali Abdullah Saleh, an der Macht seit 33 Jahren. Dies ist die erste in einer ganzen Reihe von Mobilisierungen, die trotz der harten Repression des Regimes stattfinden, da die treibenden Kräfte gegen die jemenitische Diktatur sehr stark sind. Saleh war ab 1978 Präsident Nordjemens und ist seit der kapitalistischen Wiedervereinigung des Landes im Jahre 1990 Präsident der Republik Jemen. Dieser Verbündete der USA und der saudischen Monarchie führt seit vielen Jahren einen schmutzigen Krieg gegen die schiitische Bevölkerung des Nordens und gegen eine separatistische Bewegung im Süden des Landes. Er führt das ärmste Land der arabischen Welt an, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung in Elend lebt und die Arbeitslosigkeit bei 35 Prozent liegt. Dennoch ist dieses kleine Land von strategischer Bedeutung für die USA, die dort verdeckte militärische Operationen gegen angebliche Al-Qaida-KämpferInnen durchführt. Gleichzeitig versuchen die USA einen Regierungswechsel mit oppositionellen AnführerInnen zu organisieren, deren Interessen sich mit denen der USA decken.

Libyen, 15. Februar: In Bengasi, einer Stadt im Osten des Landes, führt die Repression gegen die Antiregierungs-Proteste zu einem lokalen Aufstand gegen das Gaddafi-Regime. Die Sicherheitskräfte haben sich auf die Seite der Protestierenden geschlagen, die sich nicht nur der Waffen bemächtigen, sondern auch der Kontrolle über die Stadt. Doch als die Massenmobilisierungen die Hauptstadt Tripolis, den Machtsitz Gaddafis erreichen, wartet eine brutale Antwort auf sie. Ganze Stadtviertel wurden aus der Luft bombardiert und DemonstrantInnen beschossen. In nur wenigen Tagen hat die Repression mehrere Hunderte, wenn nicht Tausende, von Toten ge-

fordert. Der Oberst Gaddafi zeigt sich zwar als Verteidiger der „Dritten Welt“, ist jedoch zum Neoliberalismus konvertiert und Freund von Bush, Blair und Berlusconi geworden. Er klammert sich nun seit 1969 an der Macht fest und sorgt mit den großen Erdölträgern für sich selbst und seinen Familienclan. Nun hat er sich entschieden mittels Repression und Kugelhagel an der Macht zu bleiben. Der hohe Grad an repressiver Gewalt des Regimes und die Radikalität des Aufstandes machen den libyschen Prozess sicherlich zu einem der extremsten in der Regi-

Der Oberst Gaddafi ist zum Neoliberalismus konvertiert und Freund von Bush, Blair und Berlusconi geworden.

on, der schon ein hohes Niveau von staatlicher Zersetzung und Perspektiven eines Bürgerkrieges aufzeigt. Der Ausgang bleibt völlig offen, da sich auch chaotische Situationen mit direkten Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Stämmen des Landes, das der 12. größte Erdölexporteur der Welt ist, ergeben können. Die imperialistischen Mächte, die in der Vergangenheit gute Geschäfte mit Gaddafi gemacht haben, sind nun gegen den Diktator – mit der Ausnahme Italiens, wegen ihrer starken gemeinsamen Interessen mit ihrer ehemaligen Kolonie. Die ImperialistInnen erwarten nun nach dem Sturz Gaddafis neue Perspektiven, die ihre Interessen wahren, immer voraus-

gesetzt, dass sich ein völliges Chaos oder gar die Spaltung des Landes vermeiden lässt. Sollte es doch dazu kommen, wird dies als Vorwand genutzt werden, um NATO-Kräfte einzusetzen. Die ägyptischen Militärs, die ihren eigenen „Übergang“ bewerkstelligen müssen, sorgen sich jetzt, dass der Bruch innerhalb der libyschen Armee zu einer unkontrollierbaren Situation in ganz Nordafrika führen könnte. Deshalb würden sie Gaddafi weiterhin unterstützen. Durch den Aufstand in Libyen wurden jene Regierungen entblößt, die den Diktator Gaddafi verteidigten (wie Ortega in Nicaragua) oder angesichts der ausgeübten Massaker beharrlich schwiegen (wie Chávez in Venezuela). Selbst Fidel Castro hat das Vorgehen Gaddafis gerechtfertigt, da er eine angebliche „Opposition zum Imperialismus“ darstelle.

Bahrain, 16. Februar: Die Sicherheitskräfte eröffnen das Feuer gegen DemonstrantInnen, die – inspiriert von den Ereignissen in Tunesien und Ägypten – bessere Lebensbedingungen fordern. Zwei von ihnen werden getötet. Dieses kleine Land, mit einem schiitischen Bevölkerungsanteil von 70 Prozent und einem sunnitischen von 30 Prozent, wird seit dem 18. Jahrhundert von einer sunnitischen monarchischen Dynastie regiert, die gute Verbindungen zu Saudi-Arabien pflegt. Die Rebellion wird von der politischen Ausgrenzung der schiitischen Mehrheit angetrieben. Sie stellt den größten Teil der ArbeiterInnenklasse des Landes. Obwohl das demographische und politische Gewicht Bahains gering ist, kann diese Krise unvorhersehbare Folgen für den Imperialismus und die saudische Monarchie haben. Bahrain ist das Hauptquartier der 5. US-Flotte und deshalb für die militä-

Die Mobilisierungen werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise angetrieben.

rischen Operationen der Besatzungskräfte im Irak unersetzlich. Außerdem können die Ereignisse in Bahrain zu einem Vorbild für die schiitische Bevölkerung Saudi-Arabiens werden, die sich in den Erdölregionen im Osten des Landes konzentriert.

In nur wenigen Wochen scheinen diese explosionsartigen Massenbewegungen Nordafrikas und der arabischen Halbinsel auch den Widerstand der Massen jenseits der Grenzen dieser Region beflügelt zu haben. Sie werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise, wie vor allem den Anstieg der Lebensmittelpreise, und den Hass gegen die diktatorischen und proimperialistischen Regime angetrieben.

Die Mobilisierungen beginnen sich auf andere Regionen der Welt auszudehnen

Im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca ging wieder einmal das Gespenst der Oaxaca-Kommune von 2006 um. Die LehrerInnen haben wieder die Straßen besetzt, um gegen eine Maßnahme des Präsidenten Calderón zugunsten der privaten Bildung zu protestieren. Am 15. Februar lieferten sie sich gemeinsam mit anderen Sektoren der armen Bevölkerung eine siebenstündige Schlacht mit den Polizei- und Sicherheitskräften. Am Tag darauf führten sie einen Streik und eine Massendemonstration an, um gegen die Repression zu protestieren und den Rücktritt von StaatsfunktionärInnen zu fordern.

In Bolivien fand am 18. Februar ein Massenprotest für höhere

Löhne statt. Hierzu hatte der bolivianische Gewerkschaftsbund COB aufgerufen. Außerdem richtete sich der Protest gegen die inflationären Auswirkungen der nun gescheiterten Verordnung „Gasolinazo“ [drastische Erhöhung der Treibstoffpreise], welche unter Evo Morales ausgerufen wurde. Obwohl es für gewöhnlich die Rolle der COB ist, die Proteste umzulenken und den Kampf abzuwürgen, zeigt sich in in der Tatsache, dass sie zu einer Demonstration aufgerufen haben, die weitverbreitete Unzufriedenheit gegenüber den unpopulären Maßnahmen der Regierung von Evo Morales.

Selbst in den USA, wo das politische Geschehen durch das Emporkommen der extremen Rechten um die Tea Party gekennzeichnet war, gab es wichtige Proteste seitens der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der LehrerInnen. Sie reagierten auf eine Offensive des republikanischen Gouverneurs von Wisconsin, Scott Walker, die darauf abzielt, die Gewerkschaften der Angestellten des öffentlichen Dienstes von den Tarifverhandlungen auszuschließen. Diese sind am 23. Februar zu Zehntausenden zusammen mit Studierenden auf die Straße gegangen und organisierten Solidaritätsaktionen in mehreren US-Bundesstaaten. Obwohl die Gewerkschaftsführungen und die Demokratische Partei noch die Kontrolle über diese Bewegung haben, kündigt sie doch einen möglichen Beginn des Auflebens der amerikanischen ArbeiterInnenklasse an, die stark von der Wirtschaftskrise angeschlagen ist und sich seit den 80er Jahren eher auf dem Rückzug befindet.

Während wir diese Zeilen schreiben, liefern sich auch die Lohnabhängigen und die Jugend Griechenlands auf den Straßen Athens schwere Auseinandersetzungen mit der griechischen Polizei, da sie den Kampf gegen die von der EU und dem IWF auferlegten Sparpakete aufgenommen haben.

Solche fast gleichzeitig ablaufenden Aktionen des Klassenkampfes haben wir seit langem nicht mehr beobachten können. Diese Ereignisse wirken sich bereits auf die Wirtschaft aus. So haben die Prozesse in der arabischen Welt allmählich zu einem Anstieg des Erdölpreises und weiterer Rohstoffe wie beispielsweise Weizen geführt. Das Schicksal Libyens, ein wichtiger Erdöllieferant mehrerer europäischer Großmächte, vertieft die Sorge an den internationalen Märkten über neue Folgen der Weltwirtschaftskrise bei unkontrollierten Preissteigerungen des Rohöls. Außerdem kann der Verlust von wichtigen Verbündeten wie Mubarak aufgrund der geostrategischen Interessen der USA die Hegemoniekrise des Imperialismus vertiefen.

Die Anfänge einer neuen Periode

Nach 30 Jahren bürgerlicher Restauration sind wir Zeuginnen der ersten Etappe einer neuen historischen Periode, in der die Massen wieder auftreten – wobei Form und Reichweite noch undefiniert bleiben. Historische Analogien, wenn auch per Definition immer mangelhaft, sind doch von großem Nutzen, um neue Prozesse analysieren zu können. In diesem Sinne haben wir die Analogie mit der bourbonischen Restauration genutzt, um die tiefgehende Bedeutung der neoliberalen Konterrevolution zu verstehen. Auch wenn sich kein historischer Moment wiederholt, kann doch die derzeitige Welle von Kämpfen mit dem „Völkerfrühling“ verglichen werden. Historisch gesehen bezeichnet man als „Völkerfrühling“ die revolutionäre Welle im Rahmen der 1846 ausgebrochenen Wirtschaftskrise, die in Frankreich begann, sich auf das österreichisch-ungarische Imperium und auf das unter seiner Kontrolle stehende Ungarn, dann auf Polen, Italien und weitere Länder Zentraleuropas ausbreitete. Diese ungleiche Welle konnte erst gegen Mitte 1850 mit dem Auslaufen der Krise gebremst werden, und endete mit dem Ende des revolutionären Prozesses in Deutschland im selben Jahr und dem Putsch von Louis Bonaparte in Frankreich am 2. Dezember 1851.

Die Grenzen dieser historischen Analogie liegen darin, dass dieser neue „Völkerfrühling“ im Unterschied zum 19. Jahrhundert in der imperialistischen Epoche stattfindet, der Epoche von

Krisen, Kriegen und Revolutionen. Wir befinden uns auch nicht in der gleichen Situation des modernen Proletariats, das (wie im Juniaufstand 1848 in Frankreich) sein erstes großes revolutionäres Auftreten erlebt. Vielmehr blickt die ArbeiterInnenklasse heute auf die mit den Revolutionen und Konterrevolutionen des 20. Jahrhunderts gemachten Erfahrungen zurück.

Trotzdem bevorzugen wir eher eine Analogie zu dieser Periode, die mit dem Sturz von Napoleon 1815 das Ende der europäischen Restauration einleitete, als eine Analogie mit der Periode des Anstiegs von Kämpfen ab 1968. Denn seit ihrem Beginn wies die letztere Periode eine stärkere Bedeutung des Proletariats auf und die Massen hatten keine lange Periode von Rückschlägen durchmachen müssen. Der aktuelle Prozess trägt die Last der Auswirkungen dreier Jahrzehnte bürgerlicher Restauration auf seinen Schultern. Dies dürfen wir nicht unberücksichtigt lassen, denn der sich gerade entfaltende Zyklus des Klassenkampfes wird zweifellos beschwerlich und gleichzeitig schwer beherrschbar sein, da er inmitten der weltweiten Krise des Kapitalismus entsteht. In den 68ern spielte auch die Jugend eine wichtige Rolle, vor allem jedoch eine bedeutende radikalisierte Avantgarde, die sich im Kampf gegen den Vietnamkrieg in zahlreichen Ländern stärkte. Damals hielt der Wirtschaftsboom noch an (die Krise entfesselte sich erst 1973), während die laufende Krise – auch wenn die KapitalistInnen auf Kosten einer horrenden Staatsverschuldung bisher in der Lage waren, die Depression abzuwenden – weitreichender ist als die der 70er Jahre.

Der Kampf für den Aufbau einer revolutionären Führung

Die imperialistischen Mächte wurden zunächst von den Ereignissen überrascht, die ihren Verbündeten und bedeutendsten Agenten wie Ben Ali für Frankreich oder Mubarak für die USA Schläge versetzten. Die imperialistische Heuchelei wurde offensichtlich, was ihren Diskurs über die Achtung der „Menschenrechte“ noch weiter diskreditierte. Mehr als dreißig Jahre lang haben die USA, Frankreich, Italien, Großbritannien und andere, brutale diktatorische Regime von Mubarak bis zur saudischen Monarchie unterstützt.

Nach der anfänglichen Desorientierung besteht die Politik Obamas und der imperialistischen Länder der Europäischen Union nun darin, soviel wie möglich von den Regimen, die von den Massen in Frage gestellt werden, zu bewahren. Währenddessen stellen sie sich auf diskursiver Ebene auf die Seite der DemonstrantInnen, um ihnen ersatzweise einen „paktierten Übergang“ aufzuzwingen. Damit versuchen sie, wesentliche Veränderungen ihrer geopolitischen Stellung und ihrer Geschäfte in der Region zu vermeiden. Dies bedeutet bezüglich Ägyptens vor allem, dass die Abkommen mit dem israelischen Staat und die politische Unterordnung unter die US-amerikanischen Interessen fortbestehen. Deshalb wird sich in den nächsten Wochen und Monaten in der arabisch-muslimischen Welt entscheiden, ob die Prozesse eine Richtung annehmen, mit der die ArbeiterInnen und ausgebeuteten Massen ihre Forderungen durchsetzen und sich von der imperialistischen Herrschaft und ihren StatthalterInnen befreien, oder ob sie die Unzufriedenheit der Massen eindämmen werden und der Sturz der diktatorischen Regime zu neuen Regimen mit einer mehr oder weniger demokratisch-bürgerlichem Form führt, welche die Grundlagen der imperialistischen Ordnung in der Region unangetastet lässt. Dies geschah in den 80er Jahren auch in Lateinamerika, wobei die arabische Region nicht die Last von historischen Niederlagen zu tragen hat, wie sie Lateinamerika durch die konterrevolutionären Putsche, die dort den revolutionären Aufschwung der 70er Jahre beendeten, ertragen musste.

Gegen diese Perspektive spricht, dass wir uns in einer weltweiten kapitalistischen Krise befinden, in der weitreichende Zugeständnisse an die Forderungen der ArbeiterInnenklasse und

der unterdrückten Massen, die die revolutionären Prozesse entschärfen könnten, kaum machbar sind. Außerdem existieren bisher durch den autokratischen Charakter der meisten Regime nur recht schwache politische Vermittlungsinstanzen, die dem Imperialismus dienlich sein könnten.

Wie bereits erwähnt, liegt die hauptsächliche Schwäche der ArbeiterInnenbewegung nach drei Jahrzehnten bürgerlicher Restauration in der niedrigen revolutionären Subjektivität, mit der die ArbeiterInnenklasse in die aktuellen Prozesse eintritt. Die Massen, vor allem ihre progressivsten Sektoren, nehmen zwar den Kampf auf. Jedoch kämpfen sie noch ohne eine klare Strategie, um die bürgerliche Herrschaft zu zerstören und ihren eigenen Staat durchzusetzen. Dadurch wird verhindert, den Kampf bis zu seinem Ende zu führen. Bis jetzt scheint sich auch noch kein klar anti-imperialistisches Bewusstsein entwickelt zu haben, auch wenn die Regierungen und Regime, gegen die sich die Aufstände entfacht haben, offen pro-imperialistisch sind. Die Massen hatten in der Vergangenheit schon ihre Wut gegen diese Regime aufgrund der Unterstützung des Irak-Krieges oder ihrer Komplizenrolle bei den zionistischen Angriffen auf Palästina zum Ausdruck gebracht.

Auf der Grundlage dieser Schwäche der Subjektivität versuchen die imperialistischen Mächte und die lokal herrschenden Klassen, die revolutionären Prozesse schon in ihren Anfängen einzudämmen und umzulenken. Nun wird alles davon abhängen, ob die neue Avantgarde der ArbeiterInnenklasse und Jugend es schafft, wirklich revolutionäre Organisationen aufzubauen, die es den ArbeiterInnen, den armen Kleinbauern/-bäuerinnen und der Gesamtheit aller Unterdrückten erlauben wird, an die Macht zu kommen.

In dieser Region, die heute das Epizentrum der Aufstände darstellt und auf eine wichtige Geschichte des antiimperialistischen Kampfes zurückblickt, waren die marxistisch-revolutionären Kräfte historisch schwach (mit der teilweisen Ausnahme Algeriens²). Trotzdem werden die laufenden Ereignisse der Region ohne Frage Auswirkungen auf die ArbeiterInnen, die Jugend und die unterdrückten Massen der ganzen Welt haben. Das erneute Erscheinen von unabhängigen Massenaktionen beflügelt den Aufbau von revolutionären ArbeiterInnenparteien – dies vor allem in Ländern, wo der Klassenkampf nicht nur über eine lange Tradition verfügt, sondern auch über all diese Jahre eine gewisse Intensität beibehalten hat und trotzkistische Organisationen und Traditionen stark vertreten sind. In Frankreich ist dies der Fall. Hier bauen unsere GenossInnen innerhalb der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) das Kollektiv für eine Revolutionäre Tendenz

Die Ereignisse, die wir gerade miterleben, stärken unseren Kampf um den Aufbau revolutionärer Parteien.

(Plattform 4) auf oder auch in Argentinien, wo unsere Partei der Sozialistischen ArbeiterInnen (PTS) wichtige Schritte in der Organisation der ArbeiterInnen- und Jugendavantgarde macht. Die Ereignisse, die wir gerade miterleben, stärken unseren Einsatz für den Kampf um den Aufbau revolutionärer Parteien, die in der ArbeiterInnenklasse verankert sind und für den Wiederaufbau der Vierten Internationale, der Weltpartei der Sozialen Revolution.

2. In Algerien gab und gibt es durch die Verbindungen mit dem französischen Trotzkismus eine einigermaßen ausgebildete trotzkistische Tradition, AdÜ



An den Gr

„bürgerlic

Zur Aktualität des Erbes

von Matías Maiello und Emilio Albamonte (PTS)
 Übersetzung: Stefan Schneider und Mark Turm

Die zweite Phase der weltweiten Krise mit ihrem Epizentrum in Europa, mit „Währungskrieg“ und milliardenschweren Rettungspaketen, die immer weniger zur Eindämmung der Krise beitragen, zeigt die Grenzen des Kapitalismus auf, seine Reproduktion als System zu gewährleisten. Gleichzeitig hat der US-Imperialismus seinen historischen Niedergang vertieft, ohne dass jedoch eine neue Macht aufgestiegen wäre, die ihn ersetzen könnte, und ist in diesem Rahmen mit steigenden geopolitischen Spannungen konfrontiert, die durch die Krise entstanden sind.

Im Bereich des Klassenkampfes sehen wir schon die ersten Konsequenzen der weltweiten Krise. Nach Griechenland hat die starke ArbeiterInnenklasse Frankreichs mit angespannten Muskeln die Bühne der Krise betreten und ein erstes Kräfte-messen absolviert, welches trotz der parlamentarischen Absegnung der Rentenreform den Beginn einer neuen Etappe mit vorrevolutionären Merkmalen in Frankreich markiert. Gleichzeitig eröffnen die Versuche, die Krise auf die ArbeiterInnen abzuwälzen, die Perspektive neuer Konfrontationen in verschiedenen Ländern Europas. Während wir diesen Artikel schreiben, breitet sich der Prozess, der mit dem Aufstand in Tunesien begann, über den gesamten Norden Afrikas und andere arabische Länder aus, und hat heute seinen höchsten Punkt im revolutionären Prozess, der in Ägypten ausgebrochen ist, erreicht.

Dies sind erste Schlachten, die nach Jahren stattfinden, in denen wir die soziale Umstrukturierung der ArbeiterInnenklasse – auch auf der Ebene der Forderungen – erleben. Trotzdem ist diese Umstrukturierung Teil einer Situation politischer Rückständigkeit der ArbeiterInnenbewegung, die wenige Vorläufer hatte. Eine scharfe Krise der Subjektivität des Proletariats, Produkt der neoliberalen Offensive, der kapitalistischen Restauration in den ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten und der Demoralisierung durch die Identifizierung des Stalinismus als „real existierendem Sozialismus“.

Dieser Widerspruch zwischen der Erneuerung der objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution und der Krise der Subjektivität, die die ArbeiterInnenbewegung durchzieht, ist der Ausgangspunkt für ein tiefer gehendes Verständnis der heutigen Aufgaben für RevolutionärInnen. Wenn die Aktualität des Marxismus gegeben ist durch die Fortdauer der Bedingungen, die zu seinem Entstehen geführt haben, und innerhalb dieser Aktualität diejenige des klassischen Marxismus des 20. Jahrhunderts durch die Kontinuität der Bedingungen der imperialistischen Epoche des Niedergangs des Kapitalismus, dann hat das Erbe von Trotzki in dieser Tradition, als Gründer der Linken Opposition und der IV. Internationale, eine wertvolle Bedeutung: Es ist der einzige Ausgangspunkt für das Verständnis der Ursachen und Konsequenzen des Widerspruchs, den

enzen der hen Restauration“

von Leo Trotzki und der IV. Internationale

wir erleben (zwischen den objektiven und subjektiven Bedingungen), und der Aufgaben der RevolutionärInnen in einer historischen Situation, in der sich in der Hitze der Krise neue Bedingungen zu ergeben beginnen, um im Wiederaufbau des revolutionären Marxismus voranzuschreiten, welcher – wie sollte es anders sein – unauflöslich mit der Entwicklung der großen Ereignisse des Klassenkampfes verbunden sein wird.

Teil I

Die Etappe der „bürgerlichen Restauration“

Das 20. Jahrhundert erlebte den Beginn der imperialistischen Epoche mit einer ersten Etappe durchzogen von zwei Weltkriegen, dem Triumph der russischen Revolution, der Krise von 1930 und dem Aufstieg des Faschismus. Mit der Nachkriegszeit begann eine zweite Etappe, geprägt von der Jalta-Ordnung, auf welche wir später eingehen werden. Das Jahr 1989 als symbolisches Datum krönte den Beginn einer dritten Etappe der Epoche der Krisen, Kriege, Revolutionen, deren Unterscheidungsmerkmale wir in zwei Worten zusammenfassen können: „bürgerliche Restauration“. Heute positionieren uns die weltweite Krise und die tief greifenden historischen Konsequenzen, die sich von ihr ableiten, an den Anfang einer vierten Etappe, die durch die Erneuerung der klassischen Bedingungen der Epoche gekennzeichnet ist. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht; das Verständnis der Widersprüche, die sich unter der „bürgerlichen Restauration“ angesammelt haben, konstituieren den neuen Ausgangspunkt, um die Merkmale des Schauplatzes der Klassenkämpfe der nächsten Jahre skizzieren zu können.

Absolutistische Restauration und „bürgerliche Restauration“

Die Vergleiche zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Revolution haben immer als Referenz für die klassischen MarxistInnen gedient. Damals, 1926, wurde in den Reihen der Bolschewiki nicht zufällig nach Analogien zum Prozess der bürgerlichen Revolution Frankreichs von 1789 gesucht, um das neuartige Phänomen der Bürokratisierung des ersten ArbeiterInnenstaates der Geschichte zu erklären. Die Französische Revolution hatte einen kompletten Zyklus verschiedener Etappen durchlaufen, die Licht auf den Prozess in der UdSSR werfen konnten. Während die Diskussion über den „Jakobinismus“, die Lenin angestoßen hatte, die viele Seiten von Polemiken zu Beginn des 20. Jahrhunderts gefüllt hatte, stand im Moment des

Aufstiegs des Stalinismus die Debatte über den „Thermidor“ im Zentrum der Polemiken. Die Analogie bezog sich auf den Staatsstreich von 1794 und die Verfassung von 1795. In den Polemiken von 1926 wurde der „Thermidor“ mit der Konterrevolution selbst identifiziert, weshalb Trotzki gegen diesen Vergleich von der Gruppe „Demokratischer Zentralismus“ polemisierte. Dennoch kehrte er neun Jahre später zu dieser Debatte zurück, um zu präzisieren, dass der „Thermidor“ in der Französischen Revolution nicht die Konterrevolution repräsentierte, sondern genauer gesagt „die Reaktion auf dem gesellschaftlichen Fundament der Revolution“, und in diesen Begriffen nahm er die historische Analogie wieder auf und eignete sie sich an.

Man könnte diese Analogie bezüglich des historischen Prozesses weiterführen, mit der bourbonischen Restauration im Jahr 1814, die einen Neo-Absolutismus und die Gründung der Heiligen Allianz hervorbrachte, und mit dem Begriff „bürgerliche Restauration“ den Gegenangriff bezeichnen, die der Imperialismus auf der ganzen Welt entfaltetete, nachdem er durch die Verbindung physischer Niederschlagung und reformistischer Umwege den revolutionären Anstieg zwischen 1968 und 1981 beendete.

Dieser reaktionäre Angriff, der den Namen „Neoliberalismus“ trug, drückte sich in einem ersten Moment in den imperialistischen Ländern aus, beginnend mit dem Regierungsantritt von Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien, durch die Durchsetzung einer Serie von ökonomischen, sozialen und politischen „Gegenreformen“ mit dem Ziel, die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung aus den Jahren des Nachkriegs-

Das Jahr 1989 als symbolisches Datum krönte den Beginn einer dritten Etappe der Epoche der Krisen, Kriege, Revolutionen.

booms (betreffend sozialer Sicherheit, öffentlichen Diensten, Lebens- und Arbeitsbedingungen) unter der Flagge der freien Märkte zurückzudrehen, um die kapitalistischen Profite zu sichern. Danach dehnte er sich mittels des sogenannten „Washingtoner Konsens“ auf die halbkolonialen Länder aus, und fand seinen Ausdruck in den ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten in der kapitalistischen Restauration, wenn auch, wie wir sehen werden, mit unterschiedlichen Konsequenzen in der UdSSR und in China.

Der Prozess als Ganzes stellte eine wahrhaftige Konterrevolution/Restauration dar, die die Kräfteverhältnisse zu Gunsten

des Imperialismus veränderte, und sich grundsätzlich mit friedlichen Mitteln durchsetzen konnte, auf der Basis der Ausdehnung der liberalen Demokratie auf breite Regionen der Erde. Die Ausbreitung dieser Demokratien fiel zusammen mit ihrer Mutation verglichen mit denjenigen, die die imperialistischen

Der Sozialismus hat keine bestimmte Form der historischen Existenz diesseits der Eroberung der politischen Macht.

Länder in anderen Phasen des 20. Jahrhunderts auf der Basis der Plünderung der Kolonien und Halbkolonien kannten. Geographisch weiter ausgedehnt, konstituierten sie sich als degradierte Demokratien, die sich wesentlich auf die städtischen Mittelschichten und auch auf privilegierte Sektoren der ArbeiterInnenklasse (insbesondere in den zentralen Ländern) stützten, was die Tür zur Ausdehnung des Konsums öffnete. Die Ent-Ideologisierung des politischen Diskurses durch die Verbindung der Überhöhung des Individuums und seiner Verwirklichung im Konsum („Konsumismus“), war die Basis dieses „neuen Paktes“, der sehr viel elitärer war als der der Nachkriegszeit und mit der Erhöhung der Ausbeutung und des sozialen Abstiegs der Mehrheit der ArbeiterInnenklasse einherging, sowie mit hohen Raten von Arbeitslosigkeit und der exponentiellen Ausbreitung der Armut und der Slums, die sich in der ganzen Welt vermehrten, wobei der „Klientelismus“ und die Kriminalisierung die grundlegenden Politiken des Neoliberalismus für diese Sektoren waren.

Diese „neue Ordnung“ wurde aufgezwungen auf der Grundlage der Niederschlagung des vorigen Anstiegs und in vielen Fällen direkt durch Diktaturen, welche wir „post-konterrevolutionäre Demokratien“¹ genannt haben; aber vor allem hatte er als Basis die beispiellose innere Zersplitterung der ArbeiterInnenklasse. Zu der traditionellen Teilung zwischen der ArbeiterInnenklasse der imperialistischen Länder und der Halbkolonien und Kolonien, die vom Kapital aufgezwungen wird, gesellten sich andere Teilungen, die zusammen mit der Ausbreitung permanenter Arbeitslosigkeit zur Entstehung von ArbeiterInnen „zweiter Klasse“ (begrenzte Arbeitsverträge, LeiharbeiterInnen, ArbeiterInnen ohne legalen Vertrag, außerhalb der Tarifverträge, „ohne Papiere“, oder verschiedene Kombinationen dieser Phänomene) führten, welche fast die Hälfte der weltweiten ArbeiterInnenklasse ausmachen², im Kontrast zum Sektor der ArbeiterInnenklasse, der fest angestellt, sozialversichert und gewerkschaftlich organisiert ist, mit Löhnen und Arbeitsbedingungen, die weit über dem Durchschnitt liegen.

Die Restauration in der Restauration

Die kapitalistische Restauration im engeren Sinne in den ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten stand im Zentrum dieses Szenarios. Zusammen mit der neoliberalen Offensive gegen die Errungenschaften, die die ArbeiterInnenklasse im Nachkriegsboom erreichte, verstärkte die Reagan-Regierung die Konfrontation mit der Sowjetunion als neue Orientierung

nach der Niederlage in Vietnam. Diese aggressive Politik, welche als eine der zentralen Methoden den Rüstungswettlauf hatte, beschleunigte den ökonomischen Verfall und den Prozess der Desorganisation der Wirtschaft, den die *Perestroika* Gorbatschows bedeutet hatte, mit schrecklichen Konsequenzen für die Lebensbedingungen der Massen. In diesem Rahmen führten die Mobilisierungen von 1989-91 zum Fall der stalinistischen Regime, aber mit einem sehr niedrigen Niveau von Subjektivität als Resultat der vorigen Niederlagen der Prozesse der politischen Revolution³. So konnten sie durch pro-kapitalistische Führungen hegemonisiert werden, mit dem Resultat der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, den Staaten Osteuropas und der kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands⁴.

Die Ergebnisse, die der Imperialismus erreichte, überstiegen die anfänglichen Ziele bei Weitem. So verwandelte sich die imperialistische Reaktion, die in den ersten Jahren der 1980er begann, in eine Konterrevolution. Dieses Element drückte der gesamten Etappe der „bürgerlichen Restauration“ seinen Stempel auf. Wenn wir den Vergleich mit der absolutistischen Restauration wieder aufnehmen, ist dieser besondere Abdruck der „bürgerlichen Restauration“ durch den Fakt bestimmt, dass die Beziehung zwischen Kapitalismus und Sozialismus sich fundamental von der zwischen Feudalismus und Kapitalismus unterscheidet. Der Sozialismus hat als Produktionsweise keine bestimmte Form der historischen Existenz diesseits der Eroberung der politischen Macht durch die ArbeiterInnenklasse, während die kapitalistischen Beziehungen sich sozusagen „automatisch“ reproduzieren (bis hin zum Ausbruch von Krisen, die ihm inhärent sind).

Trotzki bemerkte dieses Element in seinem Vergleich mit dem bürgerlichen „Thermidor“, als er sagte: „Napoleons Sturz ging natürlich nicht spurlos an den Klassenverhältnissen vorbei, aber Frankreichs soziale Pyramide behielt im Wesentlichen ihren bürgerlichen Charakter. Der unvermeidliche Zusammenbruch des Stalinschen Bonapartismus wird nicht sofort den Charakter der UdSSR als Arbeiterstaat in Frage stellen. Eine sozialistische Wirtschaft kann man nicht ohne sozialistische Macht aufbauen. Das Schicksal der Sowjetunion als sozialistischer Staat hängt von dem politischen Regime ab, das den Stalin-Bonapartismus ablösen wird.“⁵

Die bourbonische Restauration bedeutete in genau diesem Sinne im Ökonomisch-Politischen keine Rückkehr zum Feudalismus, auch wenn sich die Karte Europas schnell neu zusammensetzte und neue Versionen des Absolutismus hervorbrachte. Die kapitalistischen Beziehungen entwickelten sich unter den neuen Regimen weiter, die Illusion der „Rückkehr zur Vergangenheit“ war nicht mehr als das, eine Illusion. Im Gegensatz dazu implizierte die „kapitalistische Restauration“ nicht nur den Fall der Bürokratie als Diktatur „über das Proletariat“, sondern, und insbesondere (wie die „geordnetere“ Entwicklung der Bürokratie der chinesischen KP klar zeigte, als sie sich in eine kapitalistische verwandelte), die Zerstörung der noch erhaltenen Errungenschaften der bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten (Sektor der Wirtschaft, der nicht den Gesetzen des Kapitals

3. Siehe Cinatti, Claudia: „La actualidad del análisis de Trotsky frente a las nuevas (y viejas) controversias sobre la transición al socialismo“. In: Estrategia Internacional n° 22, Buenos Aires 2005.

4. Diese Prozesse gegen die stalinistischen Regime, mit größtenteils friedlichen Massenmobilisierungen (mit Ausnahme Rumäniens, welcher mit Tausenden von Toten und der Hinrichtung Ceausescus endete), entstanden gegen die Angriffe auf die Lebensbedingungen der Massen und die Pläne des IWF, die von der Bürokratie durchgeführt wurden, aber aufgrund der Abwesenheit einer revolutionären Führung wurden sie letztlich durch restaurationistische Sektoren geführt, was im Endeffekt durch die kapitalistische Restauration zu neuen Leiden der Massen und einem großen Rückschritt in ihren Lebensbedingungen führte.

5. Trotzki, Leo: „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“. In: Schriften 1, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur. Band 1.1 (1929-1936). Hamburg 1988. S.581-609.

1. Lif, Laura / Chingo, Juan: „Transiciones a la democracia“. In: Estrategia Internacional n° 16, Buenos Aires 2000.

2. Laut der ILO lebten Ende 2009 45,6% der ArbeiterInnen weltweit in Armutszuständen mit weniger als zwei Dollar pro Tag. Nahezu die Hälfte der ArbeiterInnen weltweit haben prekäre Arbeitsbedingungen („vulnerable employment“). ILO: „Global employment trends“. Genf 2010.

ausgesetzt war und neue Eigentumsbeziehungen über die Produktionsmittel), die mehrheitliche Anwendung der Sparpläne des IWF, die Umkehrung sozialer Rechte und ein sozialer Rückschritt, der zum Beispiel im Falle der ex-UdSSR zum abrupten Fall der Lebenserwartung der Bevölkerung führte.

Die Folgen der Restauration: Mehr Trotzki und weniger Smith

Ein fundamentales Element zum Verständnis der Restauration ist die unterschiedliche Evolution der kapitalistischen Restauration im Westen und in Russland im Vergleich zum Osten, insbesondere in China. Die Restauration bedeutete für Russland, welche die zweitgrößte Weltmacht war, die Demontage seiner wichtigen Industrie und die Transformation in ein Land, das von Gas- und Erdölexport höchst abhängig ist. Währenddessen gab es in China, wo zum Zeitpunkt des Beginns der Reformen von Deng Xiaoping 1979 eine Landbevölkerung von mehr als 80% existierte, eine beispiellose industrielle Entwicklung, welche das Land heute gemessen am BIP in die zweitgrößte Wirtschaft der Welt verwandelte.

Dieser schwindelerregende Aufstieg brachte zum Beispiel Giovanni Arrighi dazu, zu behaupten, dass die aktuelle Wirtschaftsentwicklung Chinas „die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größerer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht ha[ft] als je zuvor seit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* vor fast 250 Jahren.“⁶

Dennoch scheint die Realität eine andere zu sein, wenn wir China mit Nachbarländern wie Japan, Südkorea und Taiwan vergleichen. Wie Perry Anderson bemerkt, ist die Exportabhängigkeit Chinas – trotz dessen, dass der Zyklus des hohen Wachstums in China schon zehn Jahre länger andauert, als diejenigen, welche seine Nachbarn in verschiedenen Momenten nach dem Zweiten Weltkrieg genießen konnten – seit den 1990er Jahren erdrückend größer, und der Konsum innerhalb des BIP sehr viel geringer; die Abhängigkeit von ausländischem Kapital ist viel höher; die Schere der Einkommen (und der Investitionen) zwischen Stadt und Land ist in China sehr viel breiter; und der staatliche Sektor der Wirtschaft ist immer noch unvergleichlich größer⁷. Ein anderes Element, welches Anderson allerdings übersieht, ist, dass China keinen einzigen multinationalen Konzern auf dem Niveau von Toyota, Honda oder Hitachi, von denen Japan dutzende hat, oder von Samsung oder Hyundai aus Südkorea, oder von Hon Hai Precision Industry aus Taiwan, besitzt – trotz dessen, dass die Ölfirma Sinopec, die Industrial & Commercial Bank of China oder der staatliche Energiekonzern State Grid zu den größten Konzernen der Welt gehören.

Es ist klar, dass die chinesische Realität weit davon entfernt ist, Wasser auf die Mühlen der These von Arrighi zu schütten. Sein BIP *pro Kopf* ist kaum vor dem von Kongo und Angola, mit 135 Millionen EinwohnerInnen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, und 400 Millionen, die von weniger als zwei Dollar pro Tag leben. Währenddessen schreitet die Zerstörung der Umwelt und die Energieverschwendung nach internationalen Maßstäben in atemberaubendem Tempo voran, die Kommodifizierung der industriellen Produktion wird aufgrund der Zwänge des „exportorientierten Modells“ beibehalten, genauso wie die technologische Rückständigkeit im Vergleich mit den imperialistischen Mächten und die andauernde Herrschaft der imperialistischen Konzerne über den chinesischen Markt bei Technologieprodukten⁸.

Es ist nicht die Hypothese von Adam Smith über die größere Gleichheit zwischen Nationen, welche uns die Erklärung für all dies gibt, sondern vielmehr die Kategorie, die Trotzki anwandte. Mit ihm können wir sagen, dass sich ein spektakulärer Prozess der ungleichen und kombinierten Entwicklung vollzogen

In China hat sich ein spektakulärer Prozess der ungleichen und kombinierten Entwicklung vollzogen.

hat, in dem sich die Widersprüche zwischen Stadt und Land in einem Land, welches bei einem Anteil von 23% der Weltbevölkerung nur 6% der kultivierbaren Landmasse des Planeten besitzt, verschärft haben. Wo pulsierende Städte von Millionen von EinwohnerInnen und modernen Gebäuden, mit großen Konzentrationen von ArbeiterInnen, in denen ohne eine klare Abgrenzung des Arbeitstages (bis zu 16 oder 18 Stunden und in einigen Fällen noch mehr) gearbeitet wird, gemeinsam existieren mit ländlichen Regionen sehr geringer Produktivität, wo ein großer Teil der Bevölkerung dank der Geldsendungen ihrer Kinder aus den Städten überlebt⁹.

In diesem Kontext fanden schon im März und Mai 2002 die größten Mobilisierungen von ArbeiterInnen in China seit Tianmen statt: in drei Städten in Dongbei (Liaoyang, Daqing und Fushun) führten zehntausende unbezahlte ArbeiterInnen, RentnerInnen und Arbeitslose, aus der Metallurgie, den Minen und den Hochöfen mehrere Wochen lang Proteste und Mobilisierungen durch¹⁰. Trotz dieser Mobilisierungen ist heute das Neue, dass sich die neue ArbeiterInnenklasse Chinas in den letzten Jahren in immer größerem Maße für Löhne und andere Forderungen zu mobilisieren begann, gegen die Nichtauszahlung der Löhne und für demokratische Rechte, wobei oftmals diejenigen, die vom Land emigrieren, in den Städten als illegale katalogisiert sind – und das in einem Kontext, in dem weiterhin unabhängige Gewerkschaften und Streiks verboten sind¹¹. Das ist eine neue ArbeiterInnenklasse von 100 bis 200 Millionen ArbeiterInnen, die in den letzten zwei Jahrzehnten vom Land in die Stadt gezogen sind.

Mitte 2010 konnten wir eine Welle von Kämpfen beobachten, deren Symbol die ArbeiterInnen von Honda in der Provinz Guangdong waren. Diese Welle dehnte sich, während die Fabrik zwei Wochen lang lahmgelegt wurde, auf andere Regionen aus, wie die Konfrontationen der ArbeiterInnen von KOK Machinery außerhalb von Shanghai mit der Polizei zeigten.

Wie Richard Walker in seiner Kritik an Arrighi bemerkt, sind die Schwierigkeiten, die letzterer dabei hat, die schwindelerregende Entwicklung der ArbeiterInnenklasse (einen Begriff, den er erst im 12. Kapitel seines Buches verwendet) und die Entstehung einer richtigen KapitalistInnenklasse zu beschreiben (da er zu sehr auf die Mechanismen der „Akkumulation durch Enteignung“¹² konzentriert ist), große Hürden für eine Analyse,

nacional n° 21, Buenos Aires 2004.

9. Diese stellen 80% der Einkommen der Bauern/Bäuerinnen dar. Siehe Poch-de-Feliu, Rafael: „La actualidad de China. Un mundo en crisis, una sociedad en gestación“. Barcelona 2009.

10. Ebd.

11. Siehe Chingo, Juan: „El capitalismo mundial en una crisis histórica“. In: Estrategia Internacional n° 25, Buenos Aires 2008.

12. Ein von David Harvey entwickeltes Konzept, der dahin tendiert, dieses den Mechanismen der Akkumulation durch kapitalistische Ausbeutung im engeren Sinne entgegenzustellen. Siehe Noda, Martín: „Países

6. Arrighi, Giovanni: „Adam Smith in Beijing: Die Genealogie des 21. Jahrhunderts“. Hamburg 2007.

7. Anderson, Perry: „Two Revolutions“. In: New Left Review n° 61, London 2010.

8. Chingo, Juan: „Mitos y realidad de la China actual“. In: Estrategia Inter-

die das heutige China erklären kann¹³.

Zusammenfassend können wir – ausgehend von Trotzki's Theorie der ungleichen und kombinierten Entwicklung – sagen, dass der Prozess der Restauration in China, auf der Grundlage der durch die Revolution von 1949 errungenen nationalen Einheit, eine beispiellose industrielle Entwicklung bedeutet hat, insbesondere angetrieben von der Durchdringung des internationalen Finanzkapitals (direkt oder durch den Staat), die, während sie die Reihen ArbeiterInnenklasse exponentiell entwickelte (mit heute etwa 400 Millionen ArbeiterInnen in den Städten), gleichzeitig keine vergleichbare Entstehung einer Bourgeoisie diesen Ausmaßes bedeutete. Das heißt, es fand eine Entwicklung statt, in der das Finanzkapital und der Staat eine herausragende Rolle einnahmen, mit dem Resultat eines sehr starken Proletariats (das zahlenstärkste des gesamten Planeten, bezogen auf ein einziges Land) und einer vergleichbar sehr viel schwächeren Bourgeoisie.

Um Arrighis Behauptung wieder aufzunehmen, müssten wir, statt die Vorhersage von Smith in *Der Wohlstand der Nationen* zu bestätigen, vielmehr sagen, dass die aktuelle Entwicklung Chinas heute die Prognose sehr viel wahrscheinlicher macht, die Trotzki schon vor mehr als 70 Jahren in seinem Buch *Die permanente Revolution* bezüglich des chinesischen Proletariats und seines revolutionären Potentials als Anführer der unterdrückten Massen traf.

Bürgerliche Restauration als Etappe der imperialistischen Epoche

Die aktuelle kapitalistische Krise ereignet sich trotz einer ganzen Serie von Transformationen, die seit den 1980ern bis heute zu Gunsten des Kapitals durchgeführt wurden – so wie die Restauration des Kapitalismus in den ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten in Russland, Osteuropa und im Osten, die eine Wiedereroberung neuer Räume zur Verwertung des Kapitals implizierte; die extreme Liberalisierung des Finanzsystems (nachdem die Barrieren zwischen Investitions-, Handels- und Versicherungsbanken eingerissen wurden); die neue weltweite Teilung der Arbeit, die die Länder der Peripherie in die internationale industrielle Produktion eingliedert und sich dort die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft zu Nutze macht; der Fortschritt in der Integration eines weltweiten Arbeitsmarktes, der die Konkurrenz zwischen den ArbeiterInnen erhöhte und die Grundlage zur Steigerung des absoluten Mehrwerts für das Kapital darstellte; und die Entwicklung von Akkumulationsni-

Der Zweite Weltkrieg und die massive Zerstörung der Produktivkräfte sind der Schlüssel zur Erklärung des Nachkriegsbooms.

schen (wie die Schwellenländer und neuen Schwellenländer, die sogenannte „New Economy“ und danach die Immobilienblase, die 2008 platzte), darin eingeschlossen China – die die Aufrechterhaltung der Profitrate erlaubten, aber mit der Grenze einer insgesamt schwachen Akkumulation von Kapital in den

letzten Jahrzehnten.

Einer der Interpreten dieser Etappe in Begriffen der Restauration war David Harvey, dessen Vision wir an anderer Stelle gesondert kritisiert haben¹⁴. In seinem Buch *Kleine Geschichte des Neoliberalismus* nimmt er die Ausführungen von Gérard Duménil und Dominique Lévy wieder auf, die den Neoliberalismus als Projekt der „Restauration der Klassenmacht“ definieren. Harvey analysiert die Geschichte des Neoliberalismus als eine „politische List, die darauf abzielt, die Bedingungen für die Kapitalakkumulation und die Restauration der Klassenmacht wiederherzustellen.“¹⁵ Das heißt, während er einerseits über Restauration spricht, behauptet er andererseits, dass diese sich hauptsächlich auf die Politik beschränkt, eine „politische List“ war. Diese Formulierung ist nicht nur ein untergeordnetes Element seiner Überlegungen, sondern sie ermöglicht ihm, in *Der neue Imperialismus* die mögliche Umkehrbarkeit dieses Prozesses aufzuwerfen. Harvey sagte uns in diesem Buch sogar, dass „die USA ihre imperialistische Ausrichtung abmildern, wenn nicht sogar aufgeben, und eine massive Umverteilung des Reichtums in ihren Grenzen und eine Neuorientierung des Kapitalflusses in Richtung der Produktion und Erneuerung der Infrastruktur unternehmen könnten.“¹⁶ Sofort danach sieht er sich verpflichtet, zu erklären, dass „es sinnvoll ist, sich an die Lektionen der 1930er zu erinnern: es ist überhaupt nicht klar, dass der New Deal von Roosevelt das Problem der Depression gelöst hat. Es war ein Krieg zwischen den hauptsächlich kapitalistischen Staaten nötig, um die territorialen Strategien zurückzudrängen und die Wirtschaft auf einen stabilen Pfad der kontinuierlichen und verallgemeinerten Kapitalakkumulation zuzuleiten.“¹⁷

Genau deswegen ist der Erfolg des neuen „New Deal“, den der Autor von *Der neue Imperialismus* vorschlägt, nicht nur „unsicher“, sondern unmöglich in den aktuellen Bedingungen, denn der Zweite Weltkrieg und die massive Zerstörung der Produktivkräfte, zu der er führte, sind nicht nur ein Element unter vielen, sondern der Schlüssel zur Erklärung der Bedingungen der Möglichkeit des Nachkriegsbooms.

In diesem Sinne basierte die wirtschaftliche Erholung, die Anfang der 1980er begann – trotz der Senkung der Gehälter auf internationaler Ebene, multipler Niederlagen der Bewegung der Massen und des Faktes, dass die folgenden Krisen als Teil-„Reinigungen“ des überflüssigen Kapitals dienten – nicht auf einer Zerstörung der Produktivkräfte, die mit derjenigen des Zweiten Weltkriegs, auf welche sich der Nachkriegsboom stützte, vergleichbar wäre. Aus diesem Grund und nicht wegen einer „politischen List“ konnte keine der Transformationen, die wir zu Beginn dieses Abschnitts benannt haben, die historische Krise aufhalten, die wir heute erleben. Ganz im Gegenteil haben dieselben Maßnahmen die Widersprüche eines Kapitalismus, der immer weniger in der Lage ist, die Bedingungen seiner eigenen Reproduktion zu erhalten, multipliziert¹⁸.

In diesem Rahmen repräsentierte der Nachkriegskeynesianismus – im Gegensatz zu dem Eindruck, den Harvey gibt – nicht die Erschöpfung der Klassenmacht der Bourgeoisie, sondern war eine Form der Neuzusammensetzung der Klassenmacht zu Bedingungen, die von den Ergebnissen des Zweiten Weltkriegs aufgezwungen wurde. Es ist klar, dass die „bürgerliche Restauration“ mit den Merkmalen, die wir beschrieben haben, genau wie der Boom nach der massiven Zerstörung des Zweiten Weltkriegs, zu verschiedenen Etappen derselben Epo-

14. Siehe Noda, Martín: Op. cit.

15. Harvey, David: „Neoliberalism as Creative Destruction“. In: ANNALS of the American Academy of Political and Social Science. Bd. 610, No. 1. 2007. S. 21-44.

16. Harvey, David: „Der neue Imperialismus“. Hamburg 2005. 17. Ebd.

18. Chingo, Juan: „Crisis y contradicciones del capitalismo del siglo XXI“. In: Estrategia Internacional n° 24. Buenos Aires 2007.

imperialistas e imperialismo capitalista“. In: Lucha de Clases n° 4, Buenos Aires 2004.
13. Walker, Richard: „Karl Marx between two worlds: the antinomies of Giovanni Arrighi's Adam Smith in Beijing“. In: Historical Materialism 18. Leiden 2010.



Leo Trotzki kurz nach der Gründung der Vierten Internationale

che gehören: der imperialistischen Epoche des Niedergangs des Kapitalismus.

Um zum Vergleich mit der bourbonischen Restauration zurückzukehren, können wir sagen, dass heute die Staatsinterventionen ungekannten Ausmaßes zur Rettung der KapitalistInnen den absteigenden Charakter des Kapitalismus zeigen, wobei der Dynamismus (und Automatismus), den die kapitalistischen Produktionsbeziehungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter der Restauration trotz der Staatsformen genießen konnten, dem heutigen Kapitalismus unendlich überlegen waren.

In diesem Sinne, während man für das Ende der 1820er sagen konnte, dass der Absolutismus, obwohl er sein „Überleben“ durch die Niederlage Napoleons retten konnte, nicht die Erneuerung der Bedingungen, aus denen er hervorgegangen war, erreichte, können wir für heute etwas sehr Ähnliches über den Kapitalismus sagen: Obwohl die Niederschlagung des Aufstiegs von 1968-81 (welcher Revolutionen im Zentrum, in der Peripherie und in den bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten beinhaltet) den Weg zur Restauration eröffnete und dem Kapitalismus das Überleben ermöglichte, war dieser nicht im Stande, die historischen Bedingungen seines Niedergangs als soziales System umzukehren.

Die Epoche der bürgerlichen und die Epoche der proletarischen Revolution

Eine andere Interpretation der Etappe in Begriffen der Restauration finden wir bei Daniel Bensaïd, der diesen Prozess in seinem Buch *La discordance des temps*, ausgehend vom Vergleich mit der bourbonischen Restauration des Philosophen Alain Badiou¹⁹, wie folgt definiert: „Das Gegenteil einer Revolution: Er resultiert aus der Asymmetrie der Kräfte der Konservation und der Transformation. Hierin liegt das Geheimnis dieser Zusammenbrüche und Untergänge ohne Ankündigung, ohne Neuigkeiten oder Versprechen, deren Sinn sich auf eine Restauration reduziert. Nicht nur eine rein wirtschaftliche Restauration der ‚Marktgesetze‘. Sondern die Restauration in Großbuchstaben, auf ganzer Linie.“²⁰

Die Analogie Bensaïds der „Restauration auf ganzer Linie“ respektierte nicht nur nicht die Wirklichkeit der Grenzen, die die bourbonische Restauration zu ihrer Zeit hatte, sondern

beachtete auch nicht die Grenzen des historischen Vergleichs selbst, und beugte sich so dem herrschenden ideologischen Klima der 1990er. Es ist klar, dass mit dem, was wir in den vorigen Abschnitten gezeigt haben, die Relevanz der historischen Analogie begrenzt ist, denn die Niederlage Napoleons – und

Das Ende des Zyklus der bürgerlichen Revolutionen war der Entstehung des Proletariats als neuem Akteur geschuldet.

das ist der fundamentale Ausgangspunkt – bedeutete für die Bourgeoisie nicht nur die absolutistische Restauration und eine Rückkehr zum *Ancien Régime*, sondern ging auch mit dem Ende der letzten bürgerlichen Revolution einher²¹, und mit ihr der Epoche der bürgerlichen Revolutionen. Ein Zyklus, der vier Revolutionen in nicht mehr und nicht weniger als drei Jahrhunderten (die in den Niederlanden im 16. Jahrhundert, der englische BürgerInnenkrieg im 17. Jahrhundert, der nordamerikanische Unabhängigkeitskrieg und die Französische Revolution im 18. Jahrhundert) beinhaltet hatte.

Der grundlegende Unterschied ist derjenige, dass das Ende des Zyklus der bürgerlichen Revolutionen nicht den feudalen Kräften geschuldet war, sondern den Konsequenzen der Entwicklung des Kapitalismus selbst, und in erster Linie der Entstehung des Proletariats als neuem unabhängigen Akteur ab 1848²².

21. Danach gab es nur „passive Revolutionen“, wie Gramsci gut bemerkte: Diese fanden ganz anders statt, durch das Aufkommen der proletarischen Revolution in Schach gehalten.

22. Wie Trotzki in *Ergebnisse und Perspektiven* bemerkte: „Schon das Jahr 1848 stellt einen riesigen Unterschied gegenüber 1789 dar. Im Vergleich zur Großen Revolution überraschten die preußische oder österreichische durch ihre Schwunglosigkeit. Sie kamen einerseits zu früh, andererseits zu spät. Die gigantische Kraftanstrengung, die die bürgerliche Gesellschaft braucht, um radikal mit den Herren der Vergangenheit abzurechnen, kann nur entweder durch die machtvolle Einheit der ganzen Nation, die sich gegen den feudalen Despotismus erhebt, oder durch eine mächtige Entwicklung des Klassenkampfes inner-

19. Badiou, Alain: „D'un désastre obscur“. Paris 1991.

20. Siehe Bensaïd, Daniel: „La discordance des temps: essais sur les crises, les classes, l'histoire“. Paris 1995. Eigene Übersetzung.

Aus dieser Sicht ist es genauso dumm, die Epoche der proletarischen Revolution nach ein paar Jahrzehnten kapitalistischer Restauration für beendet zu erklären, wie die Epoche der bürgerlichen Revolutionen 1680 für beendet zu erklären, weil 20 Jahre seit der Stewardschen Restauration vergangen waren. Bensaïd tendierte dazu, dieses fundamentale Element in seiner Analogie zu vergessen, und so die Zweideutigkeit bestehen zu lassen, von der sich die Ideologie der Restauration nährte. Nicht zufälligerweise wurde in den darauffolgenden Debatten in der ex-LCR die „Ära der Oktoberrevolution“ in der Suche nach neuen Subjekten für beendet erklärt.

Trotz alledem haben sich die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse ausgedehnt wie nie zuvor in der Geschichte, und die verschiedensten menschlichen Aktivitäten unterworfen; die lohnabhängige Bevölkerung ist weltweit auf etwa drei Milliarden Menschen angewachsen. Zum ersten Mal in der Geschichte machen die lohnabhängigen ArbeiterInnen gemeinsam mit den Halb-ProletarierInnen die Mehrheit der Weltbevölkerung aus, bei einer Demographie, in der ebenfalls zum ersten Mal die Stadtbevölkerung die Landbevölkerung übersteigt. Weit davon entfernt, einen homogenen Prozess darzustellen, war der Kapitalismus unfähig, die Gesamtheit der großen Massen, die in die Städte strömten, zu proletarisieren und erschuf gleichzeitig große Heere von Arbeitslosen, breite Prozesse des sozialen Verfalls und damit das, was Mike Davis den „Planeten der Slums“ nannte, in Anlehnung an die städtischen Armutsviertel, die weltweit mehr als eine Milliarde Menschen, also ein Sechstel der Weltbevölkerung, beherbergen. Das bedeutet also Prozesse der Halb-Proletarisierung, den Zusammenbruch alter Mittelschichten und ausgewanderter Bauern/Bäuerinnen, inklusive einem breiten Lumpenproletariat.

In den 1990er Jahren brachten China, Russland und die Staaten Osteuropas durch die kapitalistische Restauration (gemeinsam mit Indien) 1,47 Milliarden neue ArbeiterInnen auf den Weltmarkt, was insgesamt die Arbeitskraft verdoppelte, die das Kapital zur Verfügung hatte, die – die genannten Länder ausgenommen – bei 1,46 Milliarden gelegen hatte²³. Unter den ArbeiterInnen, die neu in den Weltmarkt integriert wurden, waren nicht nur vorher existierende ArbeiterInnen, die in die Sphäre des Kapitalismus übergingen, sondern auch eine neue ArbeiterInnenklasse, die vom Land kam, die in China, wie wir sagten, zwischen 100 und 200 Millionen neuer ArbeiterInnen in den Städten zählte und in nur wenig mehr als zwei Jahrzehnten entstand; dasselbe kann man im Fall Indiens behaupten. Während sich in Indien ein Großteil dieser neuen ArbeiterInnenklasse im

Die bürgerliche Restauration führte dazu, dass das Proletariat heute größer als jemals zuvor in der Geschichte ist

halb dieser sich emanzipierenden Nation erreicht werden. Im ersten Fall, der zwischen 1789 und 1793 gegeben war, wird die durch den schrecklichen Widerstand der alten Ordnung konzentrierte nationale Energie im Kampf gegen die Reaktion völlig verbraucht. Im zweiten Fall, der bisher in der Geschichte noch nicht dagewesen ist und den wir lediglich als Möglichkeit erwägen, wird das Maß an Energie, das zum Sieg über die dunklen Mächte der Vergangenheit notwendig ist, innerhalb der bürgerlichen Nation durch einen „strittigen“ Klassenkampf erzeugt.“ In: Trotzki, Leo: Ergebnisse und Perspektiven. <http://marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1906/erg-pers/index.htm>

23. Freeman, Richard: „China, India and the doubling of the global labor force: who pays the price of globalization?“. In: The Globalist. 03.06.2005.

Dienstleistungssektor konzentrierte (mit 14% der ArbeiterInnen in der Industrie und 34% in Dienstleistungen im Jahr 2003), lässt sich in China die Entwicklung einer industriellen ArbeiterInnenklasse hervorheben (27% gegenüber 33% in Dienstleistungen im Jahr 2009). Das heißt, dass sich in den Jahrzehnten der Restauration, während die imperialistische Propaganda über das „Ende der ArbeiterInnenklasse“ blühte, nicht nur im „Westen“ ein ausgedehnter Prozess des Eintritts neuer Sektoren in die Lohnabhängigkeit entwickelte, der die ArbeiterInnenklasse in Richtung eines stärkeren Gewichts im Dienstleistungssektor umstrukturierte, sondern in Ländern wie Indien oder China die Entstehung einer riesigen neuen ArbeiterInnenklasse von hunderten Millionen Menschen stattfand, die nicht nur im Dienstleistungssektor arbeiten, sondern wie im Fall Chinas ein großes Gewicht in der Industrie haben.

Einerseits übte die Integration dieser 1,47 Milliarden ArbeiterInnen in den kapitalistischen Markt einen enormen Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen aus, was zu einem exponentiellen Anstieg des absoluten Mehrwerts führte, der das Resultat des Verlustes der Verhandlungsmacht angesichts der Konkurrenz in einem sehr viel stärker integrierten weltweiten Arbeitsmarkt war. Andererseits besteht ein wichtiger Teil dieser 1,47 Milliarden in hunderten Millionen neuer ArbeiterInnen, die die Reihen der internationalen ArbeiterInnenklasse verstärkten.

Jede Analogie muss davon ausgehen, dass – weit entfernt davon, die Epoche der proletarischen Revolution für beendet zu erklären, wie es mit der Epoche der bürgerlichen Revolutionen mit dem Aufkommen des Proletariats als neuer revolutionärer Klasse geschah – die bürgerliche Restauration dazu führte, dass das selbe Proletariat heute, in objektiven Begriffen, größer als jemals zuvor in der Geschichte ist.

Gleichzeitig ist seit dem Beginn der Etappe der „bürgerlichen Restauration“ viel Wasser den Bach heruntergeflossen. Bis heute können wir allgemein gesagt drei Subperioden unterscheiden.

Die erste, deren Merkmale wir in vorigen Abschnitten beschrieben haben, war bestimmt durch kapitalistische Euphorie, die, genau wie sie das Ende der Geschichte postulierte, unter anderem das Ende der Arbeit, der Nationalstaaten, der großen Erzählungen und des Marxismus erklärte.

Die zweite, charakterisiert durch eine Reihe von Krisen, die den Weltmarkt nicht aus den Angeln heben konnten (Asienkrise, russischer Bankrott 1998, mit dem späteren Aufstieg und Fall der sogenannten „New Economy“ zwischen 1998 und 2001), durch regionale Kriege und imperialistische Aggressionen, die die Weltordnung nicht offen brechen konnten (im Mittleren Osten, am Persischen Golf, auf dem Balkan und in den Ländern Afrikas), und im Bereich des Klassenkampfes, wie wir später sehen werden, durch das politische Erwachen von Millionen von Jugendlichen (seit Seattle bis zu dem, was später die Bewegung gegen den Irakkrieg sein würde) und durch das Übergehen zur direkten Aktion von Massensektoren in Lateinamerika, welche aber nicht in Revolutionen mündeten.

Seit 2002 gab es eine dritte Subperiode, in der sich ein Wachstumszyklus der Weltwirtschaft entwickelte (unter anderem basierend auf der „Immobilienblase“, der beispiellosen Expansion der Finanzanlagen und einem erneuerten Exportboom Chinas, welcher einen Sprung im Prozess der Überinvestition anstieß), der mit größeren geopolitischen Spannungen im Zeichen des Irakkriegs einher ging. Auf der anderen Seite wurde die „Anti-Globalisierungs-“, dann Anti-Kriegs-Bewegung, durch reformistische Varianten kanalisiert und die Prozesse der direkten Aktion verließen in Lateinamerika das Zentrum der politischen Bühne zu Gunsten einer Reihe von „postneoliberalen und nationalistischen“²⁴ Regierungen. Währenddessen schritt

24. Siehe Molina, Eduardo: „¿A dónde va América Latina?“. In: Estrategia Internacional n° 22, Buenos Aires 2005.

die ArbeiterInnenklasse im Prozess der objektiven Neuzusammensetzung voran, den wir vorher beschrieben haben.

Heute eröffnet die weltweite Krise eine neue Situation, in der die angesammelten Widersprüche, die den historischen Charakter der Krise ausmachen, die Grundlagen für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse legen, die noch undefiniert ist, aber die die Analyse der imperialistischen Epoche der Krisen, Kriege und Revolutionen wieder auf die Tagesordnung setzt.

Die Bourgeoisie und das Proletariat nach der Restauration

Trotz der Tatsache, dass die objektiven Widersprüche, die die Epoche der proletarischen Revolutionen bestimmen, nicht ausgelöscht wurden, sondern sich vertieft haben, schaffte es die imperialistische Propaganda, als Sinn der Epoche nicht nur das Ende der proletarischen Revolutionen sondern der sozialen Revolution im Allgemeinen durchzusetzen. Die Form, die dieser Prozess annahm, trug zu diesem Ziel bei. Im Gegensatz zu der historischen Niederlage, die das Proletariat mit der Pariser Kommune (1871) erlitt – in der die heroischen KommunardInnen bis zum Tode gegen die französische Armee, die von der preußischen unterstützt wurde, kämpften, und die als Beispiel und Inspiration für die RevolutionärInnen des 20. Jahrhunderts diente, obwohl sie als unmittelbare Folge mehr als 30 Jahre lang die Abwesenheit von Revolutionen hatte – sahen die ArbeiterInnen während der neoliberalen Offensive, wie sich ihre eigenen Organisationen gegen sie wandten.

Bensaïd schrieb: „Angesichts des Untergangs der bürokratischen Diktaturen sind wir bedroht durch die selbe Bestürzung, die Hegel erfuhr, als Napoleon durch das vereinte Europa geschlagen wurde. Er wusste, wie auch seine eigene Philosophie besagte, dass der Tyrann verschwinden musste, wenn seine Aufgabe erfüllt war. [...] Aber, als das passierte, war er zu blind, die Erfüllung seiner eigenen Worte wahrzunehmen! [...] Denn er hatte die Zerstörung der imperialen Ordnung von innen heraus hervorgesehen, durch den Weltgeist, aber dann passierte es, unter dem Druck der Mittelmäßigkeit und seines bleiernen Gewichts.“²⁵

Aber in diesem Punkt wird die Analogie schon wieder unpassend. Die bürgerliche Restauration wurde nicht von einer militärischen Niederlage in der Art von Waterloo begleitet, sondern im Endeffekt passierte sie „von innen heraus“, aber in einem konterrevolutionären Sinn, und das ist ihr Unterscheidungsmerkmal.

Deshalb müssten wir die Restauration in diesem Punkt eher mit dem Bankrott der deutschen Sozialdemokratie nach 1914 vergleichen. Dazu bemerkte Trotzki: „Die Geschichte entwickelte sich in der Form, dass die deutsche Sozialdemokratie in der Epoche des imperialistischen Krieges bewies – und das kann nun mit kompletter Objektivität gesagt werden –, dass sie der konterrevolutionärste Faktor in der Weltgeschichte war. Die deutsche Sozialdemokratie ist aber kein Unfall; sie fiel nicht vom Himmel, sondern wurde mit den Anstrengungen der deutschen ArbeiterInnenklasse in Jahrzehnten ununterbrochenen Aufbaus und Anpassung an die Bedingungen geschaffen, die im Junker-kapitalistischen Staat vorherrschten. [...] In dem Moment, als der Krieg ausbrach, und folglich als der Moment der größten historischen Prüfung kam, zeigte sich, dass die offizielle Organisation der ArbeiterInnenklasse nicht als die Kampforganisation des Proletariats gegen den bürgerlichen Staat agierte und reagierte, sondern als Hilfsorgan des bürgerlichen Staates, um das Proletariat zu disziplinieren. Die ArbeiterInnenklasse war gelähmt, denn auf ihr lastete nicht nur das volle Gewicht des kapitalistischen Militarismus, sondern auch der Apparat ih-

rer eigenen Partei.“²⁶

Diese Dialektik der partiellen Errungenschaften des Proletariats, die sich in ihr Gegenteil verkehren, war, auf größerer Skala, das Merkmal der Epoche der Restauration²⁷. Nicht nur setzten sich die Bürokratien der degenerierten ArbeiterInnenstaaten an

*Ohne Organisation der Massen
ist das Proletariat nichts.
Organisiert ist es alles.
– W.I. Lenin*

die Spitze der Restauration und verwandelten sich in KapitalistInnen, sondern sie waren in vielen Fällen die DurchsetzerInnen der Pläne des IWF. In den kapitalistischen Staaten verwandelte sich die Sozialdemokratie, die seit dem Beginn des Ersten Weltkriegs bei wiederholter Gelegenheit seinen politisch konterrevolutionären Charakter gezeigt hatte, aber im sozialen Bereich eine reformistische Rolle beibehalten hatte, in einen direkten Agenten der Offensive der UnternehmerInnen als DurchführerInnen der neoliberalen Gegenreformen. Die KPen folgten einem ähnlichen Kurs und waren bei mehreren Gelegenheiten Teil „sozial-liberaler“ Regierungen in Koalition mit den sozialdemokratischen Parteien.

Es wäre ein grober Fehler, dieses Element im Vergleich der Situation der Bourgeoisie nach der absolutistischen Restauration mit der Situation des Proletariats nach der „bürgerlichen Restauration“ zu unterschätzen, denn im einen Fall standen sich zwei ausbeutende Klassen²⁸ gegenüber, im anderen nicht. Während die Bourgeoisie unter der Herrschaft der Heiligen Allianz die Heranreifung ihrer Interessen durch die Fortdauer der Akkumulation materiellen Reichtums garantierte, kann das Proletariat die Heranreifung seiner historischen Interessen nicht durch die bloße spontane Reproduktion als ausgebeutetes Subjekt garantieren.

Wie Lenin sagte, besteht „die Macht der ArbeiterInnenklasse [...] in ihrer Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles“²⁹, und in diesem Sinne ist es von größter Wichtigkeit für die ArbeiterInnenklasse, dass die Gewerkschaften trotz des allgemeinen Rückschritts weiterhin als breiteste Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse existieren (trotz aller Grenzen, die die Bürokratie aufzwingt, wie der Ausschluss u.a. der Arbeitslosen, der SchwarzarbeiterInnen und Prekarierten, was dazu führt, dass sie nur eine Minderheit der ArbeiterInnenklasse repräsentieren). Trotzdem reicht das nicht aus, denn für die ArbeiterInnenklasse ist das wichtigste

26. Trotzki, Leo: „A creeping revolution“. In: The First Five Years of the Communist International. <http://www.marxists.org/archive/trotsky/1924/ffyci-1/ch05.htm>. Eigene Übersetzung.

27. Betrachtet in der längeren historischen Periode agierte diese Dialektik in zwei Phasen. In der Nachkriegszeit diente jede Errungenschaft im Rahmen des kapitalistischen Booms dazu, die Bürokratie und die konterrevolutionären Apparate zu stärken und die ArbeiterInnenbewegung im Reformismus zu formen. Und in der Etappe der Restauration der 1980er und 90er, als diese Errungenschaften verloren wurden, enthüllte dieses „perverse“ Phänomen der vorigen Jahrzehnte, welches in den Niederlagen der 1970er fundamental war, seine volle historische Bedeutung.

28. In jenem Moment hatten sie sogar schon gemeinsame Interessen, insbesondere die oberen Schichten der Bourgeoisie. Ganz im Gegenteil dazu steht das Proletariat in seinem Versuch des Aufbaus einer Gesellschaft ohne Ausbeutung im unversöhnlichen Widerspruch zur Bourgeoisie.

29. Lenin, W.I.: Werke. Bd.11. S.314.

25. Bensaïd, Daniel: Op. cit.

Element der Heranreifung ihrer Interessen bestimmt durch ihre gesammelte historische Erfahrung und ihre Bildung im Prozess des Klassenkampfes selbst. Diese Kontinuität kann nur von der Avantgarde der ArbeiterInnenklasse aufrechterhalten werden, denn unter den Bedingungen des Kapitalismus kann sie niemals, und noch weniger in den Momenten des Rückschritts, Erbe der gesamten Klasse sein.

Diese Kontinuität zerbrach nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Antwort auf die Frage zu finden, warum dies passierte und wie die historischen Fäden wiedergefunden werden können, die ihre Neuzusammensetzung erlauben, ist heute im 21. Jahrhundert eine fundamentale Aufgabe für den revolutionären Marxismus, ohne welche es unmöglich ist, den strategischen Rahmen der Epoche zu definieren. Denn diese Erfahrung ist das einzige „Erbe“, welches die ArbeiterInnenklasse unter den Ketten des Kapitalismus akkumulieren konnte, und die notwendige Bedingung für die Rückkehr des revolutionären Kampfes, ohne von Null anfangen zu müssen.

Teil II

Trotzkis Erbe und die IV. Internationale

In seinen *Betrachtungen über den westlichen Marxismus* begann Perry Anderson, eine Inventur des Erbes von Trotzki zu machen. Dabei fing er bei seiner *Geschichte der Russischen Revolution*, die er als „das hervorragendste Beispiel der historischen marxistischen Literatur“ bezeichnete, an. Dann prüfte er Trotzki's Schriften über den Aufstieg des Faschismus, die er als „konkrete Studien einer historischen Konjunktur ohne Vergleich in den Annalen des historischen Materialismus“ und als „die erste authentische marxistische Analyse eines kapitalistischen Staates des 20. Jahrhunderts“ bezeichnete. Er hob auch die Analysen über Frankreich, England und Spanien hervor, um schließlich seine Theorie der Natur des sowjetischen Staates und des Schicksals der UdSSR unter Stalin zu betonen. Gleichzeitig bildet dieses theoretische Erbe, dessen tatsächlichen Wert Anderson „selbst heute schwer einzuschätzen“ vermochte, nur einen Teil, der mit der Theorie der permanenten Revolution, seinen militärischen Schriften, seiner Analysen Mexikos

Die IV. Internationale hat es nicht geschafft, das Massengewicht zu erlangen, das Trotzki voraussah.

unter Cárdenas, seinen Schriften über Kultur und Literatur usw. ergänzt werden sollte.

Jedoch sind diese Schriften nur der theoretische Ausdruck eines umfassenderen Erbes Trotzki's. Nachdem die UdSSR dem imperialistischen Krieg, drei Jahren BürgerInnenkrieg und imperialistischen Invasionen ausgesetzt war – isoliert durch die Niederlage der deutschen Revolution, nach Lenins Tod und mit den neuen Möglichkeiten von „sozialer Differenzierung“, die die ersten Erfolge der Neuen Ökonomische Politik (NEP) ermöglichten –, begann der „Thermidor“ in der UdSSR, und mit ihm die große Schlacht von Trotzki gegen die Bürokratisierung des aus

der Russischen Revolution entstandenen ArbeiterInnenstaates und gegen die Degeneration der III. Internationale. Trotzki's Bemühungen, die auch den Kampf der Linken Opposition und der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) sowie der Bewegung für die IV. Internationale beinhalteten, führten im letzten Abschnitt seines Lebens – im Hinblick auf die großen katastrophalen Ereignisse in einer vom Aufstieg des Faschismus, der weltweiten Krise und der Vorbereitungen für den Zweiten Weltkrieg gekennzeichneten Lage – zur Erziehung einer neuen Generation von RevolutionärInnen und zur Gründung der IV. Internationale. Für die Bewerkstelligung dieser Aufgabe hielt sich Trotzki für unersetzlich, im Unterschied zu seiner Rolle beim Sieg der Oktoberrevolution, als Lenin noch lebte.

Isaac Deutscher, der große Biograph von Trotzki, hielt diese Aufgabe dagegen für voluntaristisch. In seiner Trilogie kommentiert er ironisch den Gründungskongress der IV. Internationale: „Im Sommer 1938 war Trotzki mit der Vorbereitung des ‚Programmentwurfs‘ und der Resolutionen zum ‚Gründungskongress‘ der Internationalen beschäftigt. In Wirklichkeit war das eine kleine Trotzki'stenkonferenz, die in der Wohnung des Trotzki'sten Alfred Rosmer in Perigny, einem Dorf bei Paris, am 3. September 1938 abgehalten wurde.“³⁰ Nach Deutscher wäre es besser für Trotzki gewesen, statt die „Zeit zu vergeuden“ mit der Erarbeitung der politisch-programmatischen Grundlagen der IV. Internationale und der Bildung seiner Kader und Mitglieder, sich der Ausarbeitung seiner unvollendeten Projekte zu widmen. Deutscher machte mit dem Titel eines Bandes seiner Biographie von Trotzki, *Der unbewaffnete Prophet*, eine implizite Anspielung auf Machiavelli, in dem er behauptete, dass „alle bewaffneten Propheten [...] den Sieg davongetragen [haben], die unbewaffneten aber [...] zugrunde gegangen“ sind. In Bezug auf *Der Fürst* scheint diese Einschätzung kohärent mit seinen Erwartungen, die Erneuerung der Revolution würde von einem Flügel der Bürokratie kommen, denn die Kernaussage von Machiavelli bestand darin, zu behaupten, dass „zu dem Obengenannten [...] noch der Wankelmut des Volkes [kommt], welches sich leicht etwas einreden lässt, aber schwer dabei festzuhalten ist. Darum muss der Plan so angelegt sein, dass man, wenn der Glaube der Menge versagt, mit Gewalt nachhelfen kann.“³¹ Jedoch wusste Trotzki, der sich angesichts des Aufstiegs von Stalin geweigert hatte, die Macht mit den Bajonetten der Roten Armee zu ergreifen, ganz genau, dass der Sozialismus ein bewusster Prozess war, der nicht durch das Handeln eines Bonapartes ersetzt werden konnte. Damit waren die marxistische Theorie, das Programm und die revolutionäre Organisation die einzigen Werkzeuge, von denen das Proletariat in Bezug auf seine Aufgaben Gebrauch machen konnte.

Die IV. Internationale hat es trotz des großen revolutionären Aufstieges der Nachkriegszeit nicht geschafft, das Massengewicht zu erlangen, das Trotzki voraussah. Die Morde an Trotzki und den wichtigsten AnführerInnen der IV. Internationale und der widersprüchliche Ausgang des Krieges (gekennzeichnet durch die Niederlage der Nazis durch die UdSSR, was die Bürokratie wieder an Prestige gewinnen ließ, die Blockade der Revolution in den zentralen Ländern als Produkt der Pakte des Stalinismus mit dem Imperialismus usw.) haben verhindert, dass diese Perspektive konkret werden konnte.

Jedoch muss die Leitung einer Partei, wie Gramsci behauptete, beurteilt werden: „1. nach dem, was sie wirklich tut; 2. nach dem, was sie für den hypothetischen Fall ihrer Zerstörung vorbereitet“. Dem fügte er hinzu: „Es ist schwer zu sagen, welche der beiden Tatsachen wichtiger ist.“³² Wenn wir das berücksichtigen, sind seit der Nachkriegszeit bis zum heutigen Tag, also

30. Deutscher, Isaac: „Trotzki. Band 3. Der verstoßene Prophet. 1929-1940“. Stuttgart 1963. S. 389.

31. Machiavelli, Niccolò: „Der Fürst“. Frankfurt/Main 1990.

32. Gramsci, A.: „Gefängnishefte“. Band 7. Hamburg, Berlin 1994. S. 1697.



Streikende ArbeiterInnen in Polen im Jahr 1981

nach der Restauration, das Erbe der IV. Internationale und die theoretisch-politischen Arbeiten von Trotzki zweifellos das große Erbe der RevolutionärInnen des 21. Jahrhunderts.

Daniel Bensaïd räumte dies widerwillig ein: „Sein Erbe ohne Gebrauchsanleitung ist ohne Zweifel unzureichend, aber deshalb nicht weniger notwendig, um das Amalgam von Stalinismus und Kommunismus aufzulösen, die Lebenden von dem Gewicht der Toten zu befreien und die Seite der Desillusionierungen umzuschlagen.“³³ Wenn wir mit „Erbe ohne Gebrauchsanleitung“ die notwendige Wiederbelebung eines Erbes seitens derer verstehen, die es sich unter neuen Bedingungen aneignen, muss das nicht diskutiert werden. In den sogenannten *Schriften* Trotzki kann man aber sehr wohl die Entwicklung der Politik verfolgen: wie man als Fraktionen innerhalb der Kommunistischen Internationale und ihrer Parteien bis 1933 kämpfte, die Taktiken gegenüber dem „Block der Vier“, der Entrismus in den sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien („französische Wende“) in mehreren Ländern (mit dem Ziel, mit revolutionären ArbeiterInnen zusammenzukommen, die sich in einem bewegten Jahrzehnt radikalisierten und sich in Frankreich der PS anschlossen, z.B. bei der Pivert-Tendenz), und die Kämpfe für unabhängige revolutionäre Organisationen und die IV. Internationale selbst (für deren Gründungskonferenz das Übergangsprogramm geschrieben worden war). Wenn wir all dem Rechnung tragen, dann müssen wir angesichts der Niederlagenserie der trotzkistischen Strömungen nach dem Zweiten Weltkrieg richtiger behaupten, dass das Erbe Trotzki weniger „ein Erbe ohne Gebrauchsanleitung“ als ein Erbe mit sehr wenigem Gebrauch war.

Der Trotzkismus in der Nachkriegszeit und ein Erbe mit sehr wenigem Gebrauch

Wie wir bereits erwähnt haben, behauptete Trotzki, dass die IV. Internationale „[z]um hundertsten Jahrestag des kommunistischen Manifestes [...] die bestimmende revolutionäre Kraft auf unserem Planeten sein [wird]“³⁴, obwohl sie nur auf eine Handvoll abgehärteter Kader und Mitglieder zählen konnte. Jedoch beinhaltete Trotzki Vorhersage zwei Alternativen: „Wenn das bürgerliche Regime straffrei aus dem Krieg hervorgeht, wird die

revolutionäre Partei eine Degeneration erfahren. Wenn die proletarische Revolution siegt, werden die Bedingungen, die eine Degeneration hervorrufen, verschwinden.“³⁵

Im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges hat sich keine dieser zwei Varianten in reiner Form ergeben: Weder ist der Imperialismus straffrei davon gekommen, da die Bourgeoisie nach der Nachkriegszeit auf einem Drittel des Planeten enteignet wurde, noch hat die Machteroberung durch das Proletariat dazu geführt, dass die Degenerationsbedingungen verschwanden. Die Niederlage des Nazismus durch die Rote Armee ließ den Stalinismus wieder an Prestige gewinnen, auf welches er sich dann stützte, um die Revolution in der Nachkriegszeit (Abkommen von Jalta und Potsdam) zu bremsen. Der Stalinismus hatte Erfolg in den zentralen Ländern, wo er es schaffte, die Revolution in Frankreich, Italien und Griechenland zu verraten; aber er hat es nicht geschafft, sie in den Kolonien und Halbkolonien zurückzuhalten.

In den Prozessen, in denen die Revolution triumphiert hat, hat sich schließlich die Hypothese ergeben, die Trotzki für unwahrscheinlich hielt, nämlich, dass „kleinbürgerliche Parteien – die Stalinisten eingeschlossen – unter außerordentlichen Umständen (Krieg, Niederlage, Finanzkrach, revolutionäre

Das Erbe Trotzki war weniger „ein Erbe ohne Gebrauchsanleitung“ als ein Erbe mit sehr wenigem Gebrauch.

Offensive der Massen usw.) auf dem Weg des Bruchs mit der Bourgeoisie weiter gehen können, als ihnen selbst lieb ist.“³⁶ Und tatsächlich war dies bei der Enteignung der Bourgeoisie (China, Jugoslawien, Nordvietnam, und jenseits der unmittelbaren Nachkriegszeit Kuba), die größtenteils Selbstverteidigungsmaßnahmen waren, der Fall: Mao gegenüber Chang Kai Shek, Tito gegenüber Mijailovic, Ho Chi Minh und General Giap

35. Trotzki, Leo: „Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution.“ New York 1940.

36. Trotzki, Leo: „Das Übergangsprogramm“. 1938.

33. Bensaïd, Daniel: „Was ist Trotzkismus?“. S. 104.

34. Trotzki, Leo: „Neunzig Jahre Kommunistisches Manifest“. 1937.

gegenüber den Franzosen. Ihrerseits ereigneten sich in den Staaten von Osteuropa Prozesse, die wir als „passive proletarische Revolutionen“³⁷ bezeichnen, wo über die von der Roten Armee ausgeübte Kontrolle die Enteignung der Bourgeoisie (ebenfalls als „Selbstverteidigungsmaßnahme“) voranschritt, und eine „Pufferzone“ errichtet wurde. Diese neuen ArbeiterInnenstaaten entstanden als von Beginn an bürokratisch deformierte Staaten, und weit davon entfernt, den proletarischen Internationalismus voranzutreiben, führten sie zur Entstehung von „nationalen Stalinismen“, die sich gegenüberstanden (Streit zwischen China und der UdSSR, der Konflikt zwischen China und Vietnam, nationale Unterdrückung in den Staaten Osteuropas durch die UdSSR usw.).

Inzwischen war die IV. Internationale dezimiert worden, denn seine wichtigsten AnführerInnen, angefangen bei Trotzki, waren entweder durch den Stalinismus oder die Nazis ermordet worden. Unter diesen Bedingungen sah sich das, was vom Trotzismus übrig geblieben war, großem Druck ausgesetzt, der zur zentristischen Degeneration führte: Einerseits die Stärkung des Stalinismus als Resultat des Ausgangs des Kriegs und die Vermehrung der „nationalen Stalinismen“ in den neuen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten, was die Illusion nährte, es handle sich um einen Kampf zwischen „Lagern“ und nicht zwischen Klassen; Andererseits die Stärkung der reformistischen Tendenzen in den zentralen Ländern auf der neuen Grundlage der „partiellen Entwicklung der Produktivkräfte“, bekannt als Boom der Nachkriegszeit, als Ergebnis der vorherigen enormen Vernichtung von Produktivkräften. Und schließlich das Aufblühen von „Dritte-Welt-Bewegungen“ in den Kolonien und Halbkolonien, die die revolutionäre Rolle des Proletariats in den zentralen Ländern verneinten.

Er war nicht gesagt, dass die TrotzistInnen diesem Druck nicht hätten standhalten können, indem sie die strategischen Grundlagen von Trotzki's Erbe in Bezug auf die neuen Bedingungen der Nachkriegszeit wieder aktualisiert, und von dort aus revolutionäre Flügel in der ArbeiterInnenbewegung aufgebaut hätten. Jedoch haben sie sich dem Druck schlussendlich angepasst.

Nach den Brüchen am Ende der 1940er Jahre (Rousset, Shachtman, C.L.R. James, Dunayevskaya, Castoriadis, Tony Cliff, u.a.) blieb die Mehrheit in den Händen von Mandel und Pablo. Letzterer veröffentlichte 1951 das Dokument „Wohin gehen wir?“, in dem er gegen eine der zentralen Definitionen von Trotzki (nämlich die des instabilen Charakters der sozialen Übergangsformationen, die aus der proletarischen Revolution her-

Er war nicht gesagt, dass die TrotzistInnen diesem Druck nicht hätten standhalten können.

vorgehen und ihre zusätzliche Unbeständigkeit aufgrund der Herrschaft der bonapartistischen Bürokratie) mit der Behauptung vorgeht, dass die Übergangsperiode „sich wahrscheinlich über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten erstrecken“ wird. Darauf aufgebaut – und eng damit verbunden – ist seine Vision der Teilung Welt in zwei Lager (kapitalistisch und stalinistisch) sowie des unmittelbaren Bevorstehens eines neuen

Weltkriegs als Grundlage für einen allgemeinen „Entrismus“ in den Massenparteien (sozialdemokratischen, stalinistischen und sogar in den bürgerlich-nationalistischen Parteien der Halbkolonien wie z.B. die bolivianische MNR). Die Begründung konnte nicht entfernt sein zu Trotzki: Pablo behauptete, „der Versuch, die bürokratische Führung der Massen von außen zu ersetzen, indem wir ihr unsere eigenen unabhängigen Sektionen entgegenseetzen, läuft unter diesen Bedingungen Gefahr, uns von diesen Massen zu isolieren.“

Andererseits widersetzte sich das Internationale Komitee (IK), gebildet von der amerikanischen Socialist Workers Party, der Socialist Labour League (SLL), der Organisation Communiste Internationaliste (OCI) in Frankreich und der Strömung von Nahuel Moreno, korrekterweise dem politischen Liquidationismus des Internationalen Sekretariats. Moreno kritisierte seinerseits die Politik der „kritischen Unterstützung“ der Regierung von Paz Estenssoro in Bolivien. Jedoch waren auch diese Sektoren nicht in der Lage, eine strategische Alternative aufzuzeigen. 1952 schlug Moreno selbst als eine „programmatische Aufrüstung“ die Antiimperialistische Einheitsfront vor, und später würde er seine Anpassung mit seiner Politik des „Entrismus in den Peronismus“ vertiefen.

Sicher ist, dass sich die IV. Internationale nach der Periode 1951-1953 in eine zentristische Bewegung verwandelte, in der der gemeinsame Nenner seiner Hauptströmungen der Verlust einer strategischen Ausrichtung auf unabhängige revolutionäre Parteien war. Sie passte sich eklektisch jeder Führung an, die sich in der Massenbewegung stärken konnte, wie die Anpassung an Tito, Mao, Castro usw., zeigte, womit sie auch die Kontinuität des revolutionären Marxismus brach. In diesem Rahmen haben wir, angesichts der teilweisen korrekten Widerstände gegenüber offenem Verrat (wie der oben genannten Beispiele vom IK) und vor dem Hintergrund der gebrochenen revolutionären Kontinuität, behauptet, dass „Fäden der Kontinuität“ geblieben sind, die Stützen für den Wiederaufbau der trotzistischen Strategie darstellen.

Trotzki erklärte in Bezug auf die Entwicklung des Proletariats nach der Kommune von Paris: „Nun brachte die folgende lange Periode des kapitalistischen Aufschwungs allerdings nicht die Erziehung einer revolutionären Avantgarde, sondern im Gegenteil die bürgerliche Entartung der Arbeiterbürokratie, die ihrerseits das Haupthindernis der proletarischen Revolution wurde.“³⁸ Um Trotzki zu umschreiben könnten wir in Bezug auf den Trotzismus der Nachkriegszeit sagen, dass das reformistische Vorrücken der ArbeiterInnenklasse in den zentralen Länder – zusammen mit der Entwicklung des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus in den Kolonien und Halbkolonien, und vor allem mit der Aufeinanderfolge von siegreichen Revolutionen unter kleinbürgerlichen oder stalinistischen Führungen, die unter außerordentlichen Umständen zur Enteignung der Bourgeoisie übergingen – die Vorstellung geschaffen hat, der Sozialismus würde durch diese Führungen sowie durch Revolutionen, die von ihrer Geburt an zu deformierten ArbeiterInnenstaaten führten, voranschreiten. Es entstand also ein strategischer Rahmen, der behauptete, der Sozialismus breite sich durch „irgendwelche Revolutionen“ mit „irgendwelchen Führungen“ aus.

Dies steht jedoch im Gegensatz zu Trotzki's Ideen, der 1940 als den größten Erfolg der IV. Internationale ansah, „gegen den Strom zu schwimmen“, nachdem er den strategischen Rahmen des revolutionären Marxismus im Hinblick auf den Zweiten Weltkrieg im Kontext der Bürokratisierung der UdSSR, der Degeneration der III. Internationale, des Aufstiegs des Faschismus usw. neu definiert hatte. Jenseits irgendwelcher Teleologie hätte Trotzki die Behauptung von Walter Benjamin unterschrieben, der davon ausging, dass „[e]s [nichts] gibt, was die deutsche

37. Siehe Albamonte, Emilio / Romano, Manolo: „Trosky y Gramsci. Convergencias y divergencias“, In: Estrategia Internacional n° 19, Buenos Aires 2003.

38. Trotzki, Leo: Op. cit.

Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom.“³⁹ Etwas Analoges könnten wir vom Trotzismus der Nachkriegszeit behaupten: Es gibt nichts, was ihn in dem Grade zu seiner zentristischen Degeneration geführt hat wie die Meinung, er schwämme mit dem Strom; die Meinung, dass, während die „Landkarte sich rot färbte“, der internationale Sozialismus voranschritt.

Der Aufstieg 1968-81 und die Kosten der Anpassungsjahre

Am Ende der 60er Jahre, mit dem Ende des kapitalistischen Booms und dem Aufstieg der Klassenkämpfe der Jahre 1968-81, eröffnete sich die Perspektive wieder, dass sich mit dem Kampf des Proletariats im Westen gegen die imperialistischen Regierungen, im Osten gegen die stalinistische Bürokratie und in den Halbkolonien gegen die proimperialistischen Bourgeoisien, die Tendenzen zu Konfrontationen mit den Säulen der Jalta-Ordnung verstärken könnten. Infolgedessen tauchen wieder Tendenzen zur Klassenunabhängigkeit auf, die sich in den „cordones industriales“ (Industriegürtel) in Chile, der Asamblea Popular (Volksversammlung) in Bolivien, den MieterInnenausschüssen und Soldatenräten während der portugiesischen Revolution usw. ausdrückten. Jedoch wurde die Jalta-Ordnung und die Führungen, die sie stützten, obwohl geschwächt, nicht besiegt.

In seinem Buch *Über den westlichen Marxismus* bemerkte Perry Anderson, dass der Zusammenfluss des revolutionären Aufstiegs, der mit dem französischen Mai begann, und der ersten kapitalistischen Krise seit dem Zweiten Weltkrieg eine Möglichkeit darstellte, die Einheit zwischen der marxistischen Theorie und der Praxis der Massen mittels der Kämpfe der industriellen ArbeiterInnenklasse wieder herzustellen. Angesichts dieser Möglichkeit hob Anderson die Existenz des Trotzismus als alternative Tradition innerhalb des Marxismus hervor: „Aber ›hinter der Bühne‹ überlebte und entwickelte sich eine weitere, völlig anders geartete Tradition, die zum ersten Mal während und nach der französischen Explosion größere Aufmerksamkeit auf sich zog. Gemeint ist natürlich die Theorie und das Erbe Trotzis.“⁴⁰

Jedoch nutzten die verschiedenen trotzkistischen Strömungen die Jahre vor dem Aufstieg nicht aus, um sich dieses Vermächtnis wieder anzueignen, um den strategischen Rahmen zu definieren und revolutionäre Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung aufzubauen. Die Vereinigung von 1963 zur Zeit der kubanischen Revolution fand ohne jede ernste Bilanz der vorherigen Differenzen und der Handlungen der einzelnen Strömungen statt. In Bezug auf Lateinamerika beschloss der Neunte Kongress (1969) eine Politik des bewaffneten Kampfs als Strategie („Resolution über Lateinamerika“ von Livio Maitan). Auf der anderen Seite beschleunigten diejenigen, die nicht Teil der Vereinigung wurden, ihre Degeneration, wie das Beispiel des Lambertismus zeigt, der es ablehnte, an der „Nacht der Barrikaden“ während des französischen Mails von 1968 teilzunehmen; oder die Strömung von Healy, der in England die größte Demonstration gegen den Vietnamkrieg im Oktober 1968 verurteilte.

Obwohl sich die Kräfte der verschiedenen trotzkistischen Strömungen am Anfang des Aufstiegs größtenteils in den Stalinismus und die Sozialdemokratie aufgelöst hatten, stärkten die Tendenzen zur Klassenunabhängigkeit, die sich in den Konfrontationen mit den offiziellen Führungen der ArbeiterInnenbewegung manifestierten, die zentristischen Strömungen des Trotzismus, die in mehreren Fällen in Strömungen von mehreren

tausend KämpferInnen wurden (wie z.B. die Ligue Communiste in Frankreich, die nordamerikanische SWP oder in Argentinien die Entwicklung der PST in den 70er Jahren).

Im Jahr 1974 gab es mit der portugiesischen Revolution einen revolutionären Prozess mit klassischen Zügen in einem

Der portugiesische Prozess war auch ein Laboratorium für den Imperialismus, der die Politik der „Übergänge“ antrieb.

zentralem Land, der in direkter Beziehung zu den Folgen der revolutionären Prozesse in den Kolonien Angola und Mosambik stand, und der Tendenzen zur Doppelmacht in Form von MieterInnen- und Soldatenkomitees entwickelte. Die Strömungen, die Teil des Vereinigten Sekretariats waren (aus der Vereinigung von 1963 hervorgegangen), waren – obwohl wir sagen können, dass sie allgemein Losungen aufstellten, die die Notwendigkeit propagierten, Komitees zu entwickeln und gegen die Unterordnung zu kämpfen, die die KP und die PS der Massenbewegung gegen die MFA (Bewegung der Streitkräfte) auferlegen wollte – äußerst schwach und somit außer Stande, den Prozess zu beeinflussen. Jedoch ist das Wichtigste dabei, dass die strategischen Lehren aus diesem Prozess nicht auf die Ebene der Ausrichtung der einzelnen nationalen Sektionen übertragen wurden.

Das war umso wichtiger, wenn wir berücksichtigen, dass der portugiesische Prozess auch ein Laboratorium für den Imperialismus war, der, geschwächt durch die Niederlage in Vietnam, die Politik der „Übergänge zur Demokratie“ antrieb, um die revolutionären Prozesse zu bremsen. Diese Taktik, die in Spanien und Griechenland fortgesetzt wurde, hatte am Anfang einen defensiven Charakter, wurde aber ab Anfang der 80er Jahre offensiv angewandt, was sie zu einem wichtigen Bestandteil der „bürgerlichen Restauration“ machte⁴¹.

Zwischen den Jahren 1978 und 1981 wurde der revolutionäre Zyklus wiedereröffnet, nachdem der erste Zyklus in den zentralen Ländern umgelenkt und in Südamerika mit aller Gewalt zerquetscht worden war. Die Niederlage in diesem zweiten Zyklus erfolgte, ohne die Frage der Kontinuität gelöst zu haben. So stellte dies den Anfang des kapitalistischen Restaurationsprozesses dar, der mit der Niederlage der polnischen Revolution mit einem großen Hebel ausgestattet war.

Die letzte große Gelegenheit, den Restaurationsprozess zu bremsen, wurde in Polen verpasst

In einem vorherigen Artikel fragten wir uns: „War, wie Anderson meint, der ‚klassische Prozess‘ der Revolution 74-75 in Portugal, einem schwachen Glied der Kette der imperialistischen Länder, die den antikolonialen Aufstand in Angola und Mosambik (angesteckt vom Kampf des vietnamesischen Volkes) mit einer Rebellion der ArbeiterInnen und des Volkes gegen die Diktatur Salazars verband, die letzte große Möglichkeit für den Trotzismus, seine strategischen Grundlagen wiederherzustellen? Oder bot die Geschichte eine weitere große Möglichkeit mit dem letzten großen Versuch einer „politischen Revolution“ in Polen 1980, der der IV. Internationale ermöglicht hätte, als große Kraft in Erscheinung zu treten und den Prozessen von 89-91 in Ost-

39. Walter Benjamin: „Über den Begriff der Geschichte“. <http://www.mxks.de/files/phil/Benjamin.GeschichtsThesen.html#top>.

40. Anderson, Perry: „Über den westlichen Marxismus“. Frankfurt/Main 1978. S. 140.

41. Lif, Laura / Chingo, Juan: Op. Cit.

europa, der UdSSR und China vorzugreifen?“⁴²

Wir sind uns sicher, dass die letzte Gelegenheit, den Restaurationsprozess zu bremsen, in Polen verpasst wurde. Die kapitalistische Restauration ist weit davon entfernt, ein Prozess, der vom Himmel gefallen ist, oder ein einfaches Produkt der Mobilisierungen des Jahres 1989 zu sein. Er wurde von einer Reihe von niedergeschlagenen Aufständen gegen die Bürokratie und politische Revolutionen vorbereitet, die mehrere Momente einschließen. Dazu zählen die Ereignisse in der DDR 1953 und die Ungarische Revolution von 1956⁴³, der Prager Frühling im Jahr 1968, und die zweifellos zentrale Rolle der 1956 geschlagenen Revolution in Polen, sowie die Kampfprozesse der Jahre 1970 und die letzte große politische Revolution, die mit dem Ausbruch der Streikwelle im Jahr 1980 begann. Diese hatte die Gdansk-Werften als symbolisches Zentrum und führte zum Entstehen der Gewerkschaft *Solidarność*, die bis zu 10 Millionen Mitglieder zählte. Im Laufe dieses Prozesses entwickelten sich wichtige Elemente von direkter Demokratie; jedoch war der Einfluss der katholischen Kirche groß und sie trieb die prokapitalistischen Flügel innerhalb der Bewegung an.

Zweifellos war eines der wichtigsten Merkmale von Trotzki's Erbe das Programm der politischen Revolution: ein Typ von Revolution, den er voraussah, aber nie zu erleben vermochte. Dieses Programm, das im *Übergangsprogramm* Gestalt annimmt, war das Einzige, was eine Antwort auf die sich 1980 in Polen eröffnende Situation geben konnte. Nur dieses Programm stellte die Notwendigkeit auf, die Macht der Bürokratie und ihre Privilegien in Frage zu stellen, sowie eine Räte-demokratie zu errichten, welche die Organisationsfreiheit von Gewerkschaften und sowjetischen Parteien (bzw. Parteien, die die sozialen Errungenschaften verteidigen). Nur dieses Programm vermochte diese demokratischen Forderungen mit jenen Forderungen nach vollständiger Revision des Plans im Interesse der ProduzentInnen und KonsumentInnen oder nach größter Lohn-gleichheit in allen Arbeitstätigkeiten usw. zu verbinden. Diese Forderungen zielten darauf ab, die strukturellen Errungenschaften der bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten zu schützen. Dies war ein wesentliches Element, um die Fahnen der RevolutionärInnen nicht mit denen ihrer WidersacherInnen, der RestaurationistInnen, zu verwechseln.

Jedoch war keine der Hauptströmungen des Trotzki'smus fähig, die Einheit des Programms zu erhalten. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand die Beantwortung der Frage, wie die Bürokratie gestürzt werden sollte. Die möglichen Losungen gingen von der Forderung nach „aller Macht für *Solidarność*“ und

Zweifellos war eines der wichtigsten Merkmale von Trotzki's Erbe das Programm der politischen Revolution.

der Bewaffnung der Gewerkschaft, von Nahuel Moreno vertreten, bis zur Forderung, dass die Räte außerhalb von *Solidarność* entstehen sollten, wie von Lambert behauptet; aber keiner von ihnen hat neben diesem demokratischen Programm die Hauptforderung der Notwendigkeit der Revision des Plan zugunsten der ProduzentInnen und KonsumentInnen aufgestellt, sowie all

jene Losungen, die einerseits eine Antwort auf die Forderungen der Massen geben konnten und gleichzeitig die strukturellen Errungenschaften verteidigten, um sich von den restaurationsistischen Strömungen, die *Solidarność* anführten, abgrenzen zu können. Das hat zur Anpassung an die restaurationsistischen Strömungen geführt, die als Teil eines antibürokratischen Blocks angesehen wurden. Das Vereinigte Sekretariat, im Unterschied zu anderen Strömungen, unterstützte eine Politik der Selbstverwaltung für die verstaatlichten Unternehmen, die aber losgelöst von der Verteidigung des Plans und des Außenhandelsmonopols in keinem Widerspruch zu einem kapitalistischen Restaurationskurs stand. Wie Stutje behauptet, war Walesa für Mandel irgendetwas, aber kein Trotzki'st; jedoch wurde er damals als Teil des antibürokratischen Blocks angesehen: „Was interessiert er [Walesa] uns, wenn Millionen von ArbeiterInnen in der Bewegung sind; so müssen wir uns nicht mit der Suche nach kleinen, reinen Gruppen beschäftigen, sondern wir müssen einfach die revolutionäre Gesamtdynamik unterstützen.“⁴⁴

Auf diese Weise wurde das Erbe des Programms für die politische Revolution in einem allgemeinen Antistalinismus aufgelöst, der mit der Führung der Bewegung zusammenkommen konnte, während diese ihrerseits die Bedingungen vorbereitete, um die kapitalistische Restauration zu verhandeln. So waren sie nicht in der Lage, eine unabhängige Politik aufzustellen (abgesehen davon, dass ihre Interventionsmöglichkeiten, sowohl in der Vorbereitung als auch organisatorisch, äußerst beschränkt waren). Die Lehren aus diesem strategischen Abdriften wurden auch nicht zu einem späteren Zeitpunkt gezogen.

Die Tatsache, dass keine Alternativen aufgestellt und anschließend die Gründe der Niederlage nicht verstanden wurden, hatte weitreichende Folgen jenseits von Polen. Denn dies war eine vollständige Entwaffnung gegenüber dem entstehenden Restaurationsprozess, während sich die Bürokratie der UdSSR schließlich von der Notwendigkeit überzeugte, den Prozess der kapitalistischen Restauration zu beschleunigen.

So ging – wegen des Unverständnisses seitens des trotzkistischen Zentrismus – mit der Polnischen Revolution der strategische Rahmen von „irgendwelchen Revolutionen“ mit „irgendwelchen Führungen“, der fern vom Erbe Trotzki's und mit katastrophalen Ergebnissen nach dem Zweiten Weltkrieg aufgestellt worden war, definitiv zugrunde.

Der Nullpunkt der trotzkistischen Strategie

Die Folgen des strategischen Abdriftens nach der polnischen Erfahrung ließen nicht auf sich warten. Mandel bekräftigte zunehmend seine Anpassung an die Bürokratie, zuerst indem er Hoffnungen in Gorbatschow legte und die Glasnost unterstützte, später in Jelzin. Die amerikanische SWP, unter der Führung von Barnes, verließ im Jahr 1983 direkt den Trotzki'smus. In seinem Dokument *Their Trotsky and Ours* („Ihr Trotzki und Unser“) bezeichnete er die Thesen der permanenten Revolution als ein Hindernis zur Anknüpfung an die Traditionen von Marx und Lenin, womit er die politische Revolution als einen Teil des Programms auslöschte und die Formel der „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ wieder aufleben ließ. Lambert seinerseits rief zur Stimmabgabe für Mitterrand in Frankreich auf und entwickelte „die Linie der Demokratie“, womit er seine Anpassung an das Regime der Fünften Republik besiegelte. Später löste er seine Organisation in einer syndikalistischen Ausrichtung zuerst in der „Bewegung für eine ArbeiterInnenpartei“ und dann in einer selbsternannten ArbeiterInnenpartei auf. Was Moreno angeht, der um 1977 die Politik des Imperialismus in Portugal als eine „demokratische Konterrevolution“

42. Albamonte, Emilio / Romano, Manolo: „Trotzki und Gramsci: Ein post-humer Dialog“. In: Internationale Strategie Nr. 1. 2003.

43. Siehe Fryer, Peter / Broué, Pierre / Nagy, Balász: „Hungria del 56. Revoluciones obreras contra el estalinismo“. Buenos Aires 2006.

44. Stutje, Jan Willem: „Ernest Mandel: A Rebel's Dream Deferred“. London 2009.



analysierte, änderte er später die Bezeichnung für diese Prozesse, um von „demokratischen Revolutionen“ zu sprechen, und revidierte so die Theorie der permanenten Revolution.

So befanden sich diese Strömungen während des Falls der Berliner Mauer und der pro-kapitalistischen Prozesse mit einem „demokratischen“ Programm von 1989 bis 1991 in einem offenen Abdriften nach rechts. Sie waren dabei, das Erbe Trotzki zu überholen und schwammen mit jenem Strom, der – trotz der Erwartungen in Gorbatschow, in Jelzin, in den Castrismus, in die „demokratischen Revolutionen“, in die PS usw. – unvermeidlich in die Restauration mündete.

Wenn man, wie Bensaïd in Bezug auf linksgerichtete Intellektuelle sagte, mit Foucault und Deleuze zu dem „Nullpunkt der Strategie“⁴⁵ kommt, ist man in Bezug auf den revolutionären Marxismus und als unmittelbares Ergebnis der Wende der Weltlage, der kapitalistischen Restauration und des strategischen Abdriftens der zentristischen Strömungen, am „Nullpunkt“ der trotzkistischen Strategie angekommen. In diesem Rahmen und angesichts des erneuten Sprungs in der Entartung der LIT und in Mitten der damaligen reaktionären Ebbe, begann ein Kern dessen, was heute die FT-CI ist, seine ersten Schritte als ein kleiner prinzipienfester Pol der trotzkistischen Bewegung zu machen.

Was vom Morenismus übrig blieb, vertiefte – statt eine gründliche Überprüfung ihrer eigenen Tradition vorzunehmen – gegen alle Beweise der Realität die These der demokratischen Revolution. Auf diese Weise wären die Prozesse von 1989-1991 große Revolutionen, die nicht zur kapitalistischen Restauration führten, da sie bereits vollzogen war (gemäß der neuen Erklärung der LIT⁴⁶), sondern zu den größten Siegen der internationalen ArbeiterInnenklasse zählten. Das größte Problem des Trotzkiismus (und allen vernünftigen MarxistInnen) wäre dann, eine tiefe Niederlage gesehen zu haben, wo ein Sieg errungen wurde. Dies führe zur der Unfähigkeit, für die fast ununterbrochene Folge von triumphierenden „Februar-Revolutionen“ eine Erklärung zu liefern (die von den Prozessen, die Lateinamerika seit Anfang des 21. Jahrhunderts erlebte, einschließlich des „Argentinazo“, bis zu den „Orangefarbenen Revolutionen“⁴⁷ in Ost-

europa reichen), denen irgendwann „Oktober-Revolutionen“ folgen würden; im Fall der Prozesse zwischen 1989-1991 warten sie nun seit 20 Jahren darauf. Heute drückt sich dies für die LIT auch im Falle Kubas aus, wo sie dieselbe Logik bezüglich jener Prozesse anwenden, wo der Kapitalismus restauriert worden sei. So bestünde die Aufgabe heute darin, die „kapitalistische Diktatur“ zu stürzen.

Am anderen Ende dieser unreflektierten Hartnäckigkeit, und im Gegensatz zu ihr, hat das Vereinigte Sekretariat das Vermächtnis von Trotzki mittels einer „sanftmütigen“ Ausarbeitung endgültig abgeworfen. Diese Reflexion, die von seinen Hauptfiguren nach dem Tod von Mandel aufgegriffen worden ist, fing nicht bei einer kritischen Bilanz der eigenen Strömung an – und darin ähneln sie dem Morenismus –, sondern ging vom Ende der „Hypothese des aufständischen Generalstreiks“ und damit vom Ende des „Zeitalters der Oktoberrevolution“ aus. Ausgehend von den Ausarbeitungen von Mandel über die „Mischdemokratie“, die auf der Revision der Beziehung zwischen Räten und verfassunggebender Versammlung beruht, wäre die „doppelte Vertretung“ die endlich gefundene Formel, um die Gefahren der Bürokratisierung der postkapitalistischen Gesellschaften auszutreiben. Das erlaubte dem Vereinigten Sekretariat, mit einer Verzögerung von

Streikende ArbeiterInnen in Frankreich blockieren eine Raffinerie Ende 2011

In Mitten der damaligen reaktionären Ebbe, begann ein Kern dessen, was heute die FT-CI ist, seine ersten Schritte zu machen.

ein paar Jahrzehnten, dem „Eurokommunismus“ nachzueifern, und so endgültig die Perspektive der Diktatur des Proletariats zugunsten einer „Demokratie bis zum Schluss“, mit der Hilfe der Institutionen des bürgerlich-demokratischen Regimes, aufzubauen.

Im gegensätzlichen Sinn zu diesen „Revisionen“ war es notwendig, an das fortgeschrittenste revolutionäre Denken zu appellieren, um die neuen Bedingungen der Epoche zu verstehen.

Daraufhin wurden weitere Regierungswechsel dieser Art Farbrevolutionen bzw. bunte Revolutionen genannt.

45. Siehe Bensaïd, Daniel: „Elogio de la política profana“. Barcelona 2009.

46. Siehe Hernández, Martín: „El veredicto de la historia“. Sao Paulo 2008.

47. Als Orangefarbene Revolution wird der Mobilisierungsprozess in der Ukraine bezeichnet, der gegen Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 stattfand. Dabei wurde der regierungsnahe Kandidat Viktor Janukowytsch zum Sieger erklärt. Als Folge der Proteste wurde die Stichwahl wiederholt. Bei dieser Wiederholung wurde der USA-Verbündete Viktor Juschtschenko zum Sieger erklärt.

Die „bürgerliche Restauration“ hatte gegen die Vorstellung von „irgendwelchen Revolutionen“ mit „irgendwelchen Führungen“ bewiesen, dass diese nicht Ausdruck einer Entwicklung der Geschichte zugunsten der ArbeiterInnenklasse waren, sondern einer viel komplizierteren Wirklichkeit. Da diese Führungen die Entwicklung der internationalen Revolution blockierten, waren sie auch vollkommen unfähig, eine Vorwärtsausrichtung zum Sozialismus hin zu entwickeln, und auf diese Weise wurden die Bedingungen, wie von Trotzki benannt, für die kapitalistische Restauration vorbereitet.

Der Trotzismus in Zeiten der Restauration

Während der imperialistische Krieg von 1914 den Anfang der Periode von Krisen, Kriegen und Revolutionen markierte, die in ihrer ersten Phase die Jahrzehnte der größten Unruhen im 20. Jahrhundert umfasste, fand das Wiederaufleben des revolutionären Marxismus mit Lenin, Trotzki und der III. Internationale statt; in der zweiten Etappe, die durch die zweite Nachkriegsperiode gekennzeichnet war, die die Jalta-Ordnung gestaltete und die permanente Dynamik der proletarischen revolutionären Prozesse blockierte (in seinem internationalen Aspekt und im Kampf um die Transformation der sozialen Beziehungen innerhalb der ArbeiterInnenstaaten), fand, wie wir bereits gesehen haben, die zentristische Entartung der Organisationen der IV. Internationale statt.

In demselben Sinn bedeutete die dritte Etappe, die durch die „bürgerliche Restauration“ charakterisiert war, einen zweiten Sprung in der Entartung der trotzkistischen Strömungen, eine Art „Sozialdemokratisierung“ (in einigen Fällen behielten sie ihren zentristischen Charakter und in anderen schlugen sie einen offenen liquidationistischen Kurs ein), die durch eine tiefe Anpassung an die verschiedenen Szenarien des bürgerlichen Regimes („normale“ Gewerkschaftsarbeit, Wahlen, „folkloristische“ Demonstrationen, Universitätsleben usw.) gekennzeichnet ist. Sie basiert auf der Distanzierung zum trotzkistischem Vermächtnis (die, wie wir gesehen haben, in den 80er Jahren vorbereitet wurde) sowie auf einer defätistischen Haltung gegenüber der ArbeiterInnenbewegung.

Das „Ende der Geschichte“ wurde eingeläutet durch die Niederlage der Polnischen Revolution und der Widerstandsprozesse gegen die neoliberale Offensive (mit den sinnbildlichen Kämpfen der amerikanischen FluglotsInnen und der englischen BergarbeiterInnen). Darauf folgte die Umleitung der Prozesse

Das „Ende der Geschichte“ wurde eingeläutet durch die Niederlage der Polnischen Revolution.

der Jahre 1989-1991 in Richtung restorationistischer Ziele und der Restauration des Kapitalismus in den ehemaligen bürokratisierten ArbeiterInnenstaaten in Osteuropa, Russland und im Orient. Ab 1995 – dem Jahr, in dem die ArbeiterInnenklasse in Frankreich mit dem Streik des öffentlichen Sektors gegen den Juppé-Plan wieder die Bühne des Klassenkampfes betrat – begann sich dieser Prozess wieder umzukehren. Es folgten 1996 die „ArbeiterInnenkriege“ in Südkorea, der UPS-Streik 1997 in den USA usw. In Lateinamerika betraten die Bauern/Bäuerinnen mit dem ZapatistInnen-Aufstand von 1994 die Bühne und in Ar-

gentinien entwickeln sich die Bewegungen der Arbeitslosen⁴⁸.

Ein zweites Moment begann 1999 mit den Demonstrationen in Seattle: Es entstand die „Antiglobalisierungs“-Bewegung, die das politische Erwachen von Millionen junger Menschen bedeutete. Später, im Jahr 2003, erfuhr diese Bewegung einen neuen Sprung in ihrer Massivität, als sie sich zur Bewegung gegen den imperialistischen Krieg im Irak verwandelte. Zur selben Zeit gingen in Lateinamerika Massensektoren zur direkten Aktion über, bei denen überwiegend Bauern/Bäuerinnen und Mittelschichten involviert waren, um gegen die Regierungen vorzugehen, die die neoliberale Offensive aufgenommen hatten, was zum Sturz von Regierungen in Ecuador, Bolivien, und Argentinien führte.

Dann, in einem dritten Moment, wurde die „Antiglobalisierungs“-Bewegung schließlich durch die „Sozialforen“ in reformistische Projekte gelenkt, die dem Kapitalismus ein „menschliches Antlitz“ geben wollen; im Fall der Prozesse in Lateinamerika wurden diese durch das Aufkommen von verschiedenen Regierungen mit reformistischen Zügen abgelenkt, die zur Entstehung von politischen Phänomenen wie dem Chavismus oder dem Evomoralismus führten.

Andererseits vertiefte sich, da sie die FortführerInnen der neoliberalen Pläne waren, die Krise der „bürgerlichen ArbeiterInnenparteien“ in ihrer Funktion als historische Führungen der ArbeiterInnenbewegung, wie im Fall der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Sozialistischen Partei Frankreichs, der britischen Labour Party, der italienischen und französischen KPen usw., sowie der bürgerlich-nationalistischen Führungen wie im Fall des Peronismus und auch der „bürgerlichen ArbeiterInnenparteien“ neueren Ursprungs wie die brasilianische PT.

Wenn, wie Bensaïd anmerkt, ab dem Ende des 20. und dem Beginn des 21. Jahrhunderts eine „Rückkehr zur strategischen Debatte“ stattfand, bedeutete dies für den trotzkistischen Zentrismus keine Rückkehr zur revolutionären Strategie, sondern eher die Entstehung verschiedener Varianten der Anpassung an die neuen Phänomene, die allesamt den Kompass der Klassenunabhängigkeit verwarfen.

So bildete sich ein liquidationistischer Flügel, angeführt durch die französische LCR und die britische SWP, der sich hinter dem Projekt einreichte, „breite antikapitalistische Parteien“⁴⁹ aufzubauen. Diese Ausrichtung fand seine letzten Ausdrücke in der Gründung des Wahlbündnisses RESPECT in Großbritannien 2004, das sich neben der SWP aus bürgerlichen PolitikerInnen und religiösen Anführern der muslimischen Gemeinde (größtenteils Händler, Kleriker, und sogar Bourgeois) zusammensetzte, und 2009 in der Liquidation der französischen LCR in die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) ohne jede Klassentrennung, nachdem jeder Hinweis auf die Diktatur des Proletariats und Trotzki fallen gelassen wurde. Diese ideologische Ausrichtung drückte sich in Südamerika mit der Gründung des PSOL in Brasilien nach dem Bruch eines linken Sektors der PT, in Venezuela mit den Sektoren, die Teil der PSUV von Chávez wurden, und in Argentinien mit dem erfolglosen Versuch der MST, aus. Diese

48. Auf ideologischem Boden ereignete sich angesichts des postmodernen Sturmwindes ein Linksschwenk unter den Intellektuellen, der sich 1993 in der Veröffentlichung von *Die Gespenster von Karl Marx* von Derrida und *Das Elend der Welt* von Pierre Bourdieu widerspiegelte. Die erste Veröffentlichung, wobei sich Derrida als Nicht-Marxist zu erkennen gibt, erfüllte die Funktion, die Diskussion über Marx wieder zu legitimieren, während die zweite eine detaillierte Forschung der Lebensbedingungen der französischen ArbeiterInnenklasse seitens eines der angesehensten damaligen SoziologInnen enthält.

49. Eine Politik, die sich 1998 auch in der Gründung des Scottish Socialist Party, 1999 Bloco De Esquerda in Portugal, die Socialist Alliance, die Partei der Linken in Schweden, die Rot-Grüne Allianz in Dänemark von Anfang 1990, die Socialist Alliance in Großbritannien ausgedrückt hat. Siehe Cinatti, Claudia: „Welche Partei für welche Strategie?“. http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=1544?lang=de.

Projekte wurden in den meisten Fällen vom expliziten Aufgeben des Trotzismus durch diejenigen, die sie begannen, begleitet.

Das Aufgeben des Klassenstandpunktes zeigte sich in der völligen Anpassung an die neuen bürgerlichen Regierungen in Lateinamerika und besonders an Chávez. Jedoch beeindruckten der Chavismus und der Evomoralismus nicht nur diesen liquidationistischen Flügel, sondern die „Mitte“ der trotzkistischen Bewegung wie die PO in Argentinien oder die LIT selbst. Sie halten das trotzkistische Programm im Allgemeinen aufrecht, lassen aber alte Theorien wiederaufleben, die durch die revolutionäre Bewegung überholt worden sind (wie die Anti-imperialistische Einheitsfront), um nachher diesen Regierungen politische Unterstützung zu geben. Später gingen sie ohne weitere Erklärungen in die Opposition gegen dieselben Regierungen, ohne jedoch in dem einen noch in dem anderen Fall die notwendige Klassenunabhängigkeit zu bewahren.

Zurzeit haben alle Projekte „breiter Parteien“ ihre engen Grenzen gezeigt: Entweder sind sie zusammengebrochen oder sie sind in einer totalen Krise, nicht nur weil sie sich als unfähig erwiesen, eine Alternative angesichts der Krise aufzuzeigen, sondern auch im Hinblick auf ihre eigenen Ziele. RESPECT explodierte; die PSOL, nachdem sie sich wegen der Frage der Kandidaturen getrennt hatte, erwies sich bei den Wahlen von 2010 als ein rückläufiges Wahlphänomen; die NPA zeigte die Grenzen ihrer Wahlausrichtung nicht nur an den Urnen selbst, sondern auch in ihrer armseligen Rolle bei den letzten Ereignissen des Klassenkampfes in Frankreich; die ehemals „Neue Linke“ der argentinischen MST schloss sich letzten Endes dem bürgerlichen Mitte-Links-Projekt von „Pino“ Solanas an.

Dasselbe gilt für den Chavismus und den Evomoralismus, die sich angesichts der Krise in einer gestiegenen Konfrontation mit Sektoren der ArbeiterInnenklasse befinden. Chávez versucht, die Kontrolle und Disziplinierung der ArbeiterInnenbewegung zu vertiefen, wie die Versuche zeigen, das Streikrecht zu beschneiden und die Kämpfe der Avantgarde zu unterdrücken, sowie die passive Einstellung zu Auftragsmorden und zur Zunahme von politischen Morden an ArbeiterInnenführerInnen auf der einen Seite und immer neue bonapartistische Maßnahmen auf der anderen Seite. Auch Evo Morales, der 2010 gegen Lohnerhöhungen für ArbeiterInnen war, fing das Jahr 2011 mit einem Angriff auf die Lebensbedingungen der großen Mehrheiten des Landes an, mit dem Dekret zu einem „Gasolinazo“ (radikale Erhöhung der Benzinpreise), welches er aufgrund der starken Proteste von ArbeiterInnen und den armen Massen zurücknehmen musste.

Eine defätistische Haltung gegenüber der ArbeiterInnenbewegung

Zusammen mit den vorher beschriebenen Phänomenen bedeutete der letzte weltweite Wachstumszyklus eine soziale Stärkung der ArbeiterInnenklasse (Millionen neuer ArbeiterInnen weltweit), was auch auf der Ebene der Kämpfe (meist um konkrete Forderungen um Lohn oder Arbeitsbedingungen) seinen Ausdruck fand.

Die relative Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenbewegung mündete nicht in strategische Neuorientierungen. Der gemeinsame Nenner war die Abkehr von der Perspektive des Aufbaus von revolutionären Flügeln in der ArbeiterInnenbewegung, welche fähig wären, in den Massenorganisationen einen Kampf für ein Übergangsprogramm der Klassenunabhängigkeit, gegen die Bürokratie und gegen die Unterordnung der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung unter verschiedene Flügel der Bourgeoisie zu führen.

Der liquidationistische Flügel des Zentrismus fand seinen Ausdruck in der Abkehr von jeglicher Strategie, die mit der Entwicklung der ArbeiterInnenklasse, ihres Kampfes und ihrer Organisation zusammenhing, und war mehr mit der Ausrechnung des elektoralen Ausdrucks von Mehr-Klassen-Phänomenen be-

schäftigt. Im Falle des „Zentrums“-Flügels des Zentrismus drückte sich dieser entweder in der absoluten Trennung zwischen dem Gewerkschaftlichen und dem Politischen (Lutte Ouvrière) oder in der „Routinisierung“ der verschiedenen Interventionen in der ArbeiterInnenbewegung (PSTU und PO) als Art und Wei-

Zurzeit haben alle Projekte „breiter Parteien“ ihre engen Grenzen gezeigt, auch im Hinblick auf ihre eigenen Ziele.

se der Vermeidung des Kampfes gegen die Bürokratie in den Massenorganisationen aus. Während sich dies im Falle der PSTU in der Umwandlung von CONLUTAS in einen „Kinderspielplatz“ für ihre historische Arbeit in der ArbeiterInnenbewegung ausdrückte, spiegelte sich dies bei der PO im Aufbau ihrer Frontorganisation *Polo Obrero* als Fragment der Arbeitslosenbewegung wider, ohne für eine vereinte Bewegung mit Tendenzfreiheit zu kämpfen, und in ihrer Isolierung bezüglich der Gewerkschaften aufgrund der Theorie des „neuen *Piquetero*-Subjekts“ [also des kämpferischen Arbeitslosen als neuen revolutionären Subjektes, AdÜ.]. Bei der PSTU bedeutete dies die Vertiefung ihres gewerkschaftlichen Routinismus, bei der PO die Anpassung an die Klientelmechanismen der staatlichen Sozialarbeit und den Rückzug aus den Gewerkschaften.

Mit den ersten Krisenfolgen 2009 und 2010 musste die ArbeiterInnenklasse, in ungleicher Art und Weise, die ersten Angriffe des Kapitals zur Abladung der Krise auf ihre Schultern bekämpfen, und damit zeigten sich die Konsequenzen des Defätismus dieser Strömungen in der ArbeiterInnenbewegung für den Klassenkampf.

Frankreich war zweifellos das wichtigste Laboratorium dieser ersten Etappe. Die französische ArbeiterInnenklasse war gemeinsam mit der kämpferischen SchülerInnenbewegung die Protagonistin des großen Mobilisierungsprozesses gegen das Projekt der Rentenreform von Sarkozy. In den acht Tagen von Streiks und Mobilisierungen, als bis zu 3,5 Millionen Menschen in ganz Frankreich auf die Straße gingen, entwickelten sich, trotz der Erschöpfungsstrategie der Gewerkschaftsbürokratie, erneuerbare (unbegrenzte) Streiks in strategischen Sektoren wie den Raffinerien, den Häfen, den Eisenbahnen mit Blockaden der Betriebe, Öllagern, öffentlichen Plätzen etc. und damit auch Tendenzen zur Selbstorganisation, die sich in den *Interprofessionnelles* [Versammlungen von ArbeiterInnen aus verschiedenen Branchen, AdÜ.] ausdrückten.

Zusammengenommen zeigten sich Tendenzen zum Generalstreik. Trotzdem war die „extreme Linke“ Frankreichs nicht auf der Höhe der Zeit. Weder Lutte Ouvrière (LO) noch die Neue Antikapitalistische Partei (NPA) konstituierten sich als Alternative zur Gewerkschaftsbürokratie der CFDT und der CGT, welche den ganzen Konflikt über darauf warteten, dass die Regierung die Tür zu Verhandlungen öffnet, was nie passierte, ohne die Forderung nach dem Rückzug des Gesetzentwurfs aufzustellen, und auf die Erschöpfung der Bewegung setzten. LO hat sich direkt gewei- gert, die Forderung nach einem Generalstreik aufzustellen, wodurch sie sich mit dem Argument, dass die „Kräfteverhältnisse“ dafür nicht ausreichte, den offiziellen Führungen unterordnete. Die offizielle Position der NPA war währenddessen, sich – trotz des Faktes, dass viele ihrer Mitglieder in der ersten Reihe der Blockaden waren – der öffentlichen Kritik an der Bürokratie zu enthalten und dabei sowohl die Forderung nach dem Rückzug des Gesetzes wie auch die Perspektive, Sarkozy rauszuwerfen, und

den Aufruf zum Generalstreik beiseite ließen. Nur das *Kollektiv für eine Revolutionäre Tendenz (CTR)* in der NPA unterstrich die Notwendigkeit, mit dem Generalstreik für den Rückzug der Reform und die Absetzung Sarkozys zu kämpfen, die Organe der Selbstorganisation auszudehnen und sich mit den SchülerInnen und Studierenden gegen die Politik der Erschöpfung und der Spaltung seitens der Bürokratie zu verbinden.

Dennoch sind weder die Tendenz zum Generalstreik noch die konservative Orientierung von LO und der Mehrheit der Leitung der NPA vom Himmel gefallen. In den Kämpfen, die sich in Frankreich 2009 entwickelten (Continental, Molex, Sony, Freescale, Total, Phillips, New Fabris, SNCF, Toyota, Goodyear, Caterpillar) gab es schon die ersten Beispiele. Einerseits sahen wir, wie der Lambertismus, wo er existierte, mit der Bürokratie der FO verschmolz, um die Entwicklung der Kämpfe zu bremsen; Andererseits konnten wir sehen, wie unfähig LO war, eine Alternative zur Schließung von Continental aufzuzeigen. Bei LO kam noch die Intervention beim Generalstreik mit Streikposten in Guadeloupe hinzu, wo sie Teil der Führung des „Kollektivs gegen die Ausbeutung“ (Einheitsfront von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen) waren, ohne eine Alternative zu den bürgerlich-nationalistischen Sektoren der UGTG zu sein und ohne die Tendenzen der Selbstorganisation oder die Infragestellung der französischen Kolonialherrschaft weiterzuentwickeln. Somit erlaubte sie, dass das große Potential der Bewegung mit dem Erreichen einer Lohnerhöhung eingedämmt werden konnte, ohne sich die Aufgabe zu stellen, sie in eine revolutionäre Richtung zu entwickeln⁵⁰.

Gleichzeitig konnten wir sehen, wie die Mehrheit der Leitung der NPA diese Kämpfe übersah, ohne ihnen die geringste Wichtigkeit zu geben, obwohl AktivistInnen ihrer Partei sogar in der Führung der Konflikte (z.B. bei Phillips Dreux) waren. Nicht umsonst wurde der Anführer des linken Flügels dieser Fabrik einer der Gründer des *Kollektivs für eine Revolutionäre Tendenz*, um eine Alternative gegenüber der elektoralistischen Abweichung der Leitungsmehrheit aufzubauen. Wir reden von einer ganzen Serie von Konflikten, in denen die ArbeiterInnen sehr harte Kämpfe führten, während keine dieser Führungen fähig war, auch nur ansatzweise auf der Höhe der Zeit zu sein.

All diese Beispiele zeigen im Bereich des Klassenkampfes nicht nur die Absage dieser Strömungen, jeden einzelnen dieser Konflikte, die von der ArbeiterInnenklasse geführt werden, in große Kämpfe der Klasse zu verwandeln, in irgendeiner Art und Weise die realen Kräfteverhältnisse zu verändern oder, wie Rosa Luxemburg sagte, „Demonstrationsstreiks“ in „Kampfstreiks“ umzuwandeln⁵¹. Sie zeigen auch den Defätismus gegenüber

zeigte die Konsequenzen dieses Defätismus und seine Kraftlosigkeit gegenüber wichtigeren Fällen des Klassenkampfes. Diese Schlussfolgerungen sind fundamental, nicht nur für Europa, sondern auch für die Länder, wo die kapitalistische Krise trotz der Schläge von 2009 noch nicht voll eingeschlagen hat.

Im Falle Brasiliens und der PSTU sahen wir, wie diese sich nicht einmal vornahm, einen ernsten Kampf gegen die Entlassung von 4.270 ArbeiterInnen bei Embraer zu führen, wo sie selbst die Metallgewerkschaft von Sao José dos Campos (der Stadt, wo die genannte Fabrik steht) anführten.

Die PO in Argentinien befindet sich, als Resultat ihres Rückzugs aus den Gewerkschaften, weit weg vom wichtigsten Phänomen der von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängigen Organisierung seit Jahrzehnten, dem sogenannten „*sindicalismo de base*“ (Basisgewerkschaftsbewegung).

Auf der positiven Seite zeigte sich im Konflikt von Kraft-Terrabusi 2009 auf kleiner Skala, wie es die Verbindung zwischen der Vorbereitung eines Avantgarde-Sektors im Innern einer Fabrik und der subjektiven Bereitschaft seitens der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS) erlaubte, einen ArbeiterInnenkonflikt in einen großen Kampf der Klasse umzuwandeln und dadurch die Solidarität mit Sektoren der Studierenden- und der Arbeitslosenbewegung zu erreichen, den ReformistInnen die Einheitsfront aufzuzwingen und sie gleichzeitig mit einem korrekten Kampf zu bekämpfen, und den gemeinsamen Angriff durch einen der wichtigsten multinationalen US-Konzerne, dem argentinischen Staat, der Gewerkschaftsbürokratie und sogar der US-Botschaft zu bekämpfen. Wir glauben, dass es nicht übertrieben ist, zu sagen, dass der Kampf bei Kraft-Terrabusi, der eine große nationale Ausstrahlung hatte, ein wichtiges Element zum Stopp der Entlassungswelle, die es in der Industrie mit der Ausrede der Krise gab, darstellte.

Aber es geht nicht um Sieg oder Niederlage. Die Beispiele, die wir oben benannt haben, sowohl der Fall von Continental wie der Prozess in Guadeloupe, könnten vom Standpunkt der grundlegenden Forderungen der Konflikte als Erfolge oder Teilerfolge katalogisiert werden. Dennoch bedeutete dies im Fall von Continental die Annahme von Entschädigungszahlungen und das Verschwinden der Fabrik, während sich in Guadeloupe eine enorme revolutionäre Energie mit mehr als 100 Tagen Generalstreik entfaltete, nur damit die ArbeiterInnenbewegung etwas so Provisorisches wie eine Lohnerhöhung erringen konnte. Die Frage ist auch, was die Intervention von LO in diesen Konflikten im Hinblick auf die Entwicklung einer revolutionären oder potentiell revolutionären Avantgardesektoren gebracht hat.

Wenn wir uns dem Beispiel von Kraft widmen (und ohne ein weiteres großes Beispiel in diesem Sinne anzuführen, wie es Zanon und die Gewerkschaft der KeramikerInnen von Neuquén war und ist), ist der neue Betriebsrat – der während des Konflikts selbst entstand (und der aus der Gruppierung, die die PTS gemeinsam mit unabhängigen ArbeiterInnen bildet, besteht), nachdem die ArbeiterInnen mit der maoistischen Führung (die den Kampf verriet) ihre Erfahrungen gemacht hatten – gemeinsam mit dem Betriebsrat von PepsiCo, der von derselben Gruppierung geführt wird, der Motor der Neugruppierung der ArbeiterInnenavantgarde der nördlichen Zone von Gran Buenos Aires, der größten ArbeiterInnenkonzentration des Landes.

Aber noch einmal, es handelt sich nicht nur um Erfolge; Die Erfahrung von Kraft wäre unmöglich gewesen, wenn nicht vorher, in Momenten der Stärke der Regierung, emblematische Kämpfe wie in der Textilfirma Mafissa vollständig oder wie bei dem Seifenhersteller Jabón Federal halb niedergeschlagen worden wären. Es waren die Erfahrungen und die Lektionen dieser Konflikte, die es erlaubten, einen Konflikt wie bei Kraft vorzubereiten. Also: Welche revolutionären Lektionen für zukünftige Kämpfe können aus einem nicht geführten Kampf wie bei Embraer gezogen werden? Schließlich können diese Konflikte nicht nur als tatsächliche

Welche revolutionären Lektionen für zukünftige Kämpfe können aus einem nicht geführten Kampf gezogen werden?

der Möglichkeit, die „Heranreifung“ von Avantgarde-Sektoren der ArbeiterInnenbewegung, die in diesen Kämpfen geformt werden, zu beschleunigen. Der Prozess von Streiks und Mobilisierungen von Oktober und November 2010 in Frankreich

50. Siehe Chingo, Juan: „Lecciones político-estratégicas del Otoño Francés 2010. A la luz del legado olvidado de León Trotsky en Francia“, In: Estrategia Internacional Nr 27, Buenos Aires 2011.

51. Luxemburg, Rosa: „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“. <http://marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm>.



„Kriegsschulen“ benutzt werden, als Teil der Vorbereitung für allgemeinere Prozesse wie den von Oktober und November 2010 in Frankreich, und in größerer Skala für den Klassenkrieg selbst. Im Gegenteil brauchen diese selben „Kriegsschulen“ ihre eigene Vorbereitung, damit sie zu solchen werden können, was den Aufbau revolutionärer Fraktionen, die Kämpfe führen können, impliziert. So war es bei Kraft, so war es bei Zanon, und so war es auch 2010 im Kampf der ArbeiterInnen der Eisenbahnlinie Roca in Buenos Aires. Ein Kampf gegen die Leiharbeit und für die Übernahme in die Stammebelegschaft von 2.052 ArbeiterInnen, der in Mitten der politischen Bühne Argentiniens stattfand, als die Gewerkschaftsbürokratie der *Unión Ferroviaria* im Rahmen dieses Kampfs den Aktivisten der PO und der *Federación Universitaria de Buenos Aires*, Mariano Ferreyra, umbrachte und so eine nationale Krise heraufbeschwor, die nur durch den Tod des Ex-Präsidenten Néstor Kirchner aufgehalten wurde. Dieser Kampf war der höchste Punkt in einer Serie von Kämpfen, die seit 2002 bei der Eisenbahn stattfanden. Seit jenem Jahr führt die Gruppierung *Bordó* (PTS und Unabhängige) Kämpfe gegen Outsourcing und Leiharbeit an, zunächst gegen die Entlassungen bei den Subunternehmen *Técnica Industrial* und dann *Poliservicios*, bis 2005 in Einheit mit der Arbeitslosenbewegung die Übernahme in die Stammebelegschaft der ArbeiterInnen von *Catering World* erreicht wurde. So wurde letztendlich die Leiharbeit bei der Eisenbahnlinien Roca abgeschafft und auch Arbeitslose als Vollbeschäftigte integriert. Es gab 38 Gleisbesetzungen und 127 Blockaden von Fahrkartenschaltern als Teil dieses Kampfs, die es erlaubten, sich für die Schlacht vorzubereiten, die letztlich 2010 die Übernahme von 2.052 neuen LeiharbeiterInnen, die nach 2005 eingestellt worden waren, erreichte.

Gegenüber jenen, die die Forderung nach der Übernahme der 2.052 LeiharbeiterInnen als „ultimatistisch“ bezeichnet haben, stellte die Gruppierung *Bordó* sich an den Kopf der Weiterführung des Kampfes für dieses Ziel, was schließlich erreicht wurde, und welches vielleicht einen der wichtigsten Erfolge in einem betrieblichen Konflikt seit dem Sturz der Diktatur darstellt und sich heute in eines der großen Banner der argentinischen ArbeiterInnenavantgarde verwandelt.

Um zu schließen, können wir sagen, dass das Ende des Defätismus gegenüber der ArbeiterInnenbewegung der fundamentale Ausgangspunkt dafür ist, dass der Trotzismus, als Weiterführung des revolutionären Marxismus, das zurückerobern kann, was ihn von jeder anderen Tradition unterscheidet, nämlich die Methode zur Fusion mit der ArbeiterInnenavantgarde für eine revolutionäre Perspektive.

Teil III

Die Grenzen der bürgerlichen Restauration und die neuen Bedingungen für den Wiederaufbau des revolutionären Marxismus

Die Krise, die der Kapitalismus aktuell durchläuft, schafft neue historischen Bedingungen, die die Etappe der „bürgerlichen Restauration“ vor ihre eigenen Grenzen stellt. Obwohl sie eine breite Niederlage für das Weltproletariat darstellte, die der kapitalistischen Herrschaft einen neuen Impuls gab (und man in diesem Sinne von „Restauration“ sprechen kann, in Analogie zur bourbonischen Restauration), führte diese nicht, wie wir zu Beginn deutlich gemacht haben, zur Entstehung eines Kapitalismus à la Adam Smith, sondern zu einer Vertiefung der Widersprüche des Kapitalismus, der einen immer explosiveren Charakter hat. Gleichzeitig hat die ArbeiterInnenklasse, wenn auch bei Bedingungen hoher innerer Fragmentierung, ihre Rei-

Die Restauration führte zu einer Vertiefung der Widersprüche des Kapitalismus, der einen immer explosiveren Charakter hat.

hen auf nie dagewesene Niveaus erweitert.

Heute befinden wir uns gerade vor den ersten Konsequenzen der Krise. Währungskrieg, Reibungen in der G20 darüber, wer die Kosten bezahlt, erneuerte geopolitische Spannungen: Diese Entwicklungen entblößen die imperialistische Diplomatie und den Niedergang der USA als hegemoniale Macht. In Europa finden – zu einem Zeitpunkt, an dem sogar die Existenz des Euros bedroht ist – in Griechenland, Spanien, Portugal usw. eine Reihe deflationärer Attacken statt, wo in zwei Jahren der Krise die Lebensbedingungen der Massen schon begonnen

Streikende ArbeiterInnen von der Kraft-Fabrik in Buenos Aires im Jahr 2009

haben, sich zu verschlechtern, insbesondere der am meisten Ausgebeuteten.

Im Jahr 2010 haben wir die ersten Antworten der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten gesehen. Einerseits begann das explosive Proletariat des Ostens, welches in China fast 200 Millionen neue ArbeiterInnen aufweist, die in den letzten 20 Jahren in die Städte gezogen sind, damit, in den Konflikten in den Betrieben seine Muskeln anzuspannen. Andererseits konfrontierte die mächtige europäische ArbeiterInnenklasse zum ersten Mal die imperialistische Bourgeoisie, die die Krise auf die ArbeiterInnen abladen will.

Das Jahr 2011 begann mit dem Aufstand der Unterdrückten in Nordafrika und dem Mittleren Osten. Die revolutionären Prozesse vermehrten sich. Von Tunesien nach Ägypten, von Ägypten nach Libyen. Dies sind bisher die schlagkräftigsten Antworten der Massen auf die weltweite Krise, die die Struktur der pro-imperialistischen Diktaturen, die die Region beherrschen, zum Erzittern bringt.

Die Krise zeigt einen Kapitalismus, der unfähig wird, selbst die elitären Bedingungen des „neoliberalen Paktes“ im Bezug auf die Mittelschichten und die privilegierten Sektoren der ArbeiterInnenklasse zu garantieren, während er damit droht, die große Mehrheit der ArbeiterInnenklasse und der unterdrückten Massen der Welt noch mehr im Elend versinken zu lassen. Gleichzeitig entblößen die massiven staatlichen Rettungsprogramme für die imperialistischen Kapitale und die Notwendigkeit neuer reaktionärer Attacken immer offener den schwächelnden Charakter der neoliberalen Demokratien, nicht nur in den Halbkolonien, sondern in den imperialistischen Ländern selbst, während die Heuchelei des Imperialismus, Diktaturen jeder Art zur Wahrung seiner Interessen in Afrika und im Mittleren Osten zu unterstützen, offensichtlich wird.

Die Entwicklung dieser Tendenzen zeigt, gemeinsam mit der Verschärfung der geopolitischen Spannungen durch die Krise, die Grenzen des Voranschreitens der imperialistischen Reaktion auf friedlichen Wegen auf, und damit die Voraussetzungen für das Ende der Etappe der „bürgerlichen Restauration“ und die Erneuerung der imperialistischen Epoche der Krisen, Kriege, Revolutionen.

Dies sind die Bedingungen für den Wiederaufbau des revolutionären Marxismus zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Wie wir zu Beginn bemerkten, ist das wichtigste Element zur Heranreifung der Interessen der ArbeiterInnenklasse durch seine gesammelte historische Erfahrung und durch seine Bildung im Prozess des Klassenkampfes bestimmt, und diese Kontinuität

Die Bedingungen für den Wiederaufbau des revolutionären Marxismus zu Beginn dieses Jahrhunderts

kann nur durch seine organisierte Avantgarde aufrechterhalten werden, denn unter den Bedingungen des Kapitalismus kann diese nie das Erbe der gesamten Klasse sein. Diese gesammelte Erfahrung fand seinen höchsten Ausdruck in der III. Internationale, in seinen ersten vier Kongressen vor seiner Degeneration, und fand seine Kontinuität im Erbe Trotzki's und der IV. Internationale. Aber diese Tradition zerbrach nach dem Zweiten Weltkrieg, wobei im Nach-Jalta-Trozkismus schwache „Fäden der Kontinuität“ aufrecht erhalten wurden, wie bei den partiellen korrekten Widerständen gegen die offensten Abweichungen. Diese Abweichungen vertieften sich noch in den 30 Jahren bür-

gerlicher Restauration.

Dieser Bruch der revolutionären Tradition und die jahrzehntelange Abwesenheit von Revolutionen (vielleicht markieren Ägypten, Libyen und der Prozess in der arabischen Welt hier einen Richtungswechsel) führte dazu, dass der Aufbau einer engen Verbindung mit der ArbeiterInnenklasse ohne den Wiederaufbau eines strategischen Rahmens – ausgehend vom Fortgeschrittensten, was die Erfahrung der ArbeiterInnenbewegung und die revolutionäre Theorie hervorgebracht haben, und von einer tiefgründigen Bilanz der vorigen Erfahrung – unweigerlich in der Degeneration endet, denn die ArbeiterInnenklasse kommt aus Jahrzehnten des subjektiven Niedergangs zu den Bedingungen, die die Restauration ihr aufzwang.

Aber, wie der Gründer der bolschewistischen Partei es ausdrückte, „die richtige revolutionäre Theorie [...] [nimmt] nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung endgültige Gestalt [an]“. Aus diesem Grund ist es unmöglich, diesen strategischen Rahmen außerhalb der engen Verbindung mit der ArbeiterInnenklasse neu zu definieren, denn trotz des Faktes, dass die revolutionäre Theorie sich unter Umständen in Bedingungen relativer Isolation entwickeln kann (so wie z.B. Marx in der Bibliothek des Britischen Museums oder Lenin in der Schweiz während des Ersten Weltkriegs), kann der revolutionäre Marxismus nur zu seinen lebendigen und definitiven Formen kommen, wenn er mit dem Kampf und der Organisation der ArbeiterInnenklasse verbunden ist.

Heutzutage befinden wir uns vor dem Anbruch einer neuen historischen Periode. Angesichts der Grenzen der „bürgerlichen Restauration“ erhebt sich ein neuer „Völkerfrühling“, dessen Tiefgründigkeit heute noch nicht bestimmbar ist. 1848 durchzog dieser „Frühling“ ganz Europa und seine Peripherie, von Frankreich, wo sich die ersten klassischen Konflikte des modernen Klassenkampfes entwickelten, bis zur ungarischen Unabhängigkeitsrevolution, mit Auswirkungen in Preußen, Italien, Österreich und sogar Ländern wie Brasilien. Der „Völkerfrühling“ von 1848 besiegelte die Geburt des modernen Proletariats.

In jenen Revolutionen glaubten Marx und Engels, wie es Trotzki in „Neunzig Jahre Kommunistisches Manifest“ beschrieb, die Symptome der historischen Erschöpfung des Kapitalismus als System zu sehen und überschätzten die revolutionäre Reife des Proletariats. Anders war es in der imperialistischen Epoche des Niedergangs des Kapitalismus, in der dieser sich in ein absolut reaktionäres System verwandelte und in der wir sahen, wie die Bourgeoisie auf die massive Zerstörung durch zwei Weltkriege zurückgreifen musste, um ihre Herrschaft angesichts einer beispiellosen Krise während der Epoche der proletarischen Revolutionen, die den Planeten im 20. Jahrhundert durchzogen, zu behaupten.

Heute markiert dieser neue Frühling den Beginn der Wiederaufrechterhaltung der ArbeiterInnenklasse zu den Bedingungen, die Jahrzehnte der bürgerlichen Restauration ihr aufgezwungen haben. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, und es ist nicht das, worauf wir uns vorbereiten müssen. Wir wissen, dass der Triumph des imperialistischen Kapitalismus in Dekadenz nur Barbarei hervorbringen kann. Und was am Wichtigsten ist: Wir befinden uns heute nicht im ersten Kapitel der Geschichte des modernen Proletariats, sondern in seinem neuesten Kapitel nach mehr als 150 Jahren revolutionärer Kämpfe.

Von der Erneuerung dieser Erfahrung und ihrer Umwandlung in materielle Kräfte, mit revolutionären Parteien und dem Wiederaufbau der IV. Internationale, wird die Möglichkeit abhängen, dass neue Entwicklungen des Klassenkampfes, die in die Krise des Kapitalismus eingeschrieben sind, das Kontinuum der Geschichte brechen können. Darauf bereiten wir uns vor.



Revolutionärer Wahlkampf

Der Wahlkampf der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien

von Stefan Schneider

In der radikalen Linken gibt es immer wieder scharfe Diskussionen über den Umgang mit bürgerlichen Wahlen: Sollte man überhaupt teilnehmen? In welcher Situation? Welche Taktik ist dafür angebracht? In den letzten Jahren sind überall in Europa Parteien, Parteienbündnisse oder Wahlfronten entstanden, die ein mehr oder weniger revolutionäres Selbstverständnis mit einer Teilnahme an Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten verbinden wollten, wie beispielsweise das Bündnis RESPECT in Großbritannien oder die Partei NPA in Frankreich (ganz zu schweigen von offen reformistischen Projekten wie Rifondazione Comunista in Italien oder der Linkspartei hierzulande). Gleichzeitig gibt es aus den Reihen eines prinzipienfesten Marxismus, zu dem wir uns hinzuzählen, scharfe Kritik an dieser Art von Projekten, die wesentliche Punkte eines revolutionären Programms über Bord geworfen haben, um zu einem größeren WählerInnenpublikum Zugang zu bekommen, die also letztlich eine Absage an eine revolutionäre Strategie zugunsten elektoralistischer Taktiken tätigen¹. Im deutschen Kontext gibt es solche Bündnisse

1. Zu unserer Kritik an der NPA siehe unsere Broschüre „Frankreich brennt“.

zwar nicht, aber kleine Parteien der radikalen Linken wie die DKP oder die PSG stellen sich wie selbstverständlich bei Wahlen auf, während die autonome Szene Wahlboykott propagiert.

Wir wollen einen Beitrag zur Debatte um das Ob und Wie einer Beteiligung von RevolutionärInnen an Wahlen leisten und beispielhaft aufzeigen, wie eine revolutionäre Wahlkampagne aussehen kann und was man von einem marxistischen Standpunkt aus mit gewonnenen Mandaten in bürgerlichen Parlamenten anfangen kann. In diesem Sinne wollen wir das erfolgreiche Beispiel der Arbeit unserer argentinischen Schwesterorganisation in der Trotzlistischen Fraktion, der Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS), vorstellen, die zusammen mit anderen Kräften des revolutionären Marxismus in Argentinien eine Wahlfront gegründet hat, um bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Oktober 2011 eine revolutionäre anti-kapitalistische Option zu präsentieren, nämlich die Front der Linken und der ArbeiterInnen (FIT).

<http://www.revolution.de.com/broschueren/frankreich/index.html>. Zu unserer Kritik an dieser Art von „breiter antikapitalistischer Partei“ siehe Cinatti, Claudia: „Welche Partei für welche Strategie?“ http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=1544?lang=de.

Wahlkampfveranstaltung der FIT für die Jugend an der Universität von Buenos Aires



Warum nehmen RevolutionärInnen an Wahlen teil?

Der Zweite Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der 1920 stattfand, legte die Grundlage für eine marxistische Einschätzung des Parlamentarismus – im Gegensatz zur parlamentarischen Arbeit der sozialdemokratischen Parteien, die durch die Trennung der parlamentarischen Arbeit vom Kampf der Massen im Wesentlichen einer Strategie von parlamentarischen Reformen zur Transformation des Kapitalismus in den Sozialismus folgten, und dadurch zu Feinden der proletarischen Revolution degenerierten.

Der Kongress unterstrich nachhaltig, dass das bürgerliche Parlament, das in der ersten Periode der kapitalistischen Entwicklung eine gewisse progressive Rolle spielte, in der Epoche des Imperialismus alle fortschrittlichen Merkmale verloren hat, sich in ein Instrument der Täuschung und Gewalt verwandelt hat und daher keine Antwort auf die Bedürfnisse der Massen geben kann. In diesem Sinne ist es die Aufgabe von MarxistInnen weltweit, den Parlamentarismus zu zerschlagen. Dies kann jedoch nur durch den Kampf um die Macht durch das Proletariat geschehen, *„der charakterisiert wird durch die Intensivierung von kleinen und Teilkämpfen zum allgemeinen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ordnung überhaupt. [...] In diesem Massenkampf, der sich zum Bürgerkrieg entwickelt, muss die führende Partei des Proletariats in der Regel alle legalen Stellungen festigen, indem sie sie zu Hilfsstützpunkten ihrer revolutionären Tätigkeit macht und diese Stellungen dem Plan des Hauptfeldzuges, der Kampagne des Massenkampfes, unterordnet.“*¹ Unter bestimmten Umständen kann das bürgerliche Parlament

von den RevolutionärInnen als solcher „Hilfsstützpunkt“ verwendet werden, um von dort aus *„den Massen zu helfen, die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen.“* Die zentrale Aufgabe in diesem Sinne ist die revolutionäre Agitation aus dem Parlament zur Demaskierung der Bourgeoisie vor den ArbeiterInnen, die noch Vertrauen in die bürgerlichen Institutionen haben.

Allerdings machte der Kongress immer wieder deutlich, dass die parlamentarische Arbeit immer *„ganz und gar den Zielen und Aufgaben des Massenkampfes außerhalb des Parlaments untergeordnet sein“* muss. *„Da der Schwerpunkt im außerhalb des Parlaments geführten Kampf um die Staatsmacht liegt, so versteht es sich von selbst, daß die Frage der proletarischen Diktatur und des Massenkampfes dafür mit der besonderen Frage der Ausnutzung des Parlamentarismus nicht gleichzustellen ist.“* Während KommunistInnen das Parlament für revolutionäre Agitation nutzen können, bedeutet dies nicht, dass die parlamentarische Arbeit immer und unter allen Umständen nützlich ist. Wie alle anderen Taktiken, die RevolutionärInnen verwenden, um die Richtigkeit ihres Programms aufzuzeigen, ist auch der Parlamentarismus nur eine **Taktik** und muss als solche den konkreten Umständen des Klassenkampfes angepasst sein:

„Andererseits folgt aus der prinzipiellen Anerkennung der parlamentarischen Tätigkeit durchaus nicht die absolute Anerkennung der Notwendigkeit konkreter Wahlen und konkreter Teilnahme an den Parlamentssitzungen unter allen Umständen. Das ist von einer ganzen Reihe spezifischer Bedingungen abhängig. Bei einer bestimmten Kombination dieser Bedingungen kann der Austritt aus dem Parlament notwendig sein. [...] Je nach den Umständen kann Boykott der Wahlen und unmittelbare gewaltsame Beseitigung, wie des ganzen bürgerlichen Staatsappa-

rats, so auch der bürgerlichen Parlamentsclique, oder aber Teilnahme an Wahlen, während das Parlament selbst boykottiert wird, usw. notwendig sein.“

Als eine Taktik muss die Teilnahme an bürgerlichen Wahlen und Parlamenten immer in Hinblick darauf gesehen werden, wie sie der Strategie der Eroberung der Macht durch einen revolutionären Massenaufstand dienen kann. In diesem Sinne sind Wahlkämpfe nicht auf die maximale Anzahl von Stimmen ausgerichtet, sondern auf die revolutionäre Mobilisierung der Massen mit Streiks, Demonstrationen und im allgemeinen mit Methoden, die der politischen Aktivierung der Massen dienen. Außerdem verlangte der Kongress die Kontrolle der Arbeit der Parlamentsfraktion durch das Zentralkomitee der Partei, um die Korruption der gewählten GenossInnen zu verhindern. Diese sind somit an die Beschlüsse der Partei gebunden und müssen ihre parlamentarische Arbeit der allgemeineren Aufgabe des Aufbaus der Partei und der Mobilisierung der Massen unterordnen. Oder in anderen Worten: der revolutionären Arbeit außerhalb des Parlaments.

Die grundlegenden Schlussfolgerungen, die durch den Zweiten Kongress der Komintern gezogen wurden, sind heute noch gültig, auch wenn sie mehr als 90 Jahre alt sind. Denn wir leben immer noch in der Epoche des Imperialismus und der Dekadenz des Kapitalismus. Während in diesem Sinn die Frage des Parlamentarismus – wie jede andere taktische und programmatische Frage – den heutigen Umständen angepasst werden muss, können insbesondere die Schlussfolgerungen, die die Nutzung von Wahlkämpfen zur Politisierung der Massen betreffen, auf die heutige Situation angewendet werden. Das ist die tatsächliche Grundlage der Beteiligung der PTS an der Front der Linken und ArbeiterInnen.

ssch

1. Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus. In: Protokoll des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale, S.471ff.

Die Bildung der FIT

Die Front der Linken und ArbeiterInnen besteht aus der PTS, der ArbeiterInnenpartei (PO), der Sozialistischen Linken (IS) und einer Reihe von kleineren marxistischen Gruppen, wobei der politische Haupteinfluss auf die FIT bei der PO und der PTS liegt. Es war für viele überraschend, dass die PO, die es in der Vergangenheit stets abgelehnt hat, irgendeine Front mit der PTS auf nationaler Ebene zu bilden, zustimmte, eine gemeinsame Wahlfront mit der PTS zu bilden. Sie ist die größte Organisation der trotzkistischen Linken und hat immer eine Position der Überlegenheit über jede andere Kraft der Linken, und vor allem gegenüber der PTS, eingenommen. Während die PTS bei früheren Wahlen Fronten mit anderen trotzkistischen Organisationen gebildet hatte, stellte die PO immer ihre eigenen KandidatInnen auf. Nun hat sich dies geändert.

Dies liegt im Wesentlichen an der Wahlrechtsreform, die 2010 vom argentinischen Parlament verabschiedet wurde, welche obligatorische Vorwahlen einführt. Dies bedeutet, dass eine Partei (oder ein Wahlbündnis), um KandidatInnen bei den Präsidentschaftswahlen aufstellen zu können, Testwahlen abhalten muss, in denen mindestens 1,5% der Bevölkerung für ihre KandidatInnen stimmen (konkret werden rund 400.000 Stimmen benötigt). Während die revolutionäre Linke Argentinien in der Vergangenheit insgesamt bis zu 4% der Stimmen bekam, konnten weder die PO noch die PTS (oder die Wahl-Fronten, die die PTS vorher gebildet hat) sicher sein, diese Hürde allein zu überwinden. Dieses Gesetz ist im Grunde ein Verbotsversuch der Linken und die FIT wurde als Verteidigungsmaßnahme dagegen gebildet.

Die FIT ist auch defensiv im Hinblick auf die Ausdehnung des politischen Einflusses der Regierung von Cristina Kirchner nach dem Tod des ehemaligen Präsidenten Néstor Kirchner im letzten Jahr, der eine Welle der Unterstützung für die Regierung ausgelöst hat. Allerdings ist die Regierung seitdem deutlich nach rechts gedriftet, verstärkte ihre Attacken gegen die ArbeiterInnenbewegung und ging mit der Polizei gegen Demonstrationen vor, wie sie es vor ein paar Jahren noch nicht gewagt hat. Die Regierung hat zum Beispiel seit Oktober letzten Jahres über ein Dutzend Tote bei sozialen Protesten zu verantworten. Aus all diesen Gründen wurde eine temporäre „Vereinigung“ der radikalen Linken notwendig, auf der Grundlage eines festen Programms. Die FIT ist also keineswegs ein Projekt zur langfristigen Vereinigung von PO und PTS, sondern aus der konkreten Notwendigkeit einer ArbeiterInnenfront gegen bürgerliche Repression entstanden.

Das Programm der FIT

Das Programm der FIT² ist das Ergebnis eines langen Kampfes mit der PO, die eigentlich kein klares marxistisches Programm für die Front wünschte, nachdem sie schon 14 „Notfallmaßnahmen“ gegen die Krise am Tag der öffentlichen Ankündigung der FIT präsentiert hatte. Diese enthielten weder das Recht auf Abtreibung, welches in Argentinien noch nicht existiert, noch die Verurteilung der Wahlrechtsreform. Sie argumentierte, dass die 14 Punkte ausreichen würden, obwohl sie eindeutig ein „Notprogramm“ waren und nicht die Gesamtheit der komplexen Wirklichkeit des Klassenkampfes heute in Argentinien und weltweit mit einschloss. Am Ende wurde ein Programm geschrieben und beschlossen, das die Struktur eines Übergangsprogramms besitzt, welches also versucht, die konkreten Forderungen der Massen mit dem Ziel der sozialistischen Revolution zu verbinden, und auf die Mobilisierung der ArbeiterInnenklasse auf Grundlage der Klassenunabhängigkeit ausgerichtet ist.

Das Programm beginnt mit einer kurzen Analyse der Weltlage sowie der anwachsenden Kämpfe gegen die weltweite Krise und analysiert auf dieser Basis die aktuelle Situation in Argentinien, verurteilt die Wahlrechtsreform, denunziert die „halbherzi-

gen Maßnahmen“ gegen die Krise und schlägt eine Kampagne vor „zur Mobilisierung von ArbeiterInnen und AktivistInnen und für einen unabhängigen politischen Pol mit einem klaren Programm, der sich von den kapitalistischen Parteien, auch denen von Mitte-Links, abgrenzt, so dass die ArbeiterInnen ein entscheidender po-

Der Wahlkampf der FIT versucht, die ArbeiterInnen auf den Kampf für ihre eigene Regierung vorzubereiten.

litischer Faktor werden können und die ausgebeuteten Schichten der Nation gegen Kapitalismus und Imperialismus führen können. Der Wahlkampf der FIT versucht, die ArbeiterInnen auf den Kampf für ihre eigene Regierung vorzubereiten.“

Zu den wichtigsten Punkten des Programms zählen die Forderungen für einen höheren Mindestlohn, gegen die Inflation, für die Umverteilung der Arbeitsstunden, gegen Prekarisierung, gegen die Zahlung der Auslandsschulden, für die entschädigungslose Enteignung der Banken, der GroßgrundbesitzerInnen und der Großindustrie unter ArbeiterInnenkontrolle, gegen die Gewerkschaftsbürokratie, und für ein Abgeordnetengehalt in Höhe eines durchschnittlichen ArbeiterInnenlohns sowie für die Möglichkeit der Abberufung von gewählten VertreterInnen. Dazu kommen mehrere Forderungen, die den Internationalismus ausdrücken (Nein zur kapitalistischen Restauration in Kuba und Unterstützung für die arabische Revolution etc.), und die Forderung nach einer Regierung der ArbeiterInnen und Unterdrückten.

Das Einzige, was dem Programm fehlt, ist ein klarer Weg zur sozialistischen Revolution, also eine konkrete Strategie für den Aufbau einer revolutionären Partei. In der Tat wird nicht einmal die Notwendigkeit einer revolutionären Partei erwähnt. Diese Diskrepanz zwischen einem Übergangsprogramm und dem Nichtvorhandensein einer klaren revolutionären Strategie kann nur durch die großen Unterschiede zwischen den Kräften der Front erklärt werden, vor allem zwischen PO und der PTS, was den Parteaufbau und die Rolle der Selbstorganisation der Massen betrifft, die auch in der unterschiedlichen Teilnahme beider Kräfte an der Wahlkampagne sehr deutlich zu sehen sind.

Unterschiede zwischen PO und PTS

Der Wahlkampf der FIT fußte auf einer Verbindung von Agitation und Propaganda, also dem Versuch, die Massen mit konkreten, einfachen Forderungen zu erreichen, und dem Versuch, erfahrenere AktivistInnen mit komplexeren, revolutionären Ideen anzusprechen. Aber in der Art, einen solchen Wahlkampf zu führen, wurden zwischen der PO und der PTS strategische Unterschiede deutlich sichtbar. Während für die PO die Kampagne ganz darauf basiert, die 1,5% Hürde zu nehmen (und möglichst viele Stimmen zu gewinnen), versucht die PTS zusätzlich, ihre programmatische und theoretische Arbeit zu vertiefen.

Dabei zeigte die agitatorische Seite der Kampagne auch von Seiten der PTS Elemente von echter Politik für die Massen, indem hundertausende Flyer verteilt und zehntausende Plakate geklebt wurden, Infostände und Autokorsos durch die Wohngebiete die Aufmerksamkeit der BewohnerInnen auf sich zogen und programmatische Videoclips im öffentlichen Fernsehen ausgestrahlt und mit großen Projektoren während der Hauptverkehrszeiten auf öffentlichen Plätzen und Einkaufsstraßen projiziert wurden³.

2. Programmatic declaration of the Workers' Left Front (Englisch). http://www.ft-ci.org/article.php3?id_article=4242.

3. Für eine Zusammenstellung aller Wahlvideos der PTS siehe <http://www.>

Die PTS beschränkte sich eben im Gegensatz zur PO nicht darauf: Eine der wichtigsten Veranstaltungen der FIT war eine öffentliche Versammlung aller Jugendorganisationen der FIT, um studentische AktivistInnen für die Kampagne zu mobilisieren. Bei dieser Gelegenheit hielt der wichtigste Kandidat und Anführer

Über 500.000 ArbeiterInnen und Jugendliche haben die FIT gewählt, was einem Wahlergebnis von etwa 2,5% entspricht.

rer der PO, Jorge Altamira, eine Rede über die Notwendigkeit, die Massen zu mobilisieren. Nicht mit einem Wort erwähnte er die Notwendigkeit, diese Massen in einer revolutionären Partei zu organisieren (oder auch über die Notwendigkeit, dass die Massen sich selbst organisieren). Der Hauptkandidat und Anführer der PTS, Christian Castillo, hielt eine ganz andere Rede:

*„Krisen wie die gegenwärtige bieten große Chancen für die Entwicklung revolutionärer Organisationen, wenn wir konsequent sind in der Charakterisierung, dass die Krise, in der wir leben, immer mehr Türen zu vorrevolutionären Situationen und Kriegen verschiedener Art, also zur Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln, öffnen kann, gemäß der berühmten Formel von Clausewitz, die die großen marxistischen RevolutionärInnen als ihre eigene übernommen haben. Folglich muss die neue revolutionäre Generation, die hier anwesend ist, sich der Wichtigkeit bewusst sein, dass – abgesehen von der aktuellen Situation – die Reflexion über die Probleme des Aufstandes, einschließlich der militärischen Probleme, heute für jede revolutionäre Politik, die diesen Namen auch verdient, von zentraler Bedeutung ist.“*⁴

Castillo sprach auch über die Wiederaneignung einer Strategie des Aufstands der Massen, angeführt durch eine revolutionäre Par-

Gefahren für MarxistInnen im Wahlkampf das Abgleiten zu bloßem Parlamentarismus, die Unterordnung der konkreten Fragen des Klassenkampfes unter bedeutungslose Debatten in den bürgerlichen Institutionen und die Unterschätzung strategisch wichtiger Fragen zugunsten eines komfortablen Unterschlupfs im System sind. Oder in anderen Worten: Der Druck von der rechten Seite. Die PTS versuchte in ihrer Kampagne, dieses Problem durch die Fokussierung auf die wichtigen Lehren des revolutionären Parlamentarismus bewusst zu bekämpfen.

Erfolge des Wahlkampfes und die Sicherung einer revolutionären Perspektive

Der erste Auftritt der FIT als Wahlfront waren die Provinzwahlen in Neuquén, der Provinz des emblematischen Keramikwerks Zanon⁵, im Juni diesen Jahres. Die wichtigsten Kandidaten für die FIT waren Alejandro López (parteilos) und Raúl Godoy (PTS) von der Gewerkschaft der KeramikerInnen SOECN für das Provinzparlament und Patricia Jure (PO) für den Gouverneur. Bei diesen Wahlen konnte die Front über 10.000 Stimmen einholen und gewann einen Sitz im Provinzparlament. Jetzt gilt es, die zukünftige, parlamentarische Arbeit in ihrem Charakter als reines Werkzeug der revolutionären Politik außerhalb des Parlaments zu sichern.

Deshalb wurden trotz der Grenzen der bürgerlichen Demokratie anti-bürokratische Strukturen geschaffen: Zum Einen wird der gewonnene Parlamentssitz zwischen den verschiedenen Kräften der FIT rotieren. Desweiteren erhalten VertreterInnen der Wahlfront nur einen durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn. Jegliche Gehaltszahlung, die darüber hinaus geht, wird in einen Streikfond eingezahlt, um den ArbeiterInnen bei ihren Mobilisierungen im ganzen Land zu helfen. Schließlich luden López und Godoy in der Nacht der Wahl zu einer offenen Diskussion darüber ein, was die FIT mit ihrem Sitz im Parlament machen soll (eine Maßnahme, die die anderen Kräfte der Front leider nicht unterstützten). Diese Strukturen demonstrieren das Konzept der ArbeiterInnendemokratie in Form eines zwar kleinen, aber real existierenden Beispiels. Das bürgerliche Parlament kann nur eine unvollständige Umsetzung der Prinzipien der ArbeiterInnendemokratie ermöglichen, aber in dem Maße, wie sie es tut, will die PTS in der FIT diese Möglichkeiten ausnutzen, um den Parlamentssitz für die Unterstützung der Kämpfe der Massen einzusetzen und ihnen eine Alternative zur undemokratischen „Demokratie“ der Bourgeoisie aufzeigen.

Als Mitte August tatsächlich die Vorwahlen stattfanden, war die FIT durch ihre von vielen AktivistInnen getragene Kampagne und die Beispiele revolutionären Massenwahlkampfes sehr gut aufgestellt. Über 500.000 ArbeiterInnen und Jugendliche haben die FIT gewählt, was einem Wahlergebnis von etwa 2,5% entspricht und somit die proskriptive Hürde von 1,5% bei weitem übertraf. Auch wenn ein Teil der Stimmen sicherlich dem „demokratischen Faktor“ geschuldet war (also der Tatsache, dass sicherlich einige WählerInnen der FIT nur ihre Stimme gegeben haben, damit sie sich im Oktober überhaupt für die Wahlen präsentieren kann), zeigt diese Zahl, dass der Wahlkampf eine große Masse mit den Forderungen der FIT erreichen konnte⁶.

Wir glauben, dass diese Erfahrungen auch auf Europa übertragbar sind und rufen alle revolutionären Kräfte dazu auf, die Lehren aus diesem Wahlkampf zu ziehen und perspektivisch auf eine revolutionäre Wahlfront hinarbeiten.



Christian Castillo (PTS), Vizepräsidentenkandidat der FIT, auf einer Kundgebung am 1. Mai

tei, wie sie die Bolschewiki verwendet hatten und die in Jahrzehnten stalinistischer Degeneration und zentristischer Abweichungen verloren gegangen ist. Mit anderen Worten, statt den Wahlkampf auf rein „demokratische“ Agitation gegen die Reform des Wahlsystems zu stützen, versucht die PTS, wichtige strategische Fragen unter Avantgarde-Sektoren zu verbreiten, um sie politisch und programmatisch auf kommende Aufgaben vorzubereiten.

In abstrakten Begriffen können wir sagen, dass die größten

⁴ tvpts.tv/FrentedelzquierdaydelosTrabajadores.
⁴ Discurso de Christian Castillo en el Acto de las Juventudes del FIT.
<http://www.pts.org.ar/spip.php?article17875>. Eigene Übersetzung.

⁵ Siehe unsere Broschüre „Zanon gehört den ArbeiterInnen“. <http://www.revolution.de.com/broschueren/zanon/index.html>.

⁶ Für die Ergebnisse und Analyse der Oktoberwahlen, die nach dem Erscheinungstermin dieser Zeitung stattfanden, siehe www.klassegegenklasse.org.



ERROR DEL SISTEMA
#SPANISH REVOLUTION

Vom 15. Mai zum heißen Herbst?

Die wachsende Antwort auf die Krise und die Kürzungen im Spanischen Staat

von Santiago Lupe (Clase contra Clase)

Es sind fünf Monate vergangen, seitdem der soziale Frieden, den die Regierung Zapateros und die spanische Bourgeoisie genossen, von einer schweren Krise getroffen wurde. Der plötzliche Ausbruch der Bewegung „der Empörten“ am 15. Mai (15M) beseitigte den Widerspruch, dass es im Spanischen Staat kaum eine Antwort auf die sozialen Angriffe im Rahmen der Krise gegeben hatte, obwohl es eines der europäischen Länder mit der höchsten Arbeitslosigkeit (20%), den meisten Zwangsräumungen von Familien (150 pro Tag), den größten Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ist... und obwohl die Kürzungen, um die Schulden der KapitalistInnen zu zahlen, hier die größte Wirkung zeigten.

Nach den Wochen des Frühlings, in welchen sich die Plätze der wichtigsten Städte des Spanischen Staates mit Jugendlichen und auch nicht so jugendlichen Menschen füllten, ist das Unwohlsein, das sich am 15. Mai ausdrückte, alles andere als kleiner geworden. Vielmehr hat es dieser Wendepunkt erlaubt, dass die Kampfbereitschaft in Teilen der ArbeiterInnenklasse (vor allem im öffentlichen Sektor) und der Jugend stetig ansteigt.

Die 15M-Bewegung öffnet die ersten Risse von unten im Nachfolgeregime von Franco

Was der „Frühling“ in Spanien vor allem gezeigt hat, ist der Auftritt einer Generation, die sich von einem aus der Franco-Diktatur geborenen Regime immer ausgegrenzter fühlt. Die Ablehnung einer „Demokratie“, die uns die Regeln der UnternehmerInnen, der Banken, der EU, oder des IWF aufzwingt, die nicht zögert, Milliarden Euro auszugeben, um die Banken und große Konzerne zu retten, die die größten Sozialkürzungen seit dem Ende der Franco-Diktatur beschließt, wurde offensichtlich im einstimmigen Motto aller Proteste: „Ihr vertretet uns nicht!“

Es war eben diese Kombination aus demokratischen und

anderen sozialen Forderungen, die darauf abzielte, das Regime der Verfassung von 1978 (mit seinen offensichtlichen, grotesken Zügen: Korruption, Zweiparteiensystem, keine BürgerInnenbeteiligung...) und die kapitalistischen Auflagen (um uns die Kosten der Krise aufzudrücken) in Frage zu stellen.

Francos Nachfolgeregime, verantwortlich für den so genannten „Übergang zur Demokratie“ (*Transición*) mit ihren trügerischen Absprachen mit der stalinistischen und sozialdemokratischen Führung der ArbeiterInnenbewegung – die kommunistische Partei (PCE) und der Gewerkschaftsverband „Arbeiterkommissionen“ (CCOO); die sozialistische Partei (PSOE) und der Gewerkschaftsdachverband UGT – wurde zum ersten Mal ein ernstzunehmender Schlag versetzt. Das kam hinzu zur Krise, die dieses Regime bereits zu spüren begann wegen der Konflikte zwischen den unterschiedlichen Flügeln der Bourgeoisie.

Alle sind sie sich darüber einig, dass wir, die ArbeiterInnen und die armen Massen, diese Krise zahlen sollen. Nichtsdestotrotz herrscht Uneinigkeit in der Diskussion darüber, wie die Kürzungen zwischen den Sektoren und Regionen verteilt werden sollen, was zu Konflikten zwischen der zentralen Bourgeoisie und denen der autonomen Regionen führt (vor allem mit der Bourgeoisie Kataloniens).

Die verbrecherische Politik der Gewerkschaftsbürokratie kann in Frage gestellt werden

Die Hauptverantwortlichen für den schrecklichen sozialen Frieden vor dem 15. Mai waren die bürokratischen Führungen der großen Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT. Seit Beginn der Krise vertreten sie eine Position der Loyalität und Zusammenarbeit mit der Regierung. Während die Arbeitslosenzahlen anstiegen, mit fast einer Million neuer Arbeitsloser im ersten Quartal des Jahres 2009, schauten sie einfach weg. Die Mehrheit dieser Arbeitslosen kamen aus dem unteren Lohnsektor und hatten befristete Verträge, gehörten also zu jenem Teil der ArbeiterInnen-

DemonstrantInnen auf der Puerta del Sol in Madrid

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**

klasse, der am wenigsten von der Gewerkschaft vertreten wird.

Darüber hinaus schlossen die GewerkschaftsbürokratInnen auch noch Abkommen mit den UnternehmerInnen, dass die Lohnsteigerungen nicht einmal an die Inflationsrate angepasst werden, und in jedem Kampf gegen Schließungen oder Kündi-

Die HauptakteurInnen der 15M-Bewegung waren die Jugendlichen, denn mehr als 45% der Jugend ist arbeitslos.

gungen „verwalteten“ sie den Arbeitskampf, um ihn am Ende in Zermürbung und Hoffnungslosigkeit verlaufen zu lassen und obendrein noch die ArbeiterInnen zu nötigen, auf arbeitskampfeindliche Strategien einzugehen wie Entschädigungen bei Entlassungen oder Senkung der Gehälter und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen.

Nach der Wende von Zapatero im Mai 2010, inmitten der ersten großen Krise der griechischen Schulden, verspürten diese BürokratInnen die Notwendigkeit, dem Unmut der ArbeiterInnen Raum zu geben, um einen schlimmeren Verschleiß ihrer selbst als Führung der ArbeiterInnenbewegung zu vermeiden. Sie riefen am 29. September 2010 zu einem 24-stündigen Generalstreik gegen die Reform des Arbeitsmarktes auf, ohne jedoch dafür an den Arbeitsplätzen zu mobilisieren. Trotz der Nicht-Vorbereitung durch die Gewerkschaftsbürokratie war dieser Generalstreik ein Erfolg. Die Industrie, der Transport und die großen Dienstleistungsbetriebe standen still, und die Demonstrationen waren enorm, bei einer hohen Beteiligung jugendlicher ArbeiterInnen und Studierender. Dennoch war die Politik der Gewerkschaften, sich sofort von den Straßen zurückzuziehen, ohne wieder zu Mobilisierungen aufzurufen, und im Januar 2011 einen Pakt über die Rentenkürzungen zu unterschreiben, der das Rentenalter auf 67 Jahre an hob.

Der Ausbruch der Bewegung der „Empörten“ am 15. Mai war für diese Politik ein ernstes Problem. Die Ablehnung und das Misstrauen gegen die Gewerkschaftsbürokratie wächst bei der Jugend und Teilen der ArbeiterInnenklasse stetig, obwohl bisher noch keine kämpferische Alternative in den großen industriellen Zentren entstanden ist, die ihnen die Führung der ArbeiterInnenbewegung streitig machen könnte.

Die „Empörung“ von den Plätzen hin zu den Arbeitsplätzen

Die HauptakteurInnen der 15M-Bewegung waren die Jugendlichen, und das ist nicht verwunderlich. Mehr als 45% der Jugend im Spanischen Staat ist arbeitslos und bei denen, die arbeiten können, haben mehr als 60% befristete Verträge. Diejenigen, die noch studieren, sehen das Ende ihres Studiums als Tor zur Arbeitslosigkeit oder zur Prekarität.

Gleichzeitig übt dieses Erwachen der Jugend Einfluss auf viele andere soziale Sektoren aus. Ein gutes Beispiel dafür ist die

Ausdehnung der Bewegung gegen Zwangsräumungen durch die Banken, die in den wichtigsten Städten immer noch wächst, mit Kundgebungen vor den betroffenen Häusern, wodurch dutzende Räumungen bisher verhindert werden konnten.

Die Veränderung der allgemeinen Stimmung in der Gesellschaft erlaubt es ebenso, dass einige Sektoren der ArbeiterInnenklasse Mut schöpfen, um den Angriffen entgegenzutreten, die von Seiten der Regierung und der UnternehmerInnen geführt werden. Der erste und wichtigste Fall dieser Art waren die ArbeiterInnen im Gesundheitssektor in Katalonien. Nach massiven Protesten und Besetzungen auf den Straßen vor dem 15. Mai versuchte die Gewerkschaftsbürokratie dieses Sektors, die Proteste zu demobilisieren und isoliert voneinander Verhandlungen über die Kürzungen und Entlassungen in den Krankenhäusern zu beginnen. Doch die Verschmelzung einiger Sektoren der 15M-Bewegung mit Gruppen von GesundheitsarbeiterInnen konnte eine völlige Befriedung des Sektors verhindern, und obwohl viele Kürzungen und Entlassungen vereinbart wurden, wird ein konstanter Puls der Proteste aufrechterhalten. Die neuen Kürzungen, die für das Ende des Jahres angekündigt wurden (Kürzung des Weihnachtsgeldes um 50%), haben eine starke Wut geweckt, was sich im Auftreten von Basisdelegierten bei den letzten beiden Verhandlungsrunden ausdrückte, welche erreichten, dass die Verhandlungen ausgesetzt wurden. Diese Rebellion von unten zwingt die Bürokratie dazu, den Vorschlag von Streiktagen Ende Oktober, der in den Versammlungen einiger Krankenhäuser verabschiedet wurde, in Erwägung zu ziehen.

Auch im Bildungssektor formiert sich eine Antwort. In den Regionen Galizien, Castilla La Mancha und vor allem in Madrid haben große Versammlungen von LehrerInnen einen Plan von Streiktagen und Demonstrationen gegen die Kürzungen durchgesetzt. Von der Präsidentin der Gemeinde von Madrid bis zu den korporativeren Gewerkschaften haben sich alle über den Einfluss erregt, den die „Empörten“ dabei haben, die Positionen der LehrerInnen und Dozierenden gegen die Entlassung von Tausenden von befristeten Lehrkräften zu radikalisieren. In den katalanischen Universitäten werden ebenfalls Versammlungen pro Fakultät und Campus von Studierenden, ProfessorInnen und ArbeiterInnen durchgeführt, die am 8. Oktober in einer Vollversammlung zusammenkommen werden, um einen Plan von Streiks und Mobilisierungen gegen die Kürzungen zu diskutieren.

Diese Kämpfe von ArbeiterInnen im öffentlichen Sektor und Studierenden, zusammen mit anderen im privaten Sektor, gegen Entlassungen und Schließungen sind ein Zeichen dafür, wie groß das Potential ist, das eine Verbindung der „empörten Jugend“ mit der ArbeiterInnenbewegung haben könnte. Für diese Perspektive kämpfen wir von *Clase contra Clase* gemeinsam mit anderen AktivistInnen innerhalb der 15M-Bewegung. Wir halfen, gemeinsame Kommissionen von „Empörten“ und ArbeiterInnen in Barcelona und Saragossa zu etablieren, von denen ArbeiterInnentreffen und „Expeditionen“ zu im Kampf befindlichen Betrieben organisiert wurden. Momentan spielt diese Kommission in Saragossa eine Schlüsselrolle bei der Organisation von Solidarität mit dem unbefristeten Streik der GärtnerInnen der Stadt. Und in Barcelona wird das dritte Treffen von ArbeiterInnen zusammen mit linken Gewerkschaften und Basisdelegierten von CCOO und UGT vorbereitet, um zu diskutieren, wie man in den Betrieben und Industriegebieten einen heißen Herbst vorbereiten kann.

Hin zu einem heißen Herbst?

Die politische Situation ist bestimmt durch einen wachsenden sozialen Konflikt und durch den Hintergrund einer Vertiefung der internationalen Wirtschaftskrise, mit der Möglichkeit eines griechischen Bankrotts oder einem Ereignis ähnlicher Tragweite in den nächsten Monaten. Der Spanische Staat wird vollends von dieser Situation getroffen, wodurch die nationale und die regionalen Regierungen und Verwaltungsapparate nicht den kleinsten Waffenstillstand bei den Angriffen dulden können. Das Vorziehen

ZUM WEITERVERLESEN

Clase contra Clase (CCc), Sektion der FT-CI im Spanischen Staat
 → www.clasecontraclase.org (auf Spanisch)

Interview mit Sara Povo (CCc)
 → www.klassegegenklasse.org

der Parlamentswahlen auf den 20. November war der Versuch, für 2012 eine neue Regierung zu etablieren, die dann ohne den Druck anstehender Wahlen die wichtigsten Angriffe durchführen könnte, die bisher noch nicht gekommen sind. Aber das Voranschreiten der Wirtschaftskrise hat diese Entwicklung ohnehin forciert, sodass die konservative Volkspartei PP in den autonomen Regionen (welche sie seit Mai mehrheitlich regiert) und die PSOE in der Zentralregierung die Kürzungen im Gesundheits- und Bildungsbereich fortgesetzt haben. Außerdem beschlossen sie eine neue Arbeitsmarktreform, die die Prekarisierung vorantreibt, und brachten im Schnelldurchgang eine Verfassungsreform auf den Weg, die das Haushaltsdefizit begrenzt und die Schuldenrückzahlung als absolute Priorität definiert.

Vor diesem Hintergrund denken wir, dass uns ein heißer Herbst bevorsteht, in dem der soziale Kampf, der sich bisher gezeigt hat, einen wichtigen Sprung machen kann. Die internationalen Mobilisierungen am 15. Oktober können der Startschuss für neue Straßenbesetzungen sein, aber dieses Mal in Verbindung mit Universitätsbesetzungen und -striks, Arbeitskämpfen im öffentlichen Sektor und Aufrufen an die Gewerkschaftsführungen zu Mobilisierungen (besonders da die PP ankündigt, eine antigewerkschaftliche Offensive à la Margaret Thatcher durchführen zu wollen). Das Regime wird sich seinerseits auch darauf vorbereiten, uns entgegenzutreten, sowohl mit den Versuchen der PSOE, sich als zukünftige Vermittlungsinstanz in eine Regierung mit der PP zu retten, als auch mit der Verstärkung der Repression, wie die neuesten Verhaftungen von 22 AktivistInnen in Barcelona zeigen, die am 15. Juni an der Blockade des Katalanischen Parlaments teilgenommen hatten.

Für eine revolutionäre Alternative der ArbeiterInnen!

Diese Perspektive eröffnet die Möglichkeit, dass wir ArbeiterInnen und Jugendliche im Spanischen Staat dabei voranschreiten können, unsere Kampffähigkeit zu erneuern, und in diesem Rahmen eine revolutionäre Alternative aufzubauen.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, nicht den „Sirenenängeln“ zu verfallen, die von verschiedenen ReformistInnen – wie der Vereinigten Linken (IU), dem moderaten Flügel der 15M-Bewegung oder selbst einem Teil der PSOE, die nach der Niederlage von einer „Erneuerung der Partei“ und der „Rückkehr zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln“ sprechen – oder von der Gewerkschaftsbürokratie kommen. Ein Beispiel dessen haben wir im Kampf gegen das Verfassungsdekret gesehen, als die Führungen von CCOO

und UGT, die Parteien der parlamentarischen „Linken“ und der reformistische Flügel der 15M-Bewegung durch die Forderung eines Referendums verhindert haben, dass die Ablehnung der Verfassungsänderungen sich in eine Infragestellung der Verfassung von 1978 und seines Regimes selbst verwandelt.

Wir müssen dafür kämpfen, alle unsere Organisationen zurückzuerobern, beginnend mit den Betriebsräten und Gewerkschaften, indem wir die ewigen BürokratInnen rauswerfen und Mechanismen von ArbeiterInnen-demokratie wie beschlussfähige Versammlungen, gewählte Koordinierungen, abrufbare Delegierte usw. wieder aufbauen. Wir müssen die Zügel unserer Kämpfe wieder selbst in die Hand nehmen, um einen entschiedenen Kampf zu führen, bis wir alle Kürzungen zurückgeschlagen und ein ArbeiterInnenprogramm gegen die Krise durchgesetzt haben. Ein solches Programm würde die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Schultern, die Verstaatlichung der Banken und der großen Unternehmen sowie die Lösung aller großen demokratischen Probleme dieses Regimes (wie das Ende der Monarchie und das Recht auf Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen) beinhalten. Das ist ein Kampf, der nur siegen kann, wenn er revolutionär ist, wenn wir auf den Ruinen des Regimes von 1978 eine Regierung der ArbeiterInnen und der Massen aufbauen, eine ArbeiterInnenrepublik.

Es ist das Anliegen von uns als *Clase contra Clase*, für diese Strategie an den Arbeitsplätzen, in den Unis und Schulen und in den Wohnvierteln zu kämpfen, und zu versuchen, dass diese Strategie von den besten KämpferInnen der 15M-Bewegung, der ArbeiterInnen- und Studierendenbewegungen aufgenommen wird. Die Schlachten, die noch kommen werden, brauchen Tausende KämpferInnen, die bewusst dafür eintreten, dass die Kampfbereitschaft und der Heroismus der Hunderttausenden, die auf die Straße gehen werden, nicht vom Stiefel der Repression zertreten oder durch irgendeinen Verrat oder irgendeine reformistische Sackgasse abgewürgt werden. Wir wollen nicht noch einen BürgerInnenkrieg verlieren oder noch eine Kröte vom „Übergang zur Demokratie“ schlucken müssen. In diesem Sinne kämpfen wir für den Aufbau einer revolutionären ArbeiterInnenpartei, die diese Tausenden zusammenführt, welche sich darauf vorbereiten, dass das 21. Jahrhundert das Grab dieses Systems der Ausbeutung und Unterdrückung wird. Eine Partei, die notwendigerweise aus Prozessen der Fusion zwischen verschiedenen revolutionären Gruppen – wie der unsrigen –, Fraktionen anderer Gruppen und unabhängigen kämpferischen Sektoren entstehen muss, die durch eine gemeinsame Erfahrung zu denselben revolutionären Schlussfolgerungen kommen.

Eine kämpferische, revolutionäre Alternative aufbauen!

Zum Redaktionsschluss dieser Zeitschrift veranstalteten unsere GenossInnen von *Clase contra Clase* (CcC) zusammen mit einem Sektor unabhängiger AktivistInnen, mit denen sie eine gemeinsame Erfahrung innerhalb der 15M-Bewegung gemacht haben, ein gemeinsames Plenum in Barcelona zum Aufbau einer revolutionären Gruppierung auf landesweiter Ebene.

Die Wende in der politischen Situation im Spanischen Staat, die Millionen Menschen dazu brachte, auf die Straße zu gehen, provozierte einen schnellen Prozess der Politisierung in der Bevölkerung, insbesondere bei Jugendlichen, weil sie am meisten von der Wirtschaftskrise getroffen werden. Es gab eine rege

Beteiligung an Besetzungen und Versammlungen – wo lokale, nationale und sogar internationale Probleme diskutiert wurden – und verschiedene politische Kommissionen – wie z.B. die Kommission zur Orientierung auf die ArbeiterInnenbewegung, wo „Expeditionen“ zu verschiedenen Betrieben gemacht wurden, um über die Diskussionen und Resolutionen der Versammlungen zu informieren und den ArbeiterInnen im Streik Solidarität zu zeigen.

Diese Erfahrung erlaubte es, dass ein Sektor weitergehende politische Schlussfolgerungen zog und einsah, dass es unmöglich ist, für mehr Demokratie zu kämpfen, ohne die Institutionen, die den kapitalistischen Staat aufrecht erhalten,

zu zerstören. Ein Staat, der keine „echte Demokratie“, keine direkte Demokratie bieten kann, denn sein Prinzip ist es, die Gewinne und Privilegien der Reichsten gegen die ArbeiterInnen und armen Massen zu verteidigen.

Diese neue Gruppierung entsteht, um gegen diese Situation zu kämpfen mit einer revolutionären, proletarischen, offen antikapitalistischen Perspektive zu kämpfen, indem sie den Marxismus als Theorie der revolutionären Praxis und eine internationalistische Methode wieder aufzunehmen versucht. Eine neue Alternative für die Jugend und die ArbeiterInnen, von der aus unsere GenossInnen weiterhin in der 15M-Bewegung intervenieren werden. chk

Bildungsstreik am 17. November 2011

von Marius Weizenberger

Auch in diesem Jahr wird ein bundesweiter Bildungsstreik am 17. November stattfinden. Während dieser Artikel verfasst wird, laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Doch viele SchülerInnen, Studierende und Auszubildende können mit dieser Bewegung noch immer nichts anfangen. Den Einen ist nicht ganz klar, weshalb sie streiken sollten, den Anderen nicht, was sie denn erreichen könnten. So verliefen zwar die letzten Bildungsstreiks mit weitaus höheren TeilnehmerInnenzahlen als anfangs erwartet, jedoch wurden die gestellten Forderungen kaum umgesetzt. An dieser Stelle wollen wir uns deshalb mit den Problemen im Bildungssektor und dem Potential des Bildungsstreiks inmitten der globalen Krise des Kapitalismus auseinandersetzen. In den weiterführenden Artikeln werden wir Lehren aus den vergangenen Bildungsstreik-Erfahrungen ziehen.

Der Bildungsstreik 2011 kann alles andere als ein alljährliches Ritual werden. In der Weltwirtschaftskrise stehen von England über Griechenland bis Chile die Bildungsforderungen der Jugend inmitten heftigster, sozialer Kämpfe. Wurden in England die Studiengebühren verdreifacht, erleiden die chilenischen Studierenden die Bildungsprivatisierungen der ehemaligen Pinochet-Diktatur. Die Privatisierungen der Bologna-Reformen drohen hierzulande das Selbe an.

Doch nicht nur die Übel, sondern auch die Antworten darauf, können hierzulande ähnlich ausfallen. Die gemeinsamen Kämpfe der lohnabhängigen Bevölkerung und der studierenden Jugend in vielen Teilen der Welt zeigen das Potential des bevorstehenden Bildungsstreiks. Mit hunderttausenden ErstsemesterInnen, die durch Turboabi und Abschaffung der Wehrpflicht an die überlasteten Universitäten strömen, können die kommenden Bildungsproteste eine Intensität erlangen, die bis in die Reihen der ArbeiterInnenklasse ausstrahlt. So könnte der Bildungsstreik der kapitalistischen Krise eine radikale Antwort von unten bieten.

Doch die Brücke zwischen dem Bildungssektor und dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wird vielen SchülerInnen und Studierenden erst langsam ersichtlich.

Die Verwertungsinteressen des Kapi-

tals durchziehen alle Teile der Gesellschaft und damit auch das Bildungssystem.

Im Kindesalter lernen SchülerInnen die Bedeutung von individuellem, egozentrischem Handeln, indem sie in der Grundschule Leistungsdruck ausgesetzt werden. Schon hier werden sie diszipliniert, dass jedeR, der/die diesem Druck nicht standhält, eine schlechte Schulausbildung samt entsprechender Zukunft erhält. Dieser Druck manifestiert sich in der ersten großen Selektion. Das Sortieren in Hauptschule, Realschule (bzw. Oberschule) und Gymnasium spiegelt die Klassenspaltung der Gesellschaft wider. ArbeiterInnenkindern und besonders Kindern mit Migrationshintergrund bleibt der Weg zum Gymnasium meistens verwehrt. Kinder der obersten Schichten können sich hingegen mit Hilfe der finanziellen Unterstützung ihrer Eltern sogar fern des Gymnasiums eine bessere Bildung auf Privatschulen „kaufen“.

Unabhängig lernt allerdings keine dieser Gruppen. Auch fern der Privatschulen findet das Kapital Wege, seine Verwertungsinteressen in die Lehrpläne einzuarbeiten. So der weltweit fünfgrößte Baukonzern Hochtief, der allein in Deutschland unter der Zauberformel *Public Private Partnership* über 50 Schulen seine Interessen diktiert.¹

Die Universitäten stehen im Schatten der Bologna-Reformen. Die Auswirkungen dieser kapitalfreundlichen Marktöffnungen des Bildungswesens verschärfen sich zunehmend. Während vermeintlich unproduktive Studienfächer gestrichen werden, entwickelt sich Fachidiotenbildung im Schnelldurchlauf. Auch die Uni-Beschäftigten erleiden Einschnitte. Während Mensa, Reinigung und co. ausgelagert werden, verschlechtern sich ebenfalls die Arbeitsbedingungen der nicht-professoralen Lehrkörperschaft. Dies wirkt sich auf die Lernbedingungen der Studierenden aus.²

Auch an den Unis zeigt sich die Klassenspaltung der Gesellschaft. Dass in

zwei Bundesländern (Baden-Württemberg und Bayern) immer noch Studiengebühren verlangt werden, stellt mit anderen Zulassungsbeschränkungen ein weiteres Werkzeug der sozialen Selektion da. Nach Jahrzehnten neoliberaler „Reformen“ ist die Bildungsexpansion der Nachkriegs-BRD tot. Die Universitäten sollen zunehmend elitäre Institutionen werden.

Die vergangenen Bildungsproteste erlebten, dass die Probleme der SchülerInnen und Studierenden über den Bildungssektor hinaus reichen. Jedoch herrscht noch immer der Eindruck, als wäre zwischen Arbeitenden und Lernenden keine Solidarität möglich und nötig. Studierende und GymnasiastInnen werden im Rest der arbeitenden Bevölkerung mitunter als elitäre und verwöhnte Schicht betrachtet. Andersrum werden Arbeitende oftmals als bornierten, politisch passiven Objekten degradiert. Jedoch sollte klar sein, dass die Bedingungen der SchülerInnen und Studierenden nie isoliert, sondern immer als Teil des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems betrachtet werden müssen. Die Forderungen nach besseren Bildungsbedingungen sind eng an die Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen geknüpft.

Durch ein reformistisches, zurückhaltendes Programm konnte die Bildungsstreikbewegung in der Vergangenheit zwar hohe TeilnehmerInnenzahlen, jedoch keine wirklichen Veränderung erreichen. Statt klaren Strukturen und dem Mehrheitsprinzip, erlahmte das Konsensprinzip die Bewegung. Es führte anstatt zu geschlossener Aktion zu endlosen, ermüdenden Diskussionen um kosmetische Änderungen in den Lehrplänen.

Inmitten der weltweiten Krise des Kapitalismus muss eine klar revolutionäre Perspektive aufgezeigt werden, die die Studierenden und SchülerInnen nicht vom Rest der Gesellschaft isoliert. Jede Zurückhaltung oder reformistische Illusion beinhaltet heute nicht nur die Gefahr, dass „sich halt nichts ändert“, sondern die Bedrohung zunehmend radikaler Einschnitte in die Bildungs- und Lebensstandards der Jugend und der lohnabhängigen Bevölkerung. Deswegen, kann der Bildungsstreik nur in Verbindung mit der lohnabhängigen Bevölkerung und einem revolutionären, sozialistischen Programm erfolgreich sein.

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**

1. Holland-Letz, Matthias: Privatisierungsreport-10: Wie die Finanzkrise die Privatisierung des Bildungswesens vorantreibt. http://www.gew.de/Binaries/Binary59535/GEW-Priva-10_web.pdf.
2. Die (Un-)Bildung des Bologna-Plans. <http://www.revolution.de.com/broschueren/bildungsstreik/kapitel7.html>.

Arbeitende und Studierende gemeinsam!

von Alex Lehmann und Markus Oliver

Die ägyptische Revolution geht in die nächste Runde. Diesmal entwickelt sie sich nicht auf dem Tahrir-Platz, sondern in den Betrieben und auch an den Universitäten. An der berühmten American University in Kairo solidarisieren sich Studierende mit den streikenden Angestellten. Auch wir von RIO und der FT-CI forderten und praktizierten¹ während der vergangenen Bildungsstreiks den Schulterschuss mit Arbeitskämpfen. Warum nur die Verbindung mit den Kämpfen der ArbeiterInnen dem Bildungsstreik zum Sieg verhelfen kann, wollen wir an dieser Stelle erklären.

Die absolute Trennung zwischen **den** Studierenden und **den** Arbeitenden existiert ohnehin nicht, denn viele Studierende müssen nebenbei arbeiten, um sich das Studium zu finanzieren. Von daher ist es auch falsch, unter dem Begriff „ArbeiterInnenklasse“ ausschließlich IndustriearbeiterInnen am Fließband zu vermuten, denn Studierende mit Nebenjobs sind genauso Lohnabhängige wie sie. Hier wächst ein neuer Teil der ArbeiterInnenklasse heran, der im Vergleich zu den IndustriearbeiterInnen sehr gut ausgebildet ist. Gleichzeitig verbreiten sich aber auch neue Formen der Ausbeutung, in denen nicht die Stechuhr in der Fabrik den Arbeitstag diktiert, sondern unter anderem bei einer Scheinselbstständigkeit solche ehemals äußeren Zwänge verinnerlicht werden.

Das Studium garantiert nicht mehr den Eintritt in die gesellschaftliche Elite – Studierende können nicht automatisch zur zukünftigen KapitalistInnenklasse gezählt werden. Dieser Trend verstärkt sich durch das Bologna-System, in dem längst nicht alle ein Masterstudium absolvieren können, da auch hier eine soziale Selektion stattfindet.

Die Universitäten dürfen nicht als unabhängiger Raum fern der kapitalistischen Verwertungslogik verstanden werden. Die kapitalistische Wirtschaft verallgemeinert ihr Profit-Primat in allen Teilen unseres Lebens, auch auf Forschung und Lehre an den Universitäten. Die Bologna-

Reformen artikulieren diesen Einschnitt am Deutlichsten. Unter dem Zwang zur Konkurrenzfähigkeit dürfen Privatunternehmen via „finanzieller Hilfen“ ihre Interessen in unsere Lehrpläne brennen. Gleichzeitig werden universitäre Dienstleistungen von den Mensabeschäftigten bis zu Dozierenden zu Teilzeit- und Niedriglohn-Arbeiten. Die Qualität der Arbeitsbedingungen der Uni-Beschäftigten bestimmt auch die Qualität unseres Studiums.

Dieses Jahr drängt sich das Problem der Zulassungsbeschränkung besonders auf, da es in vielen Bundesländern doppelte Abiturjahrgänge gibt. Anstatt einer Ausweitung ihres Angebots, reagieren die Universitäten mit einer starken Erhöhung ihrer zulässigen Eingangsnoten, dem Numerus Clausus. Diese Zulassungsbeschränkung spiegelt die allgegenwärtige Klassenteilung: Wer studieren darf und wer nicht, entscheidet in letzter Instanz der Lohnzettel der Eltern.

Wer sich entgegen des „Finanzmarktkapitalismus“ einen keynsianistischen Interventionsstaat „zurück-reformieren“ will, der irrt. Hier werden die frühen Jahrzehnte der BRD nostalgisch verklärt und die besonderen historischen Bedingungen der Nachkriegszeit außer Acht gelassen. Der wirtschaftliche Nachkriegsboom der BRD war insbesondere durch die massiven Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs möglich. Die so entstehenden riesigen Profite vergrößerten den Spielraum des Staates und der KapitalistInnen enorm. Die Bildungsexpansion, der massive Ausbau und die Neugründungen von Universitäten, stellte eine Investition des Staates in seinerzeit günstige Verwertungsbedingungen des Kapitals dar. Dabei handelte der Staat nicht „aufgeklärt“ sondern als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Engels). Denn wo die verschiedenen Unternehmen sich in Konkurrenz zueinander befinden, muss der Staat sich um den Erhalt des Systems an sich kümmern.

Solche Maßnahmen sind heute nicht zu wiederholen. Die damaligen finanziellen Spielräume sind seit der Wirtschaftskrise und der massiven Staatsverschuldung durch fehlende Steuereinnahmen sowie große Konjunkturpakete für Banken und Betriebe zerstört. Dem Staat und den Unternehmen werden in Zukunft die finanziellen Mittel fehlen, um Interessen zu entwickeln, die sich mit den berechtig-

ten Forderungen der Studierenden und ArbeiterInnen überschneiden.

Während diese Zeilen geschrieben werden, kämpfen chilenische SchülerInnen und Studierende gegen die Bildungsprivatisierungen der ehemaligen Pinochet-Diktatur. Nach Wochen des Kampfes explodierte die Situation. Den plötzlichen Wandel brachte die Solidarität von 10.000 ArbeiterInnen durch einen 48-Stündigen Generalstreik des Gewerkschaftsverbandes CUT.

Der Blick ins Ausland zeigt die Perspektive unseres Bildungsstreiks.

Die Lernbedingungen der Jugend werden ebenso von freier Marktwirtschaft und Konkurrenzprinzip bestimmt – denn letztendlich sind die (allermeisten) Studierenden von heute nur die Arbeitenden von morgen. Deswegen müssen Arbeitende und Studierende ihre gemeinsamen Interessen erkennen und auch gemeinsam handeln.

Die Studierenden können von solcher Solidarität nur profitieren. Durch ihre Stellung im Produktionsprozess können Streiks der lohnabhängigen Beschäftigten dem Kapital Schläge zufügen, welche bei Hörsaal-Besetzungen undenkbar sind. Wo es hunderte Studierende braucht, um eine einzelne Universität zu besetzen, genügen schon wenige LokführerInnen, um den Großteil des Verkehrs lahm zu legen.

Aber die Proteste der Studierenden sind nicht irrelevant. Ihre oftmals viel radikaleren Ansätze und Protestformen können frischen Wind in die ArbeiterInnenbewegung bringen und ihr zu einer stärkeren Politisierung verhelfen, um sich nicht auf die Forderung nach höheren Löhnen zu beschränken.

Damit der Bildungsstreik gelingt, müssen SchülerInnen und Studierende ihren Kampf in die Betriebe tragen. Deswegen werden wir uns auch im Bildungsstreik 2011 für praktische Solidarität zwischen ArbeiterInnen, SchülerInnen und Studierenden einsetzen.

Unser Werkblatt

von und für UniBeschäftigte – wird regelmäßig in der Freien Universität Berlin verteilt.
auf unserer Website lesen



**KLASSE
GEBEN
KLASSE**

1. 2009 streikten an der FU-Berlin Studierende und Mensa-Beschäftigte gemeinsam. Seitdem hält RIO unter den Beschäftigten eine kontinuierliche Betriebsarbeit aufrecht. Vgl.: <http://www.revolution.de.com/werkblatt/index.html>.

Konsensprinzip oder Demokratie?

von Leon Feder

In den größten Protestbewegungen der letzten Jahre herrschte oft die Vorstellung vor, dass Entscheidungen nur durch das Finden eines Konsenses getroffen werden dürften. So geschah es bei weiten Teilen der Bildungsstreikbewegung, die ihren Höhepunkt im Herbst 2009 mit der Besetzung von 70 Hörsälen erreichten.

Diese Bewegung lähmte sich selbst durch das „Konsens-Prinzip“, weil stundenlange Plena der BesetzerInnen oft zu keinem wirklichen Konsens und damit zu keinen konkreten Ergebnissen kamen. Auch in vielen Versammlungen im Rahmen der Bewegung des 15. Mai, die seit Monaten auf den öffentlichen Plätzen im spanischen Staat stattfinden, verlor sich die Entscheidungskraft im Wunsch, gemeinsame Stärke durch von ausnahmslos allen getragenen Entscheidungen zum Ausdruck zu bringen. Konkret bedeutete dies aber, dass auf Versammlungen mit 10.000 oder mehr TeilnehmerInnen einige wenige Anwesende jegliche Entscheidung blockieren konnten.

Dieser Wunsch, ausschließlich auf der Grundlage eines Minimalkonsenses zu arbeiten, geht zurück auf die Vorstellung, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft am gleichen Strang ziehen und mehr oder weniger die gleichen Interessen haben würden. Doch sowohl bei der Bildungsstreikbewegung in Deutschland wie bei der 15M-Bewegung im Spanischen Staat kämpfen ArbeiterInnen und Jugendliche gegen die Interessen der KapitalistInnen und ihrer StandhalterInnen von den etablierten Parteien. Mit diesen anderen Klassen wird nie ein „Konsens“ zu finden sein, denn sie profitieren von den Zuständen, gegen die wir protestieren.

Durch das Konsensprinzip – welches verlangt, dass alle Versammelten einem

Vorschlag zustimmen oder zumindest nicht blockieren, damit dieser angenommen wird – ist es für kleine Minderheiten (und sogar für Einzelpersonen) möglich, die Entscheidungen großer Mehrheiten zu blockieren. Diese großen Mehrheiten sind es aber, welche den Protest überhaupt tragen und möglich machen.

Wir als revolutionäre SozialistInnen, welche sich auf das theoretische Erbe Karl Marx' beziehen, wissen, dass diejenigen, die die Produktionsmittel besitzen, gar nicht die gleichen Interessen haben können wie diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen. Um eine Veränderung der Produktionsverhältnisse zu erreichen, muss sich aber die arbeitende Mehrheit gegen die besitzende Minderheit durchsetzen (und auch den Staat zerschlagen, der diese Minderheit schützt).

Sollten wir bei öffentlichen Versammlungen diese Minderheiten, welche am Bestehenden festhalten, von vornherein ausschließen? Bei der Bildungsstreikbewegung gab es tatsächlich Fälle, wo Mitglieder der FDP aus den Versammlungen ausgeschlossen wurden, um ohne sie einen Konsens zu erreichen. Das ist aber alles andere als demokratisch. Wirkliche Demokratie verlangt, dass die Mehrheit einer Versammlung Entscheidungen treffen kann – wobei die Minderheit jederzeit das Recht behält, die Entscheidungen zu kritisieren und bei der nächsten Versammlung für andere Entscheidungen einzutreten.

Auch folgende widersprüchliche Absurdität wurde in der Bildungsstreikbewegung deutlich: Die Forderung, denjenigen einen besseren Zugang zur Bildung zu ermöglichen, die es von ihrer sozialen Herkunft (also der ökonomischen und akademischen Stellung der Eltern) schwerer haben – also die Forderung nach uneingeschränktem Zugang zur Hochschule – wurde durch das Konsensprinzip aus den Forderungskatalogen gedrängt. Fakt ist nämlich, dass diejenigen, die neben ihrem Studium für Lohn schuften müssen oder sich keine teuren Mieten in der Innenstadt in Uni-Nähe leisten können, keine Zeit haben, sich endlos langen Plena auszusetzen. Was also zuerst ultrademokratisch wirkt, erweist sich in Wirklichkeit als die Diktatur jener Minderheit, die am Längsten sitzen bleiben kann. Indirekt wurde das auch anerkannt, indem bei bestimmten besetzten Hörsälen der

„Konsens“ zu einer „Etwa-Zwei-Drittel-Mehrheit“ oder ähnlichem umformuliert wurde. Auf dem besetzten Plaça de Catalunya in Barcelona wurde das Konsensprinzip nach einigen Wochen deswegen auch verworfen.

Es gibt aber eine demokratischere Alternative. Wir brauchen klare Strukturen, die von den Versammlungen gewählt werden und jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar sind. Denn in jeder Bewegung entstehen Hierarchien: Das hat man gerade beim Bildungsstreik gesehen, wo letztendlich kleine Gruppen von „BerufsaktivistInnen“ die Bewegung dominierten. Die Wahl von Streikkomitees oder ähnlichen Strukturen ermöglicht eine permanente Kontrolle derjenigen, die für die Bewegung sprechen (und solche wird es immer geben, ob sie gewählt werden oder nicht). So kann man auch alle integrieren, die sich ernsthaft inhaltlich an Bewegungen beteiligen wollen, aber nicht sechs Stunden pro Tag für Versammlungen aufbringen können.

In den gegenwärtigen Verhältnissen sind wir marxistische RevolutionärInnen eine kleine Minderheit. Deshalb kommt es immer wieder zu Situationen, in denen unsere Argumente, mögen sie auch unserer Meinung nach noch so richtig sein, die Anderen nicht überzeugen. So müssen auch wir uns Mehrheitsentscheidungen fügen und die Umsetzung aller Resolutionen (kritisch) begleiten, um bei der nächsten Versammlung nochmal unsere Argumente einzubringen. Gerade die Erfahrung, getroffene Entscheidungen gemeinsam umzusetzen, ermöglicht Lernprozesse, in denen eine revolutionäre Perspektive ausgetestet werden kann.

Unser Anliegen ist es also, die Selbstorganisation der Protestierenden in jeder Situation voranzutreiben. Nur demokratische Versammlungen sowie Strukturen, die direkt von ihnen gewählt werden, sollten für die Bewegung sprechen. Deswegen glauben wir nicht, dass Mitglieder von politischen Gruppen diskriminiert werden sollten, um eine eventuelle „Vereinnahmung“ zu verhindern, wie im Bildungsstreik schon mal vorgekommen ist. Gerade die Offenheit darüber, wer zu welcher Organisation gehört (und es gibt viele Mitglieder der JuSos oder der Grünen Jugend, die sich nicht als solche ausgeben!) ermöglicht Transparenz und demokratische Kontrolle.

Der Bildungsstreik
Broschüre zu Hintergründen, Bilanz und Perspektiven des Bildungsstreiks
40 Seiten – auf unserer Website lesen

**KLASSE
GEBEN
KLASSE**

Eine revolutionäre Perspektive an der Uni

von Stefan Schneider

In der Bildungsstreikbewegung der letzten Jahre war der Tenor der Kritik bestimmt durch die Losung „Mehr Geld für Bildung“. Wenn es weitergehende Kritik am Bildungssystem gab, bezog sich diese meist auf die zunehmende Ökonomisierung der Bildung, den Mangel an universitärer Demokratie und das Bachelor/Master-System. Ganz vereinzelt wurde auch das Thema der sozialen Selektion thematisiert.

Während wir all diese Kritikpunkte für wichtig halten, treffen sie doch nicht den Kern des Problems. Denn letztlich lässt sich die Funktionsweise des Bildungssystems – das, wie selbst bürgerliche PolitikerInnen immer wieder zugeben, auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausgerichtet ist – nicht ohne die Analyse der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, also der Produktionsweise, verstehen. Mit anderen Worten: Ohne eine Analyse und Kritik des Kapitalismus ist auch eine tiefgründige Kritik des Bildungssystem unmöglich. Der Kampf um eine bessere Bildung kann also nicht im isolierten Terrain der Bildung geführt werden. Stattdessen ist es notwendig, die Auffassung zu bekämpfen, dass nicht das System, sondern lediglich seine Umsetzung mangelhaft sei – dass es reichen würde, die Fehler zu „korrigieren“ und nicht für eine wirkliche Alternative zu kämpfen. Wir müssen stattdessen im Kampf für Bildung im Dienste der Ausgebeuteten und Unterdrückten (nicht des Arbeitsmarktes!) eine neue Universität, frei von Einmischung von Seiten der Konzerne oder auch ihrer Staaten, gründen.

Der Schlüssel für den Erfolg des Kampfes liegt dabei in der Ausweitung der Bildungsproteste auf die arbeitende Bevölkerung, d.h. in Kämpfen mit gegenseitiger Solidarität. Wie dies aussehen kann, zeigt sich aktuell in Chile, wo es seit mehreren Monaten Proteste gegen das Bildungssystem gibt, dessen grundlegende Merkmale noch aus der Zeit der Pinochet-Diktatur stammen, und wo die protestierenden SchülerInnen und Studierenden mehrmals gegenseitige Solidarität mit streikenden BergarbeiterInnen organisiert und sogar einen Generalstreik des chilenischen Gewerkschaftsdachverbandes CUT erzwungen haben. Aber der Prozess in Chile ist nur

Teil eines übergreifenden Prozesses auf internationaler Ebene, der sich insbesondere seit der weltweiten Wirtschaftskrise mit dem Aufwachen breiter Schichten von Jugendlichen im arabischen Raum, in Griechenland und Spanien, und überall auf der Welt herauszubilden beginnt. Die Etappe der neoliberalen Offensive neigt ihrem Ende zu und eine Periode verschärfter Auseinandersetzungen mit der herrschenden Klasse steht uns bevor, die noch schärfere Auswirkungen auf Bildung, Sozialausgaben und Arbeits- sowie Lebensbedingungen haben wird.

Bezogen auf Deutschland weisen Aktionen der Solidarität mit ArbeiterInnenkämpfen, wie aktuell im Falle des Streiks der Beschäftigten der Charité Facility Management GmbH (CFM) in Berlin, den Weg. Es ist notwendig, die Perspektive der Bildungsstreikbewegung um solche Erfahrungen zu erweitern und mit den Illusionen zu brechen, die der Sozialreformismus der Linkspartei oder der Gewerkschaftsbürokratie immer wieder neu erschafft (um nur zwei VertreterInnen von Gewicht zu nennen). Sie fordern die Rückkehr zum alten „Sozialstaat“, d.h. sie geben vor, dass letztlich nicht der Kapitalismus die Ursache für die Bildungsmisere sei, sondern der sogenannte „Raubtierkapitalismus“.

Die Perspektive von Linke.SDS, die sich größtenteils auf die Forderung nach „Mehr Geld“ beschränkt, ist ein Ausdruck dieses Reformismus. Im momentanen Zustand der Bildungsstreikbewegung können wir Linke.SDS indes nicht vorwerfen, eine an sich radikale Bewegung durch reformistische Forderungen zurückzuhalten. Denn die Bewegung hat auch ohne Linke.SDS bisher keine radikale Perspektive, und beschränkt sich auf Minimalforderungen, die an den grundlegenden Problemen des Bildungssystems kaum etwas ändern. Was Linke.SDS aber nicht tut, ist die Proteste voranzutreiben, zu radikalisieren und offensiv auf die Verbindung der Bildungsproteste mit Protesten gegen die Wirtschaftskrise hinzuwirken – sie sehen sich verpflichtet, durch die Beschränkung auf den Minimalkonsens vermeintlich für „Breite“ zu sorgen. Unserer Meinung nach müsste ein sozialistischer Studierendenverband grundsätzlich anders agieren.

Unsere Alternative ist es, den Klassencharakter der Universität in Frage zu stellen und neue Säulen der Solidarität und

des Klassenbewusstseins aufzubauen. Als klassenbewusste Studierende wollen wir keine Teilreformen, sondern zielen auf eine Neugründung der Universität ab, die nach einem demokratischen Plan von Studierenden, Lehrenden und ArbeiterInnen entwickelt werden soll.

Während der revolutionäre Marxismus sich heute nur auf kleine Gruppierungen ohne großen Einfluss unter der Jugend-Avantgarde beschränkt, so wird doch das Ausmaß der kapitalistischen Krise und die Notwendigkeit der herrschenden Klasse, deren Kosten auf dem Rücken der Lohnabhängigen und auch der Jugend abzuladen, unter wachsenden Sektoren zu einem Misstrauen gegenüber den Maßnahmen der Bourgeoisie führen, die letztlich keine positive Antwort auf die Krise der Bildung hat.

So möchten wir von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, zusammen mit revolutionären SchülerInnen, Studierenden und Azubis gegen den Bologna-Prozess einen gemeinsamen Katalog von Übergangsforderungen entwickeln, der „den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Bedingungen der Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut (Verwirrung und Entmutigung der alten Generation, mangelnde Erfahrung der Jungen)“ überwindet.¹

Angesichts der bürgerlichen Bildungsmisere müssen wir als revolutionäre Studierende und SchülerInnen im Verlauf unseres täglichen Kampfes dabei helfen, eine Brücke zwischen den aktuellen Forderungen – gegen Prüfungsstress, Studiengebühren, Turboabi, LehrerInnenmangel, soziale Selektion und Ausgrenzung usw. – und dem Programm der sozialistischen Revolution zu schlagen. Das Ziel muss stets das Gleiche sein: Der Bruch der Studierenden mit den falschen bürgerlichen Vorstellungen von persönlichem sozialem Aufstieg mittels individuellem Einsatz, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass nur in Verbindung mit der Reichtum produzierenden Klasse, also dem Proletariat, Studierende und Jugendliche im Allgemeinen eine Zukunft frei von Unterdrückung anstreben können.

1. Trotzki, Leo: Minimalprogramm und Übergangsprogramm. In: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der 4. Internationale. 1938. <http://marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1938/uebergang/ueberg1.htm#mup>.

Kampf um kostenfreie Bildung in Chile

von Chucho Kahl

In Chile wurde der Neoliberalismus – und mit ihm die Privatisierung der Bildung – mit aller Gewalt von der Pinochet-Diktatur als das Modell durchgesetzt, dem ganz Lateinamerika folgen sollte. Ein Modell, welches die Regierungen der „Concertación“ (Mitte-Links-Parteienbündnis) nach dem Ende der Diktatur und heute die rechte Regierung Sebastián Piñeras weitergeführt haben. Deshalb bleibt der Zugang zur höheren Bildung im Andenland der Mehrheit versperrt. Und diejenigen, die an sie herankommen können, bleiben dank des Systems der „Stipendien“-Kredite über Jahrzehnte hinweg verschuldet.

Seit mehr als vier Monaten mobilisieren sich die chilenischen SchülerInnen und Studierende und attackieren dieses Bildungsmodell mit der Parole: „Sie wird fallen, sie wird fallen, die Pinochet-Bildung!“ Mit Demonstrationen sowie Schul- und Unibesetzungen fordern sie das „Ende der Geschäftemacherei“ und kostenfreie Bildung. So prangern sie den reaktionären Charakter des „chilenischen Modells“ an und weisen damit den Weg, um den Angriffen auf die Rechte der arbeitenden Massen ein Ende zu setzen.

In diesem Kampf haben die SchülerInnen und Studierenden die Unterstützung ihrer Familien und bedeutender Sektoren der Massen bekommen: eine Umfrage zeigte, dass 86% der Bevölkerung die Forderungen der kämpfenden SchülerInnen und Studierenden unterstützt. Während des Generalstreiks am 24./25. August, ausgerufen vom Gewerkschaftsverband *Central Única de Trabajadores* (CUT), begannen die Jugendlichen, Verbindungen mit Teilen der ArbeiterInnenbewegung zu knüpfen. Sie wurden auch im Kampf gegen die Repressivkräfte gestählt, die das Leben von Manuel Gutiérrez gefordert haben, einem 16-jährigen Schüler, der von der Polizei erschossen wurde.

Die chilenischen SchülerInnen und Studierenden zeigen, dass die direkte Aktion

und die Mobilisierung auf den Straßen das Mittel sind, um sich konsequent den neoliberalen Plänen entgegenzustellen.

Gegen das Erbgregime der Diktatur

In den 90er Jahren gab es in Chile einen „Übergang zur Demokratie“, der die Unzufriedenheit der Massen gegen die Militärdiktatur eindämmen konnte und die „Concertación“ eine Demokratie installierte: Eine „Demokratie“ für die Reichen, die das Erbe Pinochets bewahrt, und der Mehrheit Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnungen und anderen Rechten verwehrt; Eine „Demokratie“, die dafür sorgt, dass die neoliberalen Pläne unbedingt weitergeführt werden, wegen derer sich heute die rechte Regierung von Sebastián Piñera in der Klemme sieht.

Leider versuchen die Führungen der Studierenden- und ArbeiterInnenbewegung, wie der Studierendenverband CONFECH bzw. die CUT, angeführt von der Kommunistischen Partei Chiles, die Unzufriedenheit in Richtung der kommunalen Wahlen des nächsten Jahres zu lenken. So wollen sie verhindern, dass eine große Krise des Erbgregimes von Pinochet ausbricht. Deshalb bremst die KP die Mobilisierungen der SchülerInnen und Studierenden bewusst aus. Zu diesem Zweck etablierte die CONFECH mit der Regierung einen „Tisch des Dialogs“, ohne die Basis zu befragen und ohne von der Forderung der kostenfreien Bildung auszugehen. Einige Sektoren der Basis der SchülerInnen- und Studierendenschaft beginnen, diese Politik abzulehnen und sagen: „Kein Dialog, der nicht von der Forderung nach kostenfreier Bildung ausgeht!“ Denn die Forderung der kostenfreien Bildung stellt den Klassencharakter des Bildungssystems in Frage.

Angesichts dessen beginnt die chilenische Jugend, die bürokratischen Führungen ihrer Verbände, welche um Brotkrumen verhandeln wollen, zu hinterfragen.

Die SchülerInnen- und Studierendenbewegung in Chile steht vor der Herausforderung, eine Organisation aufzubauen, die sie demokratisch repräsentiert. Deren Delegierte müssen von Schul- und Fakultätsversammlungen gewählt werden und jederzeit abwählbar sein. Sie müssen außerdem auf ein festes Mandat verpflichtet sein und dürfen nur im zeitlichen Rahmen einer rotierenden Amtsbesetzung agieren – so wie damals das Streikkomitee an der mexikanischen Universität UNAM funktionierte, das es erlaubte, dem Versuch der Privatisierung der Bildung 1999/2000 als Teil des paktierten „Übergangs zur Demokratie“ unter der Regierung von Ernesto Zedillo entgegenzutreten. Diese Basisorganisation war ein elementarer Schritt, um den Kampf voranzutreiben und mit der bürokratischen Führung der Verbände zu brechen und gleichzeitig mit diesem Beispiel die ArbeiterInnen zu motivieren, ihre eigenen Organisationen zurückzuerobern, indem sie die Gewerkschaftsbürokratie rauswerfen.

Unsere GenossInnen von der Partei Revolutionärer ArbeiterInnen (PTR) in Chile kämpfen dafür, dass die SchülerInnen- und Studierendenbewegung nicht von den reformistischen Führungen (KP und Concertación) in die Sackgasse geführt werden. Sie kämpfen dafür, dass die Bewegung eine klare Linie verfolgt, unabhängig von den Institutionen des Regimes, den Parteien der UnternehmerInnen und der bürokratischen Führungen, die das Spiel der Regierung mitspielen.“ Nur so kann die Bewegung sich in einen Referenzpunkt verwandeln, der den Kampf aller unterdrückten und ausgebeuteten Sektoren gegen die Privatisierung, nicht nur der Bildung, sondern auch der Gesundheit, der Wohnungen und der natürlichen Ressourcen (wie dem Kupfer) vorantreibt; ein Referenzpunkt, der den Kampf gegen die Repression und den Autoritarismus des Regimes führt; ein Referenzpunkt, der für das Ende dieser Demokratie der Reichen kämpft und eine neue Etappe des Klassenkampfes in diesem Land eröffnet.

Protest-Wörterbuch für Chile:

Guanaco: Wasserwerfer (denn es spuckt Wasser wie ein „Guanaco“, ein Lama-ähnliches Tier)

Zorrillo: kleiner gepanzerter Jeep, der Tränengas wirft (wie ein „Zorrillo“ oder Stinktief)

Carnicero: Gefangenentransporter (wie ein Gefrierwagen von einem „Carnicero“ oder Schlächter)

Tortugas-Ninja: Polizisten (denn sie tragen grüne gepanzerte Uniformen wie Ninja Turtles)

Pingüinos: SchülerInnen in ihren schwarz-weißen Uniformen

Pacos: Bullen

Sapos: Zivilbullen

KLASSE
GEGEN
KLASSE

ZUM WEITERLESEN

Partei Revolutionärer ArbeiterInnen (PTR), chilenische Sektion der FT-CI
→ www.ptr.cl (auf Spanisch)

Sonderseite zu den Protesten
→ www.vivalaluchaenchile.org

Interview mit Bárbara Brito (PTR)
→ www.klassegegenklasse.org

KLASSE GEGEN KLASSE

... ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, sympathisierende Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft“. Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen“ SPD zu begründen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.

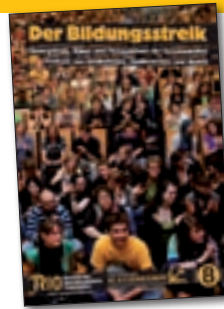
BRÜSCHÜREN VON RIO



Frankreich brennt
Blockaden, Betriebsbesetzungen, Massenstreiks – aus dem Klassenkampf in Frankreich lernen!
32 Seiten – 2 €



Von Hanoi nach Havanna
Wohin geht Kuba? Eine marxistische Analyse der Perspektiven für die „sozialistische Insel“
32 Seiten – 2 €



Der Bildungsstreik
Hintergründe, Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Azubis
40 Seiten – 2,50 €

FLUGBLÄTTER VON RIO



Klasse gegen Klasse an der Uni
regelmäßiges Flugblatt von RIO für Studierende an verschiedenen Universitäten



Unser Werkblatt
Flugblatt von und für Uni-Beschäftigte – wird regelmäßig in der Mensa der Freien Universität Berlin verteilt.



Red Brain
linke, antikapitalistische SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen Gruppe am John-Lennon-Gymnasium

PUBLIKATIONEN DER FT



Estrategia Internacional
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (erscheint einmal im Jahr auf Spanisch)



Révolution Permanente
Zeitschrift der *Courant Communiste Révolutionnaire* innerhalb der NPA (auf Französisch)



Contracorriente
Zeitschrift von *Clase contra Clase* im Spanischen Staat (auf Spanisch)

ABOS FÜR KLASSE GEGEN KLASSE

Unterstütze **KLASSE GEGEN KLASSE** mit einem Abo! So bekommst du alle drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich

nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.

Vier Ausgaben inklusive Porto kosten nur:

normales Abo: 15 Euro
Solidaritätsabo: 30 Euro

Aber wir brauchen auch so Geld! („Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!“ – Bertolt Brecht.) Also wir bitten um eine Spende auf unserer Website.

**KLASSE
GEGEN
KLASSE**

KLASSE GEGEN KLASSE

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 1 – Oktober-Dezember 2011
2,50 Euro / 4 CHF – Solipreis: 5 Euro / 8 CHF

Neuer Bildungsstreik

Neue Proteste der Studierenden und SchülerInnen stehen im Herbst an

Spanische Proteste

Wie steht es um die „15M-Bewegung“ fünf Monate nach deren Beginn?

Berliner Wahlen

Was bedeutet der Überraschungserfolg der Piratenpartei in Berlin?

Ein heißer Winter in Chile

Seit fünf Monaten kämpfen hunderttausende SchülerInnen und Studierende in Chile gegen das privatisierte Bildungssystem, ein Erbe der Pinochet-Diktatur. Welche Lehren können aus diesem massenhaften Kampf gezogen werden?



Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

